

Fußballgott sei Dank



Ein völlig verdienter Sieg für Spanien und eine überraschend erfreuliche EM-Bilanz, die über den Sport hinausgeht: Teamgeist gewinnt, Diversität gewinnt, Spielfreude gewinnt. Schlechte Verlierer und Rassisten verlieren. Und jetzt können sich auch die Fußballmuffel freuen: Der Trubel ist vorbei

18

Eindeutig das beste Team: Und am Ende gab auch noch der von bornierten deutschen Fans ausgepöbelte Spanier Marc Cucurella (2. von links oben) einen Traumpass zum 2:1-Siegtor im Finale Foto: Frank Augstein/ap

Kommentar von **Martin Krauss** zum Ende der Europameisterschaft 2024

Lehrstunden für die Demokratie

Wir reden hier über Sport. Versprochen. Wirklich über nichts anderes als Fußball. Deswegen werden wir viel über Demokratie sprechen. Das überzeugendste Argument, warum diese Fußball-Europameisterschaft nicht die vielbehauptete Ablenkung von politischen und ökonomischen Sorgen wurde, lieferte das Wetter. Trockene Hitze und Starkregen – ein ziemlich eindeutiges Zeichen, dass die Dauerlitanei (nicht nur) der Sportverbände, man selbst habe mit politischen Problemen nichts zu tun, ja man sei bestenfalls Spiegel der Gesellschaft, schlicht nicht mehr zu halten ist.

Die Wetterextreme und der Umgang mit ihnen zeigen, was nicht nur bei der Uefa und dem DFB, sondern auch in der deutschen Politik niemand zugeben will: Der Fußball ist Teil dieser Welt. Sport bildet nicht politische Diskurse ab, sondern er ist eine Form, in der sie verhandelt werden.

Diese Erkenntnis liefert uns der Fußball nicht nur, wenn es um die Klimakatastrophe geht. Schauen wir doch nur, welchen Dreck die AfD über das DFB-Team auskübelt, wenn es heißt, sie sei eine „Fremdenlegion“. Und dann gucken wir, wer wie guten Fußball spielt: Um ein wichtiges Turnier zu gewinnen und Menschen in

seinen Bann zu ziehen, muss ein Team die Repräsentanz der gesamten Gesellschaft sein. Es muss so divers sein wie der Pausenhof einer Grundschule. Wer diese Tatsache nicht akzeptiert und von einem besonderen Leistungsvermögen ethnisch homogener Mannschaften fabuliert, kann nur verlieren. Überall, auch im Fußball.

Noch eine Erkenntnis verdanken wir dem Ausgang des EM-Finales: Der Präsident des spanischen Fußballverbandes, der, als die Fußballerinnen des Landes ihren WM-Titel feierten, sich einfach Spielerinnen griff, um ihnen einen Mundkuss aufzuzwingen, weil er doch schließlich der allmächtige Boss war, ist mittlerweile gesellschaftlich geächtet. Wenn Fußball Menschen begeistern soll, so die Lehre, dann darf er schlicht nicht sexistisch sein.

Und auch das haben wir gelernt: Das Kollektiv ist wichtig. Der Trend im Fußball und auch anderswo, überbezahlte Superstars zu kreieren, die sich als die eigentlichen Macher feiern lassen, wurde bei dieser EM Lügen gestraft. Kein einzelner Spieler überstrahlte das Turnier, stattdessen wurde es von großen Talenten und sehr mannschaftsdienlich spielenden Akteuren geprägt. In einer vielleicht naiven, vielleicht auch etwas zu steinmeieresken Weise hat Bundestrainer Julian Nagelsmann diese Wahrheit so ausgedrückt:

„Ich habe noch nie einen Menschen getroffen, der Dinge alleine macht und dann automatisch schneller, besser weiterkommt, als wenn er sie mit jemandem zusammen macht. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.“

Ja, Fußball ist ein Sport, der mehr als deutlich zeigt, dass Gewäsch über einzelne „Leistungsträger“, die sich über die arbeitende Gesellschaft erheben dürfen und das x-Fache verdienen, nur eben dies ist: Gewäsch. Man kann auch sagen: neoliberale Legitimationsideologie.

Das alles ist nicht neu. Es wurde nur vergessen. Doch dieser EM könnten wir (hoffentlich!) danken, dass es sich wieder in den Vordergrund drängt. „Alles, was ich über Moral und Verpflichtungen weiß, verdanke ich dem Fußball“, schrieb Albert Camus, Ex-Torwart und später Literaturnobelpreisträger. Und Bill Shankly, legendärer Manager des Liverpool FC, drückte es so aus: „Der Sozialismus, an den ich glaube, besteht darin, dass alle füreinander arbeiten und dass jeder von dem, was dabei herauskommt, etwas erhält. So sehe ich den Fußball, so sehe ich das Leben.“

Wenn wir über Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt sprechen wollen, müssen wir einfach über Fußball reden.

Die taz wird ermöglicht durch **23.392** GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90 fax 030 | 25 90 26 80 abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325 anzeigen@taz.de
taz Shop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0 fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de
 taz
 Postfach 610229, 10923 Berlin
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/taz.kommune
www.taz.de



Foto: Marco Zscheck

Vom Krieg gezeichnet
 Wie schwer verwundete Frontsoldat*innen in der Ukraine versorgt werden
4-5

Pünktlich gesperrt
 Sanierung stört erst mal den Bahnverkehr. Merz will Strecken streichen
3, 12

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Bremen verbietet den Schweigefuchs! verboten@taz.de sucht noch bis morgen

Vorschläge für Alternativen.

steile these

„Die Konfrontation zwischen Russland und der Nato darf nicht noch durch offensive Rüstung ohne Dialog verschärft werden“
 Helmut W. Ganser, Brigadegeneral a. D.

12

Ausgabe Berlin Nr. 13416 e 3,40 Ausland e 2,80 Deutschland 4 190254 802805 20629



Foto: imago

Das kleine Coming-out des früheren Rennfahrers Ralf Schumacher

Es gab eine Zeit im Leben des Ralf Schumacher, da nannte er genau das, was er gerade öffentlich gemacht hat, „böartige Vorwürfe“. Mit diesen Worten kommentierte der Ex-Formel-1-Pilot vor über 20 Jahren, im Jahr 2003, Gerüchte, er sei schwul.

Nun aber hat sich für den Bruder des siebenfachen Formel-1-Weltmeisters Michael Schumacher einiges geändert. Er ist lange genug aus den täglichen Schlagzeilen der Yellow Press raus, und auf Instagram präsentiert er sich Arm in Arm mit einem Mann, dazu der Text: „Das Schönste im Leben ist, wenn man den richtigen Partner an seiner Seite hat, mit dem man alles teilen kann.“ Ein nicht von Kitsch freies Coming-out hat der 49-Jährige da hingelegt. Etienne heißt seine große Liebe.

Die Welt, in der Ralf Schumacher berühmt wurde, ist der Motorsport. Hier sind laut Regelwerk Frauen gleichberechtigt, aber gerade in der sogenannten Königsklasse, der Formel 1, regiert eine Machokultur, die in weiten Teilen der Welt nur noch anachronistisch wirkt. Fotografen fordern junge Frauen barsch auf, sich gefälligst auf Boliden zu räkeln, wie die Rennwagen genannt werden, und dafür müssen sie sich dann als „Boxenluder“ beschimpfen lassen. Ralf Schumacher war zehn Jahre lang Teil dieses Zirkus, fuhr 180 Grand-Prix-Rennen in der Formel 1 – sechsmal gewann er –, und danach fuhr er weiter in der Deutschen Tourenwagen-Meisterschaft. Ein Weltklasse-motorsportler also, der aber so ganz nie dazu gehörte.

Vor allem war Ralf Schumacher immer der kleine Bruder von Michael. Gerüchte, dass er schwul sei, hatte seine damalige Frau Cora einmal angefeuert („in Pressekreisen heißt er nur noch, die Schwester“), dabei wollte sie die Gerüchte bloß zurückweisen. „Ja, ja, unser Sohn ist aus der Retorte, ich habe ein Verhältnis und mein Mann ist schwul“, hatte sie 2005 in einem Interview gängige Gerüchte referiert und lächerlich machen wollen. Ralf selbst sagte damals: „Dieses Gerücht ging mir am A... vorbei, weil ich es besser weiß“, doch, fügte er hinzu: „Es passt auch nicht mehr in die heutige Zeit, darüber zu diskutieren. Das hat mich nichts anzugehen und umgekehrt auch nicht.“ Da klang schon an, dass Ralf das gar nicht wirklich dementieren wollte, sondern vor allem auf seine Privatsphäre pochte.

Nun ist es raus, und schon die Art, wie Schumacher sein Coming-out mitteilte, deutet an, dass ihm das Private immer noch wichtig ist. Sein Ausflug in die Welt des Trash ist schon seit Jahren zu Ende. Seine Ex-Frau Cora war Model, hatte sich auch als Rennfahrerin versucht, ist manchmal in Reality-TV-Shows zu sehen, doch Ralf hält sich seit Jahren aus der Öffentlichkeit raus. Der gemeinsame Sohn will nur noch Kontakt zu ihm, nicht mehr zur Mutter.

Auch zu den vielen Geschichten um seinen Bruder Michael, um dessen Gesundheitszustand, um dessen Frau Corinna und dessen Sohn Mick, der auch Rennfahrer wurde, schweigt Ralf Schumacher meist.

Beruflich kümmert er sich um eine Kartbahn, ist als Experte beim Fernsehsender Sky bei der Formel 1 unterwegs. Ralf hat sich in Kerpen, wo er aufgewachsen ist, jahrelang als Jugendleiter des örtlichen Motorsportvereins um den Nachwuchs auf der Kartbahn gekümmert. Später hat er als Tierliebhaber eine Art Streichelzoo aufgebaut.

Langsam, doch, wie es scheint, sehr zielbewusst hat sich Ralf Schumacher eine Welt aufgebaut, in der er sich wohler fühlt als in der von Homophobie und Sexismus nur so durchtränkten Welt der schnellen Boliden.

Martin Krauss

Noch ohne Wunde am Ohr: eine Trump-Unterstützerin feiert in der Nähe von Mar-a-Lago ihren Pappkandidaten
Foto: Joe Cavaretta/AP

Beide US-Parteien wollen verbal abrüsten

Nach dem gescheiterten Attentat auf Präsidentschaftskandidat Donald Trump bemühen sich Republikaner und Demokraten zunächst darum, staatstragend zu wirken

Von Bernd Pickert

Auch zwei Tage nach dem Attentat von Pennsylvania ist unklar, warum der 20-jährige Thomas Matthew Crooks mit dem Sturmgewehr seines Vaters auf den früheren US-Präsidenten Donald Trump schoss, ihm am Ohr verletzte, eine Person tötete und zwei weitere schwer verletzte.

Die Bundespolizei FBI und die Medien suchen alle erdenklichen Spuren ab – bislang konnten sie zumindest kein politisches Motiv für die Tat finden. An Informationen hinzugekommen ist lediglich, dass Crooks in Mathematik sehr gut war, in einem Pflegeheim arbeitete und laut Aussagen von ehemaligen Klassenkameraden in der Schule immer gemobbt wurde. Eine schlüssige Erzählung über ein Attentat, das in die Geschichtsbücher eingehen und womöglich den Ausgang der Präsidentschaftswahl 2024 mitentscheiden wird, ergibt sich daraus nicht.

Genauso offen ist weiterhin die Frage, warum es Crooks überhaupt möglich war, beob-

achtet von Umstehenden, aber unbehelligt von Polizei und Secret Service auf jenes Dach in unter 150 Meter Entfernung zur Bühne zu klettern, von dem aus er direkte Sicht und freies Schussfeld auf Trump hatte.

Zwar sind verschiedene Untersuchungen angekündigt, um der Frage nachzugehen. Aber aus dem Secret Service gibt es noch nicht einmal eine vorläufige Antwort. Ein so offensichtliches Missachten von grundlegenden Sicherheitsvorkehrungen, wie sie spätestens seit dem Attentat auf John F. Kennedy aus dem 6. Stock eines Bürohause in Dallas im November 1963 Standard sind, hinterlässt nach wie vor riesige Erkenntnislücken – die im Netz bereits eifrig von einer Myriade von Theorien ausgefüllt werden.

Unterdessen versuchen Politiker*innen aus der ersten Reihe beider Parteien, staatsmännisch an beide Seiten zu appellieren, in der politischen Debatte einen weniger aggressiven Tonfall an den Tag zu legen. „Wir alle haben die Verantwortung, das zu tun“, sagte US-Präsident Joe Biden in einer Fernsehansprache

aus dem Weißen Haus am Montagabend. Gewalt sei nie eine Lösung, betonte Biden. „Wir sind keine Feinde.“

Und selbst Donald Trump kündigte an, auf dem republikanischen Parteitag in Milwaukee, anders als ursprünglich geplant, eine Rede halten, „die unser Land vereint“. Trump sagte der Boulevardzeitung *New York Post*, er habe ursprünglich eine „extrem harte Rede“ über die „schreckliche Regierung“ von Präsident Biden vorbereitet. Diesen Text habe er aber weggeworfen. Er wisse indes nicht, ob es möglich sei, das Land zu vereinen. Die Menschen in den USA seien „sehr gespalten“.

Eine republikanische Versammlung mit Trump als Hauptredner ohne ätzend-aggressive Rhetorik gegen Joe Biden, die politische Klasse, „kommunistische Wokeness“, das „korrupte Washington“ oder „Migrant*innen, die das Blut Amerikas vergiften“ – das wäre allerdings ein Novum, seit der Trumpismus die Republikanische Partei ergriffen hat. Es wird interessant sein zu sehen, ob alle der geplanten Red-

ner*innen von inner- und außerhalb der Partei von Trumps neuer Idee des rhetorischen Abrüstens erfahren – wer in den letzten Monaten allerdings nur einmal in ein Event von Trump-nahen Organisationen wie CPAC (Conservative Political Action Conference) oder Turning Point USA hereingeschaut hat, wo die gleichen Redner*innen auftreten wie jetzt beim Parteitag der Republikaner, kann sich nicht vorstellen, was von den Reden übrigbleiben soll, fiele diese Art von Hasskritik weg.

Der Parteitag sollte am Montag nach taz-Redaktionsschluss beginnen. Das viertägige Treffen, zu dem inklusive der rund 2.400 Delegierten rund 50.000 weitere Republikaner*innen erwartet werden, soll am Donnerstag mit der Rede Trumps enden, in der er offiziell seine Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten annimmt. Höhepunkt am Mittwoch ist die Rede des oder der „running mate“, also des Kandidaten oder der Kandidatin für die Vizepräsidentschaft. Es wurde erwartet, dass Trump noch am Montag das Geheimnis lüftet, wer das wird.



Prozess in Florida eingestellt

Bezirksrichterin stellt Verfahren gegen Trump in der Dokumentenaffäre ein

Von Bernd Pickert

Der frühere US-Präsident Donald Trump hat vor einem US-Gericht einen weiteren Sieg erreicht. Eine Bundesbezirksrichterin in Florida entschied am Montag, das gesamte Verfahren gegen Trump in der sogenannten Dokumentenaffäre komplett einzustellen. Ihre Begründung: Die Ernennung des Sonderermittlers Jack Smith, der den Fall vor Gericht gebracht hatte, sei verfassungswidrig. Es gilt als sicher, dass gegen die Entscheidung Berufung eingelegt wird.

Trump war vorgeworfen worden, nach dem Ende seiner Amtszeit als Präsident am 20. Januar 2021 etliche Dokumente, darunter auch solche, die als streng geheim eingestuft waren, mit in seine Residenz in Mar-a-Lago genommen zu haben. Auch nach Aufforderung habe er die Doku-

mente nicht zurückgegeben und versucht zu verschleiern, dass er sie überhaupt hatte. Schließlich durchsuchte das FBI sein Anwesen und beschlagnahmte kistenweise Dokumente, darunter offenbar auch einige, die das Atomwaffenprogramm der USA betrafen. US-Präsidenten müssen solche Dokumente nach dem Ende ihrer Amtszeit in ein Bundesarchiv geben.

Der Fall war eines von vier Strafverfahren, die gegen Trump anhängig waren. Im Fall der Verschleierung von Schweigegeldzahlungen an eine frühere Pornodarstellerin ist Trump zwar bereits von einer Jury in New York schuldig gesprochen worden. Aber die Verkündung des Strafmaßes ist verschoben, seit der Oberste Gerichtshof vor wenigen Wochen urteilte, dass Trump für alle Amtshandlungen während seiner Präsidentschaft volle Immunität genieße. Aus

dem gleichen Grund sind auch die beiden Verfahren wegen Wahlfälschung und Aufstands derzeit ausgesetzt.

US-Kommentator*innen gehen davon aus, dass nicht einmal Trumps Anwälte glaubten, dass ihr Argument, die Ernennung des Sonderermittlers sei illegal gewesen, tatsächlich verfangen könnte. Sie hätten demnach lediglich das Verfahren über den Wahltermin hinauszögern wollen.

Das Urteil der Richterin Aileen M. Cannon überrascht. Auf 93 Seiten führt sie Prinzipien an, wer solche Sonderermittler ernennen dürfe, die bislang so nicht angewendet wurden. Cannon wurde 2020 von Donald Trump ins Amt berufen. Wenn der Fall beim Obersten Gerichtshof landet, könnte dieser Cannons Position bestätigen. Der konservative Oberste Richter Clarence Thomas hat bereits Zustimmung signalisiert.

taz **lage**

Mikrokosmos

Jede Redaktion ist ein Mikrokosmos. Mal schrullig, mal steif, auf jeden Fall immer in Bewegung. Ab heute tauche ich mit ein in den taz-Kosmos, der für mich noch frisch und unbekannt ist. Als freie Auslandskorrespondentin werde ich ab September mit Sitz im Senegal über Westafrika berichten. Eine Region im Umbruch, in der Journalismus immer schwieriger wird und Medienfreiheit immer begrenzter, aber wohl auch gerade deshalb umso wichtiger. Als freie Journalistin, die in den vergangenen vier Jahren hauptsächlich in Ostafrika herumgesprungen ist, sind mir die Herausforderungen des Jobs nicht unbekannt. Da geht es nicht nur um Pressevisa, Sicherheitsfragen und mauernde Interviewpartner, sondern auch um den Alltag, der manchmal wilder ausfällt, als einem lieb ist: Stromausfall, Naturkatastrophen, Krankheiten, die einmal die Eingeweide auf links drehen. Aber auch die täglichen Überraschungen, die Einstellungen, Lösungsansätze, die so ganz anders sind, das Schöne, das nie aufhört zu faszinieren.

Eine Achterbahn, die künftig mit der taz bestritten wird. Und dafür bin ich dankbar, denn eine Redaktion im Rücken zu haben, mit der Absprachen möglich sind, echte Menschen, mit denen gemeinsam Pläne geschmiedet werden, das ist unfassbar wertvoll. Nicht mehr viele Medien leisten sich ein Netz von Korrespondent*innen vor Ort. Ich freue mich jedenfalls, künftig meinen Senf dazuzugeben. In diesem eigenen taz-Mikrokosmos.

Helena Kreiensiek



Im Werk Oberbaustoffe Witten werden zurzeit 150 neue Weichen für die Riedbahn gebaut Foto: Sepp Spiegel/Imago

Die Megasanierung der Bahn startet in Gernsheim

Die Generalsanierung der Strecke zwischen Frankfurt am Main und Mannheim soll die Züge wieder pünktlicher machen. Das soll fünf Monate dauern. Bundesweit sollen 40 wichtige Korridore bis 2030 erneuert werden

Von **Wolfgang Mulke**

Zum Beginn des wohl größten Sanierungsprogramms der Deutschen Bahn hatte sich Prominenz angekündigt. Sowohl Bahnchef Richard Lutz als auch Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) wollten den Startschuss des wichtigsten Prestigeprojekts der Bahn nicht verpassen. Der war für Montagmorgen im hessischen Gernsheim angekündigt. Der Ersatzfahrplan für die Strecke Frankfurt am Main–Mannheim sollte ab 23 Uhr Montagabend gelten. 2030 soll es dann so weit sein: eine Ära mit pünktlichen Zügen und reibungslosen Abläufen. Bis dahin wartet allerdings erst einmal harte Arbeit auf Tausende Bauleute.

Gernsheim liegt an der Strecke zwischen Frankfurt am Main und Mannheim, der „Riedbahn“, die nach der südthüringischen Rheinebene benannt ist. Das Teilstück ist der wichtigste Korridor im deutschen Bahnverkehr. Täglich sind hier mehr als 300 Züge unterwegs. Kommt hier ein Zug verspätet durch, wirkt sich das schnell auf das gesamte Bahnnetz aus.

Damit soll bald Schluss sein: Mit einer Generalsanierung aller Schienen, Weichen und Stellwerke wird die Strecke in den

kommenden fünf Monaten komplett neu gebaut. Das ist nur der Auftakt für die von Wissing eingeführte Sanierungsstrategie für das marode Netz. Dafür wird die Trasse bis zum Dezember ganz gesperrt.

Mit diesem Konzept will die Bahn bis 2030 insgesamt 40 Korridore rundum erneuern. Im kommenden Jahr ist zum Beispiel die Verbindung zwischen Hamburg und Berlin dran. Da-

Trotz aller Bemühungen werden vor allem die Pannen der Bahn wahrgenommen

nach folgen nach und nach die wichtigsten Korridore im Bahnverkehr. 86 Milliarden Euro investiert der Bund in den kommenden Jahren, zumindest steht diese Summe auf der Wunschliste von Bahn und Minister.

Allein 1,3 Milliarden Euro verschlingt die Riedbahn. Dafür werden 117 Kilometer Gleise, 20 Bahnhöfe, 152 Weichen, 140 Kilometer Oberleitungen und 1.200 technische Anlagen ausgetauscht. Zudem errichtet die

Bahn Lärmschutzwände mit einer Länge von 14 Kilometern. Auch anderswo wird nach wie vor kräftig gebaut, allerdings auf herkömmliche Weise bei laufendem Betrieb. Die Bahn will in diesem Jahr rund 2.000 Kilometer Gleise und 2.000 Weichen ausbessern. Auch 150 Brücken stehen auf der Modernisierungsliste.

Eine der großen Herausforderung des Konzeptes ist die Umleitung der Verkehre. Das bereitet vor allem den Güterbahnen Sorgen. So moniert deren Branchenverband, dass die Umleitungsstrecken nicht ausreichen und zu viele Trassenanträge abgelehnt würden. Auch befürchtet der Verband Verzögerungen und steigende Baukosten. Allein die Riedbahn soll jetzt schon 800 Millionen Euro teurer werden als ursprünglich veranschlagt.

Mit einem veränderten Baustellenmanagement will die Infrastrukturtochter der Bahn, InfraGo, den Verkehr stabilisieren. Künftig wird es feste Zeitfenster für die Instandhaltung geben, in denen mehrere Gewerke dann gleichzeitig an der Baustelle arbeiten. Manch Beobachter fragt sich da verwundert, warum diese simple Logik erst jetzt im Alltag des Schienenverkehrs einzieht.

Trotz aller Bemühungen steht die Bahn vor allem wegen Pannen im Fokus der Öffentlichkeit. So lief der Transport der Fußballfans bei weitem nicht rund. Das Team der Niederlande verpasste gar eine Pressekonferenz, weil die Bahn nicht pünktlich fuhr. Fans sangen laute Schmähesänge auf das Unternehmen. Ausländische Kommentatoren zeigten sich angesichts der mangelhaften Verkehrsinfrastruktur negativ überrascht vom Gastgeberland. Dabei hat die Bahn allein in den Fernzügen während des Turniers rund 12 Millionen Passagiere befördert. Es gab auch keine großen Sicherheitsprobleme in den Zügen oder an den Bahnhöfen. Der große Personalaufwand für die Betreuung der Fans hat sich also gelohnt.

Doch angesichts der schlechten Nachrichten rückten die Erfolge in den Hintergrund. Die CDU sieht durch die Bahn sogar das Image des Landes gefährdet. Vorstandschef Richard Lutz ruiniere den guten Ruf des Landes, kritisierte der verkehrspolitische Sprecher der CDU, Thomas Bareiß. Offensichtlich könne Lutz das Unternehmen nicht sanieren. Wenn er das nicht schaffe, müsse er gehen. Die Bahn brauche einen Sanierer.

Streckensanierung der Deutschen Bahn bis zum Jahr 2030



Quelle: Deutsche Bahn

grafik: infotext-berlin.de/L.N.

bahn-sanierung

Mehr Geld für die Schiene

2024 wird erstmals mehr in die Bahn als in die Straße investiert. Der Fahrgastverband Pro Schiene fordert mehr Planungssicherheit für den Zugverkehr

Von **Florian Nass**

Das Tauziehen zwischen Schiene und Straße geht weiter, der Investitionsbedarf für die Schiene bleibt riesig. Das Verkehrsbündnis Allianz pro Schiene fordert daher mehr Mittel für den Ausbau. Am Montag stellte die Allianz in Berlin ihr Ranking ausgewählter europäischer Länder nach Pro-Kopf-Investitionen in die Schieneninfrastruktur vor. Deutschland belegt wie die vergangenen Jahre einen der hinteren Plätze. Die Allianz fordert daher eine Steigerung des Investitionsvolumens und eine Reform des Finanzierungsmodells für mehr Planungssicherheit.

2023 habe der Bund zwar geringfügig mehr Geld für die Schieneninfrastruktur ausgegeben als im Vorjahr. Angesichts stark gestiegener Baukosten sei die reale Pro-Kopf-Investition inflationsbereinigt aber sogar gesunken. Der Verein beklagt den weiterhin an-

haltenden Investitionsstau, der sich inzwischen auf rund 92 Milliarden Euro beläuft. Auch vor dem Hintergrund der Verkehrswende appelliert Andreas Geißler, Leiter Verkehrspolitik bei der Allianz pro Schiene: „Je schneller die Bundesregierung den massiven Investitionsstau angeht, desto besser.“

Besserung sei aber bereits in Sicht: 2024 werde erstmals mehr in die Schiene als in die Straße investiert. Damit realisiert die Ampel eines ihrer Koalitionsversprechen. Laut der Allianz ist das dringend notwendig, andere Staaten wie die Schweiz und Österreich konzentrierten bereits rund zwei Drittel ihrer Investitionen auf die Schiene, nur rund ein Drittel werde dort in den Straßenbau gesteckt. Die beiden Vorzeigeländer in Sachen Verkehrsverlagerung auf die Schiene zeigten: Frühzeitige Investitionen in die Infrastruktur lohnen sich. Denn bisher sei die Bahn chronisch un-

terfinanziert gewesen, im Jahr 2014 betrug die Pro-Kopf-Investition gerade einmal 49 Euro. Seitdem sind die Investitionen gestiegen, Tendenz weiter steigend. Für das kommende Jahr geht Andreas Geißler, Leiter Verkehrspolitik bei der Allianz pro Schiene, von einem Wert ähnlich dem der Niederlande und Großbritanniens aus, beide

Länder investieren zwischen 174 und 215 Euro pro Kopf. Damit läge Deutschland im kommenden Jahr im Mittelfeld des Rankings.

Obwohl der Verkehr auf der Schiene stetig zugenommen habe, hätten die Bundesregierungen der vergangenen Jahrzehnte den Straßenbau bevorzugt. Dass das Schienennetz of-

fenkundig „aus allen Nähten platzt“, sei, habe aber nun endlich zum Umdenken geführt.

Der Verein fordert nun eine Fondslösung nach Schweizer Vorbild. Um auf Inflation und andere Schwankungen reagieren zu können, müsse finanzielle Planungssicherheit hergestellt werden. „Die bisherige Praxis, von Haushalt zu Haushalt über die Höhe der Mittel zu entscheiden, ist Gift für die Schiene“, meint Andreas Geißler. Aktuell finanziere der Bund die Schiene aus fast 200 verschiedenen Töpfen. Man müsse die Koordination bündeln und mehrjährige Planungssicherheit herstellen.

Streckenvollsperrungen wie aktuell bei der Riedbahn zwischen Frankfurt am Main und Mannheim brächten aus Fahrgastperspektive enorme Einschränkungen mit sich. Angesichts der Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte seien solche „Korridorsanierungen“

aus Sicht der Allianz aber „sehr sinnvoll, um die Schiene auf Vordermann zu bringen“, denn eine häppchenweise Sanierung dauere „sehr viel länger“. Dafür seien funktionierende Ersatzverkehre für den Personen- sowie ausreichende Umleitungs-möglichkeiten für den Güterverkehr aber Voraussetzung.

Auch die Klimakrise mache eine Stärkung der Schiene „unumgänglich“. CDU-Chef Friedrich Merz hatte am Sonntag im ARD-Sommerinterview vorgeschlagen, angesichts der strukturellen Überforderung der Bahn das Angebot zu reduzieren. Die Allianz lehnt das ab: Angesichts steigender Nachfrage sowie der Emissionen des Verkehrssektors im Hinblick auf die Klimaziele, die Deutschland erreichen will, wäre das „in jeder Hinsicht fatal“. „Wir müssen mehr Kapazität auf der Schiene schaffen, statt das Angebot zu reduzieren.“



150 Busse übernehmen den Ersatzverkehr Foto: Andreas Arnold/dpa



Kein Trauma, nur Wut, wenn Russland bombardiert: Oleksii Prytula

Zurück ins Leben

Zehntausende Ukrainer:innen Gliedmaßen verloren, so wie und Ruslana Danilkina. Sie ha ins Leben gekämpft. Wie geh

Aus Odessa und Lwiw **Marco Zschieck** (Text und Fotos)

Anfang Juli zeigt ein Video ein türkis gestrichenes Untersuchungszimmer einer Tierarztpraxis in Odessa: Ein Mann mit Pudeln betritt das Zimmer. Nach einem kurzen Gespräch bittet der Tierarzt den Hundebesitzer, das Tier umzudrehen. Der entgegnet, er solle den Hund selbst umdrehen. Daraufhin zeigt ihm der Arzt seine Beinprothesen. Der Pudelnbesitzer fängt an zu schimpfen und verlässt fluchtartig das Zimmer. Das Video wurde innerhalb eines Tages mehr als vier Millionen Mal angeschaut. Ein paar Tage später entschuldigt sich der Pudelnbesitzer öffentlich und spendet Geld für die ukrainische Armee.

Der Tierarzt in dem Video ist Oleksii Prytula. Er ist 42 Jahre alt, hat große, breite Schultern, Vollbart. Seit 2007 behandelt er hauptsächlich Kleintiere in der Tierklinik im Süden Odessas. „Hunde, Katzen, Hamster beispielsweise“, sagt er.

Oleksii Prytula ist einer von Zehntausenden Ukrainer:innen, die seit Beginn von Russlands Invasion schwer verletzt wurden. Wie viele genau, wird wohl erst nach dem Krieg klar werden. Die ukrainische Regierung nennt weder Zahlen zu getöteten noch zu verletzten Soldaten. Man will keine Rückschlüsse auf die Kampfkraft der Armee zulassen. Angaben von NGOs reichen von 20.000 bis 50.000 Amputierten. Hinter jeder Zahl steht ein Mensch, der mal einen Beruf hatte, einen Plan für sein Leben. Und einen Weg zurück sucht.

Prytula ist wieder an dem Platz, an dem er vor dem 24. Februar 2022 auch gearbeitet hat. Seit Januar hat er wieder Sprechstunden als Veterinär, fünf Tage die Woche jeweils sechs Stunden. Um 14 Uhr habe er meistens Feierabend. Das sei wichtig, weil er so mehr Zeit mit seiner neunjährigen Tochter verbringen kann. Er zeigt ein Foto, das sie während eines Luftalarms schlafend auf einer Matratze im fensterlosen Flur der Wohnung zeigt. „Unser Haus hat keinen Luftschutzkeller.“

Geholfen bei der Rückkehr habe ihm die Solidarität seiner Kollegen. Die hätten die ganze Zeit zu ihm Kontakt gehalten. „Es war von Anfang an klar, dass ich meinen Job wieder haben kann.“ Die Perspektive habe ihm gutgetan. „Alle haben mich unterstützt.“ Aber natürlich habe er auch Glück gehabt, dass ihn seine Verwundung in seiner Arbeit kaum einschränke.

An einem Nachmittag ein paar Tage später wartet Prytula vor einem Lokal in der Innenstadt von Odessa. Die tägliche Sprechstunde in der Tierklinik hat er schon hinter sich. Aus der Küche duftet es nach Fisch, aber die meisten Gäste halten sich an dem heißen Tag erst mal ans Bier. Unter dem Tisch sind seine Prothesen kaum zu sehen. Der Gehstock lehnt an der hellblau gestrichenen Sitzbank. Er spricht Ukrainisch, das man in der vor zehn Jahren fast ausschließlich russischsprachigen Stadt immer häufiger hört.

„Ich bin hier geboren, aber in Ismajil an der rumänischen Grenze aufgewachsen“, erzählt er. Erst zum Studium sei er nach Odessa zurückgekehrt. Mit vielen Menschen in seiner Heimatstadt habe er so seine Probleme. „Viele wollten sich hier jahrelang heraushalten. Haben so getan, als ob sie der Krieg Russlands im Donbass nichts angeht.“ Das bedeute nicht zwangsläufig, dass sie zu Russland gehören wollten. „Aber mit der Ukraine haben sich hier viele nicht identifiziert. Und solche Leute gibt es noch immer, egal wie oft wir beschossen werden.“ Seit dem Frühjahr hat die Frequenz der Angriffe auf Odessa zugenommen. Mehrmals pro Woche schießt die russische Armee von der besetzten Krim mit ballistischen Raketen auf die Stadt. Dabei gibt es kaum Vorwarnzeit.

Militärische Erfahrungen oder gar eine Ausbildung hat Prytula vor Beginn der russischen Invasion 2022 nicht gehabt. „Wir haben in Frieden gelebt. Da hat mich Militärdienst nicht interessiert.“ Krieg sei etwas gewesen, von dem in Büchern oder im Kino erzählt wurde. Das habe sich mit Russlands Besetzung der Krim und dem Krieg im Donbass geändert.

Im Februar 2022 meldete er sich bei der Armee. „Natürlich hatte ich Angst“, sagt er. „Aber ich habe mir auch überlegt, was ich wohl antworte, wenn mich meine Tochter in ein paar Jahren mal fragt, was ich getan habe, um sie zu beschützen.“ Im

Herbst 2022 nimmt seine Brigade dann an der Gegenoffensive teil, die weite Teile der Oblast Charkiw innerhalb weniger Tage befreite.

„Wir waren in Isjum“, erinnert er sich. In der Kleinstadt sind später Massengräber aus der Besatzungszeit entdeckt worden. Von dort sei seine Einheit weiter östlich Richtung des Eisenbahnknotens Lyman vorgerückt. Dort sei es dann passiert. Bei der Evakuierung von Verwundeten geriet seine Gruppe unter den Beschuss von Raketenwerfern. „Es gab eine Explosion. Ich habe gleich verstanden, dass meine Beine schwer verletzt sind.“ Panik habe er nicht verspürt. Kopf und Brust waren unversehrt. Die Aderpressen an den Beinen habe er sich noch selbst angelegt.

„Es wird viele wie mich geben“, sagt Prytula. Und bisher sei die Ukraine nicht darauf vorbereitet. Er zeigt mit dem Arm um sich herum auf den breiten Bürgersteig, wie er für die Innenstadt von Odessa typisch ist: ein Flickenteppich aus Asphalt verschiedener Generationen, hin und wieder unterbrochen von einem gepflasterten Abschnitt. Es gibt Wellen, Stufen, herausragende oder versenkte Gullydeckel, und auch an vielen Kreuzungen sind die hohen Bordsteine nicht abgesenkt. Odessa ist da keine Ausnahme in der Ukraine. „In meiner Wohnung kann ich den Rollstuhl nicht benutzen, weil die Türen zu schmal sind.“ Dabei würde er das gern tun. „Den ganzen Tag die Prothesen zu tragen ist sehr anstrengend.“

Doch die Herausforderungen gehen über die fehlende Barrierefreiheit hinaus. Es gehe um Veränderungen in den Köpfen der Menschen, so Prytula. „Als ich ein Kind war, hat man uns beigebracht, Menschen mit Behinderungen nicht anzusehen.“ Oft hätten Eltern ihren Kindern sogar die Augen zugehalten. Er versuche deshalb sehr offen mit seinen Amputationen umzugehen, um Menschen zum Nachdenken zu bringen. Mit anderen Veteran:innen besucht er Veranstaltungen. „Wir brauchen Inklusion für alle Menschen, nicht nur für Veteranen.“ Auf Instagram hat er mehr als 12.000 Follower. Videos seiner Behandlung und von seinem Alltag mit den Prothesen zeigt er dort.

Nach seiner Verwundung wurde Prytula in mehreren Krankenhäusern behandelt. „Meine Frau war die ganze Zeit bei mir“, sagt er. Doch es gab Komplikationen. Die Wunde an seinem linken Bein hatte sich entzündet. „Die Ärzte mussten noch mal amputieren.“ Diesmal oberhalb des Knies. „Das macht es komplizierter.“ Man brauche eine Prothese mit einem künstlichen Kniegelenk. Zum Ende seiner Behandlung bekam er einen Platz im Rehasentrum Superhumans in Lwiw. „Das war das Beste, das mir in meiner Situation passieren konnte“, sagt er.

Die Rehabilitationsklinik hat am Stadtrand von Lwiw zwei Teilgebäude eines Militärhospitals gemietet. Aus dem Fenster sieht man die Einfamilienhäuser der Vorstadt und dahinter die hügelige Landschaft Ostgaliziens mit weidenden Rindern an den Hängen. Hier ist man maximal weit von der Front entfernt. Zum Nachbarn Polen sind es nur 70 Kilometer. Zwar ist auch Lwiw mehrfach mit Raketen angegriffen worden, doch deutlich seltener als Städte weiter östlich.

Die Rehaklinik wird nicht vom Staat finanziert, sondern von einer gleichnamigen Wohltätigkeitsstiftung. Gegründet wurde sie vom ukrainischen Unternehmer Andriy Stavintser, dem Besitzer des größten Containerterminals der Ukraine im Hafen von Juschnie bei Odessa. Unterstützung kommt unter anderem von der Howard Buffet Foundation aus den USA und von privaten Kleinspendern. Teile der Ausstattung stammen vom deutschen Medizintechnikhersteller Ottobock. Auch prominente Botschafter hat Superhumans vorzuweisen, zum Beispiel den Musiker Sting.

Im April 2023 konnten die ersten Räume genutzt werden. Die Präsidentengattin Olena Selenska kam zur Einweihung. Inzwischen ist auch ein neunstöckiges Bettenhaus saniert. Die Ausrüstung ist neu, das Design modern. In der Lobby gibt es bequeme Sofas und Brettspiele. Alles ist natürlich barrierefrei. Türen öffnen auf Knopfdruck.

Im Erdgeschoss beginnt für die Patienten der Prozess. Sie alle sind vorher in anderen Kliniken behandelt worden, ihre Wunden ausgeheilt. In den Untersuchungsräumen wird Maß genommen.



n haben im Krieg Oleksii Prytula haben sich zurück at es ihnen heute?

Denn jede Prothese ist eine individuelle Anfertigung. Der Schaft muss genau auf den Stumpf passen. Es soll halten, ohne zu drücken. Je nach Amputation kann die Form ganz unterschiedlich sein.

Im Obergeschoss gibt es Übungsräume mit Geräten für die Physiotherapie: Laufbänder, Gewichte, Bälle, Massageliegen. Ein bisschen wie in einem Fitnessstudio. An der Decke verläuft eine Schiene, an der ein bewegliches Geschirr mit Gurten hängt. Das kann den Patienten am Anfang helfen, das Gleichgewicht zu halten. Nebenan gibt es Behandlungszimmer für Ergo- und Psychotherapie. Auch einen Pool hält das Gebäude bereit für die Wassertherapie.

Bei Superhumans hat Prytula auch Ruslana Danilkina kennengelernt, die wie er aus Odessa stammt. Die junge Frau macht es sich auf einem Sofa bequem, die Beine übereinandergeschlagen, das gesunde über ihr verletztes. Um den Hals trägt sie ein Kettchen mit einem Anhänger: der Dreizack ist das ukrainische Staatssymbol. Der dunkelblonde Pony fällt ihr in die Stirn. Mit 18 Jahren ist sie in die Armee eingetreten, mit 19 Jahren wurde sie schwer verwundet, nun ist sie 20.

Nach dem Schulabschluss habe sie keinen Plan gehabt, erzählt sie. „Ich habe als Kellnerin gearbeitet, ein Kurs als Tätowiererin gemacht.“ Als Russland seine Invasion der Ukraine begann, wollte sie

„Die ersten Wochen waren die schwersten. Ich hatte große Schmerzen und schwere Gedanken“

Ruslana Danilkina, 20 Jahre alt

unbedingt etwas tun. „Meine Heimat wurde angegriffen.“ Erfahrungen beim Militär hatte sie da noch nicht, aber ihre Eltern waren in der ukrainischen Armee. Sie meldete sich freiwillig. „Es war meine Entscheidung.“

Wenn sie erzählt, gestikuliert sie mit beiden Händen. Außer bei der Frage, wie sie verwundet wurde. „Es ist im Februar 2023 in der Oblast Cherson passiert“, berichtet sie. Und zwar in dem Gebiet, das die ukrainische Armee im Herbst zuvor befreit hatte. Nach einiger Zeit in einem Schreibtischjob hatte sie sich als Funkerin zu einer Fronteinheit versetzen lassen. „Wir waren unterwegs, um eine andere Einheit abzulösen.“ Die russische Artillerie habe Clustermunition eingesetzt. Sie saß auf dem Beifahrersitz, als sie am linken Bein getroffen wurde. „Ich habe gleich gewusst, dass es verloren ist.“

Dabei habe sie noch Glück gehabt. Sanitäter einer anderen Einheit seien zufällig vorbeigekommen und nahmen sie sofort mit. Im Krankentransporter auf dem Weg nach Mykolajiw sei wieder zu sich gekommen. Die Großstadt im Süden der Ukraine ist rund 80 Kilometer von der Front entfernt. „Als ich aufgewacht bin, hab ich zuerst nach meinem Bein gesucht, aber es war nicht mehr da.“ Da habe sie verstanden, dass ihr Leben nun nie mehr so sein wird wie vorher.

„Die ersten Wochen waren die schwersten“, erinnert sie sich. „Ich hatte große Schmerzen und schwere Gedanken.“ Essen, trinken, lesen – nichts habe mehr Sinn gemacht. „Ich habe viel geweint.“ Im Krankenbett habe sie die Beine immer mit einer Decke zudeckt. „Damit ich nicht sehe, was fehlt.“ Ihre Mutter, ihr Bruder und ihr Kommandeur haben sie dort besucht. „Aber eigentlich wollte ich gar nicht, das mich jemand so sieht.“

Aber nach ungefähr drei Monaten habe sich ihre Einstellung geändert. „Ich habe akzeptiert, dass ich es nicht ändern kann. Ich will meine Tage mit etwas füllen, das mich wirklich lächeln lässt.“ Die Verletzung habe sie dazu gezwungen, sich auf sich selbst zu konzentrieren. „Vorher habe ich mir oft Gedanken darüber gemacht, was andere über mich denken könnten. Ich habe meinen Körper nicht gemocht und habe immer nach Fehlern an mir gesucht.“

Dank Psychotherapie und der Unterstützung ihrer Familie ging es langsam aufwärts. In ihrer Rehabilitation hat sie jeden Schritt fotografiert. Viele davon hat sie auf Instagram veröffentlicht, wo ihr inzwischen mehr als 108.000 Accounts folgen. Als sie mit ihrer Prothese zum ersten Mal wieder in ihrer Heimatstadt war, sei sie viel spazieren gegangen. „Ich wollte mir mein Odessa zurückholen für mein neues Ich.“

Fürs erste hat Danilkina einen Platz für sich gefunden. Sie arbeitet jetzt selbst im Rehasentrum in Lwiw. Zwar ist sie keine ausgebildete Therapeutin, kann aber aus ihrer eigenen Erfahrung schöpfen. Rekreative Rehabilitation heiße das. „Jetzt helfe ich denen, die am Anfang des Prozesses stehen.“ Das sei ihr Job bis zum Ende des Krieges und noch ein paar Jahre danach. Neben der Begleitung während der Therapie organisiere sie auch Sportevents. „So sollen die Patienten lernen, was mit den Prothesen alles möglich ist.“

Mit den Problemen und Herausforderungen bei der Rückkehr ins zivile Leben beschäftigt sich in der Ukraine die Nichtregierungsorganisation Pryncyp. Sie wurde im vergangenen Jahr gegründet. Einer der beiden Gründer ist der in der Ukraine bekannte Veteran und Jurist Masi Nayem, der selbst als Soldat schwer verletzt wurde und ein Auge verloren hat.

Liubov Halan ist die andere Gründerin. Die Historikerin hat früher für die Weltgesundheitsorganisation gearbeitet. Sie beschreibt das Ausmaß. Rund eine Million Ukrainer:innen sind in der Armee oder waren es. Durch die laufenden Einberufungen wird die Zahl weiter steigen. „Mit ihren Familien sind bis zu fünf Millionen Menschen involviert“, erklärt sie. Im Moment seien vor allem viele Schwerverletzte dabei, weil man abgesehen davon nur aus Alters- oder familiären Gründen aus dem Dienst entlassen werde.

Die Bedürfnisse hat die NGO Pryncyp in einer Studie analysiert, die Anfang dieses Jahres veröffentlicht wurde. „Neben Rehabilitation brauchen sie Hilfe bei der Bürokratie und bei der Rückkehr an den Arbeitsmarkt“, fasst sie das Ergebnis zusammen. Und da gebe es noch erhebliche Mängel. „Was wir brauchen, ist eine Veteranenpolitik aus einer Hand.“ Bisher seien zu viele verschiedene staatliche Stellen involviert, ein bürokratischer Dschungel, der für die Betroffenen schwer zu verstehen sei und zusätzliche Probleme kreierte. Die bestehenden Regeln, die teilweise noch aus der Sowjetzeit stammen, versprechen zwar allerlei Hilfe und Unterstützung. „Doch das System ist auf diese Masse nicht ausgelegt.“

Bei der Rückkehr in den Arbeitsmarkt zeichne sich ein uneinheitliches Bild ab. Generell gibt es zurzeit einen relativ hohen Bedarf an Arbeitskräften. Viele Männer sind in der Armee und viele Frauen im erwerbsfähigen Alter ins Ausland geflohen. „Es gibt große Unternehmen mit eigenen Veteranenprogrammen, aber kleinere Unternehmen haben nicht die Ressourcen dafür.“ Zum Beispiel gehe es auch darum, ob ein Arbeitsplatz barrierefrei umgebaut werden kann. In der Landwirtschaft sei das schwieriger als in anderen Branchen.

„Die Rückkehr von Veteranen wird die Gesellschaft verändern“, sagt Halan. Sie hofft auf mehr Inklusion und Verständnis für Menschen mit Behinderungen gleich welcher Art. Sie sieht auch einen Unterschied zu den Veteranen in westlichen Ländern wie den USA. „Dort kamen die Veteranen in eine Gesellschaft zurück, die den Krieg nicht erlebt hat.“ Solange der Krieg aber noch andauere, ergebe sich daraus ein weiteres Problem: Auch wenn sie aus dem Dienst entlassen seien, sei der Krieg für sie nicht vorbei. Luftangriffe oder Nachrichten von der Front können zu Retraumatisierung führen.

Prytula sieht das für sich selbst nicht. „Ich bin durch alle Phasen der Traumabewältigung durch. Wenn sie uns bombardieren, empfinde ich nur Wut.“ Wenn nichts dazwischenkommt, plant Superhumans auch eine Niederlassung in Odessa. „Dann würde ich dort auch mithelfen wollen“, sagt er. Immerhin konnten er und Danilkina nach Hause zurückkehren. Ein Teil der Veteranen kann das nicht, weil ihre Heimatorte von Russland besetzt sind oder zerstört wurden.



Am Anfang war sie verzweifelt, heute will Ruslana Danilkina anderen Kriegsversehrten helfen

Angriff auf Odessa

Die russische Armee bombardiert erneut die Stadt am Schwarzen Meer. Präsident Selenskyj bittet Verbündete weiter hartnäckig um Kriegsgerät

Von **Tanja Tricarico**

In der Nacht zu Montag kam es in der ukrainischen Hafenstadt Odessa einmal mehr zu heftigen Explosionen. Der Gouverneur der Militärverwaltung des Gebiets, Oleh Kiper, rief die Bewohner der Stadt und des Bezirks über den Nachrichtenmessenger Telegram auf, in Schutzräumen zu bleiben, bis das Feuer gelöscht sei. Der Schwarzmeerhafen ist seit Kriegsbeginn im Februar 2022 immer wieder Ziel von Angriffen. Moskau will zum einen Exporte von Getreide und anderen Gütern verhindern, zum anderen wird dort die Produktion ukrainischer Seedrohnen vermutet. Zugleich meldete die russische Seite den Abschuss mehrerer ukrainischer Drohnen in der Region südwestlich von Moskau.

Die Ukraine drängt darauf, mit westlichem Kriegsge-

rät auch Stellungen wie Militärflugplätze und Raketenab-schussrampen auf russischem Territorium angreifen zu können. Bisher fehlt allerdings die Erlaubnis der USA, weitreichende Waffensysteme der Verbündeten auch dort einsetzen zu dürfen. Die Forderung seitens des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj wird auch deshalb dringlicher, da der Ukraine Luftabwehrsysteme nach wie vor fehlen – trotz internationaler Zusagen. Bisher dürfen westliche Waffen nur gegen Ziele in den besetzten Gebieten der Ukraine, einschließlich der Krim, sowie im Osten des Landes im unmittelbaren Grenzgebiet eingesetzt werden.

Die russische Invasion dauert mehr als zweieinhalb Jahre an – ein Ende der Kriegshandlungen ist nicht in Sicht. Selenskyj kündigte dennoch an, zu einer weiteren Friedenskon-

ferenz bereit zu sein, als Folgetreffen des Gipfels im Juni in der Schweiz. Russland war bei dem Treffen auf dem Bürgerstock mit mehr als 90 Staatenvertreter:innen nicht dabei – und signalisierte auch bei einer Konferenz noch in diesem Jahr nicht teilnehmen zu wollen. Grund dafür sind auch die Ergebnisse des Nato-Gipfels in Washington in der vergangenen Woche. Die USA und Deutschland hatten vereinbart, dass ab 2026 weitreichende US-SM-6 und noch in der Entwicklung befindlichen Hyperschall-Raketen soll einerseits zeigen, dass die USA in der Nato engagiert bleiben – über Jahre hinweg. Und zum anderen soll die Abschreckungsfähigkeit gegenüber Russland deutlich werden.

Immer mehr Menschen wohnungslos

Vor allem Familien aus der Ukraine landen in Deutschland in kommunalen Unterküften

Die Zahl der Menschen in Deutschland, die wegen Wohnungslosigkeit untergebracht werden mussten, ist deutlich gestiegen. Rund 439.500 Menschen wurden Ende Januar von Kommunen in Unterküften aufgenommen, teilte das Statistische Bundesamt am Montag mit. Damit stieg die Zahl gegenüber den Vorjahren – 2023 waren es 372.000 Menschen, 2022 sind es 178.100 gewesen. Der Anstieg gehe laut Bundesamt auch auf Verbesserungen der Datenmeldungen zurück. Erfasst werden wohnungslose Menschen, die in der Nacht zum 1. Februar beispielsweise in überlassenem Wohnraum, Sammelunterkünften oder Einrichtungen für Wohnungslose untergebracht waren. Obdachlose, die ohne jede Unterkunft auf der Straße lebten, wurden in der Erhebung nicht berücksichtigt.

Rund 40 Prozent der untergebrachten wohnungslosen Menschen waren laut Statistischem Bundesamt jünger als 25 Jahre. Im Durchschnitt waren die Ende Januar untergebrachten Menschen 31 Jahre alt. 55 Prozent der untergebrachten Wohnungslosen waren Männer, 43 Prozent waren Frauen. Bei den untergebrachten Wohnungslosen handelte es sich bei 150.100 Menschen um Paare mit Kindern. Sie bildeten mit 34 Prozent die größte Gruppe. 32 Prozent oder 139.000 Menschen waren alleinstehend. 17 Prozent waren Haushalte mit Alleinerziehenden.

Einen großen Teil der wohnungslosen Menschen machten die 136.900 geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer aus. „Insgesamt wurden 377.900 und damit deutlich mehr Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit gemeldet als im Vorjahr“, hieß es. 2023 waren es demnach 311.900 Menschen. Sowohl die Sozialvorständin der Diakonie Deutschland, Maria Loheide, als auch die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) appellierten an die Bundesregierung, zügig mehr Maßnahmen gegen Wohnungslosigkeit umzusetzen.

Loheide sprach von einem „deutlichen Alarmsignal“ und erklärte, für eines der reichsten Länder der Welt sei es ein Skandal, dass insbesondere Paare mit Kindern keinen eigenen Wohnraum hätten.

Die Bundesregierung erklärte, an dem Ziel festzuhalten, mit einem nationalen Aktionsplan bis zum Jahr 2030 die Wohnungslosigkeit zu überwinden. Grünen-Politikerin Hanna Steinmüller forderte mehr bezahlbaren Wohnraum und mehr Sozialwohnungen. Es brauche aber auch „ein soziales Mietrecht sowie Kampf gegen Leerstand und Zweckentfremdung“.

Wohnungspolitikern Caren Lay (Die Linke) sprach von „einer stillen Katastrophe“ und warf der Bundesregierung vor, „beim angekündigten Ausbau des sozialen Wohnungsbaus“ zu versagen. (taz, dpa, afp, epd)

meinung + diskussion 12

Ungestraft hetzen in Frankfurt

Jahrelang verschickten Polizisten rechtsextreme Chats. Das Oberlandesgericht entschied nun, dass sie nicht vor Gericht müssen. Opferverband sieht „fatale Signalwirkung“

Von Konrad Litschko

Es waren Chats voller Menschenverachtung. Herablassungen über jüdische Menschen, Schwarze, Migrant*innen und Menschen mit Behinderung, auch Hitlerbilder und Hakenkreuze. All dies posteten fünf Polizist*innen aus dem 1. Frankfurter Polizeirevier, geteilt ab Herbst 2014 in mehreren Chatgruppen, vier Jahre lang. In einer namens „Itiotentreff“ waren es allein 1.600 Nachrichten.

Die Chatgruppen war nur durch Zufall aufgefliegen: Im Zuge der Ermittlungen der „NSU 2.0“-Drohschreiben gegen die Frankfurter Anwältin Seda Başay-Yıldız, die auch NSU-Opfer vertritt, und weitere Betroffene. Zu Başay-Yıldız wurden auch persönliche Daten ohne Dienstanlass auf dem Frankfurter Revier abgerufen – die später in den Drohschreiben auftauchten. Wer für die Datenweitergabe verantwortlich war, ist bis heute nicht geklärt.

Wegen der Chats aber wurde gegen fünf Polizeibeamte schon 2022 von der Staatsanwaltschaft

Frankfurt am Main Anklage wegen Volksverhetzung erhoben. Nun aber kommen die Beamten nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main ohne Prozess davon. Schon das Landgericht hatte eine Eröffnung des Verfahrens abgelehnt: Für eine Volksverhetzung sei ein öffentliches Ver-

„Jetzt ist entscheidend, dass es dienstliche Konsequenzen gibt“

Seda Başay-Yıldız, Anwältin

breiten der Inhalte erforderlich – in einer geschlossenen Chatgruppe sei dies aber nicht gegeben. Die Staatsanwaltschaft legte dagegen Beschwerde ein – die nun vom Oberlandesgericht zurückgewiesen wurde.

Die Beschuldigten hätten zwar „in erheblichem Umfang teilweise nur schwer erträgliche menschenverachtende, rechtsextreme, gewaltverherr-

lichende, antisemitische, ableistische und rassistische Inhalte geteilt“, erklärte das Gericht. Straftat aber sei dies wegen der privaten Chatgruppen und deren „überschaubarem Personenkreis“ nicht. Die Entscheidung des Landgerichts, den Prozess nicht zuzulassen, sei daher nicht zu beanstanden. Wohl aber seien dienstrechtliche Konsequenzen für die Beamten erforderlich, da es „erhebliche Zweifel an der Verfassungstreue“ gebe. Der Beschluss ist nicht mehr anfechtbar.

Seda Başay-Yıldız reagierte erheitert. Die Entscheidung habe sich abgezeichnet, sagte sie der taz. „Jetzt ist entscheidend, dass es dienstliche Konsequenzen für die Polizeibeamten gibt, konkret eine Entfernung aus dem Beamtenverhältnis“, so Başay-Yıldız. „Denn eines ist unstrittig: dass die Gesinnung der Polizisten mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbar ist.“

Auch der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt sprach von ei-

ner „fatalen Signalwirkung“. Lisa Gnadl von der mitregierenden SPD sagte, die Entscheidung sei für Verfechter des Rechtsstaats zu respektieren. „Ich erwarte aber, dass die damals Beteiligten disziplinarisch angemessen bestraft werden, bis hin zur Entfernung aus dem Beamtentum.“

Hessens Innenminister Roman Poseck (CDU) erklärte, mit der Entscheidung bestehe nun rechtliche Klarheit, diese gelte es zu respektieren. Bei den Disziplinarverfahren gegen die Polizeikräfte werde nun ein „zeitnaher Abschluss“ angestrebt. „Rassistisches und menschenverachtendes Gedankengut darf in unserer Polizei keinen Platz haben“, so Poseck. Dagegen wurden aber die Dienstgeschäfte verboten, drei inzwischen vorläufig des Dienstes enthoben und von zweien ein Teil der Bezüge einbehalten.

Bereits 2018 waren Disziplinarverfahren gegen die Polizist*innen eingeleitet worden, die wegen des Strafverfahrens ausgesetzt waren. Allen fünf Beamten wurden aber die Dienstgeschäfte verboten, drei inzwischen vorläufig des Dienstes enthoben und von zweien ein Teil der Bezüge einbehalten.

Poseck und die SPD forderten zudem, die offenbar gewordene Strafbarkeitslücke zu schließen: Wenn Angehörige des öffentlichen Dienstes in Foren hetzen, müsse dies bestraft werden, ganz gleich, wie groß das Publikum sei. Bereits im Herbst hatte NRW eine entsprechende Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, die auch beschlossen wurde und dem Bundestag zugeleitet wurde. Dort wurde darüber noch nicht beraten, auch Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) wurde noch nicht aktiv.

Gegen zwei der Polizeibeamten aus der „Itiotentreff“-Chatgruppe, Johannes S. und Miriam D., wurde lange auch wegen der „NSU 2.0“-Drohschreiben ermittelt. Vor allem S. war mit rechts-extremen Äußerungen aufgefallen, hatte online nach „Yıldız in Frankfurt“ gesucht. Schon zu Jahresbeginn waren die Ermittlungen aber auch in diesen Fällen eingestellt worden.

Das Polizeirevier in der Frankfurter Innenstadt
Foto: Hasan Bratic/picture alliance



brief des tages

Euro 24

„Fußballberichterstattung“, taz vom Juni und Juli 2024

Gut vier Wochen mit bis zu zehn Seiten Berichten über die Fußball-Europameisterschaft pro Ausgabe – also zusammen gerechnet rund 300 taz-Seiten zu einem Thema minderer Relevanz! Laut Umfragen ist nur knapp die Hälfte der Bundesbürger überhaupt an Fußball oder an Sport generell interessiert. Nur rund 41 Prozent der über 16-Jährigen planten, die EM zu verfolgen (aktuelle Civey-Umfrage). Der Anteil dürfte bei den taz-Lesern deutlich niedriger liegen.

Als Abonnent ärgert mich das krasse Ungleichgewicht in der Berichterstattung. Welches Thema bekommt einen vergleichbaren Platz in der Zeitung eingeräumt? Über die Kompetenz der Berichterstattung kann ich mir kein Urteil erlauben, aber als Fußball-Fan würde ich dann doch eher auf „Fachmagazine“ wie Kicker oder 11Freunde zurückgreifen. Die Sedierung des Plebs durch „Brot und Spiele“ funktioniert, nicht zuletzt auch dank der aktiven taz-Unterstützung. Schade. Auch wegen etlicher Tonnen vergeudeten Zeitungspapiers.

Ob's bei der drohenden Olympiade genau so laufen wird? Schauen wir mal...
Wolfgang Ehle, Kassel



Abschiebung gestoppt

Ein ganzes Leben in Deutschland und doch sollte der 31-jährige Robert A. in ein Land abgeschoben werden, in dem er noch niemals war. In letzter Minute wurde die Abschiebung nun ausgesetzt

Von Franziska Schindler

Der sächsische Innenminister Armin Schuster (CDU) hat die Abschiebung von Robert A. gestoppt. Laut Pressemeldung des sächsischen Innenministeriums soll der Fall von Robert A. nun durch die Landesdirektion überprüft werden. Die Chemnitzer Ausländerbehörde hatte seine Abschiebung für Montag geplant. Der 31-jährige Robert A. war am Freitag bei einem regulären Termin bei der Ausländerbehörde inhaftiert worden.

A. lebt in Deutschland seit er acht Monate alt ist. 1993 waren seine Eltern mit ihm vor dem Jugoslawienkrieg zuerst in die Niederlande und dann nach Deutschland geflohen. Seine Kindheit verbrachte er in einer Geflüchtetenunterkunft in Aue im Erzgebirge. Als Jugendlicher

kam er nach Chemnitz, besuchte Schule und Ausbildung zum medizinischen Bademeister und Masseur. Nun sollte er nach Serbien abgeschoben werden – ein Land, in dem er niemals war und dessen Sprache er nicht spricht. Seit Freitag befand sich A. in Abschiebehaft.

„Heute Nacht um 0.21 Uhr hat Robert mich angerufen und mir gesagt, dass er jetzt zur Abschiebung nach Frankfurt gebracht wird“, berichtet sein Anwalt Ulrich Tronczik am Telefon. Den Flüchtlingsrat erreichte in der Nacht die Information, dass A. nicht wie zuerst vermutet am Dienstag, sondern schon am Montag um 11.40 Uhr mit einem Charterflug hätte abgeschoben werden sollen. Die rettende Nachricht kam in letzter Minute: Um 10.21 Uhr veröffentlichte das sächsische Innenmi-

nisterium die Mitteilung, dass die Abschiebung ausgesetzt sei. Inzwischen wurde A. aus der Haft entlassen.

In Chemnitz, wo Robert zu Hause ist, hatte die angekündigte Abschiebung bei vielen Entsetzten ausgelöst. Hunderte waren am Sonntag zu einer Solidaritätskundgebung vor der Chemnitzer Ausländerbehörde gekommen, eine Petition gegen Roberts Abschiebung haben mehr als 20.000 Menschen unterzeichnet.

„Robert konnte es erst mal gar nicht fassen, dass die Abschiebung gestoppt ist“, sagt Tronczik, der ihm die gute Nachricht überbracht hat. Dave Schmidtke, der Robert A. schon seit Jahren kennt und beim sächsischen Flüchtlingsrat seinen Fall begleitet hat, ist erleichtert. „Aber der Kampf geht weiter“, sagt

Schmidtke, „Robert hat noch immer nur eine Duldung und keineswegs einen sicheren Aufenthalt in Deutschland.“

Die Kundgebung, die für Montagnachmittag vor der Abschiebehaftanstalt in Dresden geplant war, findet trotzdem statt – nun aber vor dem Innenministerium. „Viele Menschen in einer ähnlichen Situation wie Robert werden abgeschoben, oft ohne öffentliche Aufmerksamkeit“, sagt Schmidtke vom sächsischen Flüchtlingsrat. Im Koalitionsvertrag hatte die Ampelregierung eine Rückführungsoffensive angekündigt. „Die ist in vollem Gange“, sagt Schmidtke.

Voraussichtlich noch am Montag wird Robert A. nach Hause zurückkehren. In Chemnitz wird er voller Vorfreude erwartet.



Ferda Ataman im brandenburgischen Spremberg
Foto: Patrick Pleul/dpa

Ohne Geld und Gewissheit

Vor den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg hat Ferda Ataman, die Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung, dort Beratungsstellen besucht. Sollte die AfD an Einfluss gewinnen, könnte es schwer für sie werden

Aus Dresden, Eisenberg und Görlitz **David Muschenich**

Man Ahmadi sagt mit Nachdruck: „Man kann in Dresden alles machen, egal welche Nationalität man hat.“ Im sächsischen Erzgebirge sei das schon ein bisschen schwieriger. Ahmadi stammt aus dem Iran und erlernte dort seinen Beruf als Elektriker. Mittlerweile wohnt er im Dresdener Stadtteil Reick und arbeitet dort seit 2020 bei einer Firma, die Technik herstellt, die etwa in der Halbleiterproduktion zum Einsatz kommt.

Ahmadi steht in der gut gekühlten Werkshalle der Firma DAS und erzählt der unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung, Ferda Ataman, von seinen Erfahrungen in Sachsens Hauptstadt. Erlebt er dort wirklich keine Diskriminierung? Kaum, bekräftigt er. „Wichtig ist, dass ich die Sprache kann. Sächsisch kann ich“, sagt Ahmadi und grinst schelmisch, „und auch ein bisschen Deutsch.“ Da lacht Ataman.

Die Bundesbeauftragte bereiste vergangene Woche in Begleitung mehrerer Medienvertreter:innen Thüringen, Sachsen und Brandenburg. Bevor dort im September die Landtagswahlen anstehen, habe sie wissen wollen, wie es um die Antidiskriminierungsberatung in den drei Bundesländern stehe. Obwohl die bundesweite Nachfrage nach den Beratungen 2023 ein Rekordhoch erreicht habe, höre sie, dass es zunehmend schwieriger werde, sich für ein Zusammenleben in Vielfalt zu engagieren.

Ein Grund dafür könnte die AfD sein. In Umfragen verlor die Partei zwar zuletzt ein paar Prozentpunkte, steht aber in allen drei Bundesländern mit 25 bis 30 Prozent an erster Stelle. Bei den Kommunalwahlen vor etwas mehr als einem Monat hatte sie hier an vielen Orten den höchsten Stimmanteil erzielt.

Wie die AfD zur Antidiskriminierung steht, zeigten etwa

Äußerungen des AfD-Politikers Stephan Brandner, als Ataman im vergangenen Jahr eine Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) forderte – der rechtlichen Grundlage für Antidiskriminierung in Deutschland. Das sei „völlig überflüssig“, sagte Brandner, Bundestagsabgeordneter mit Direktmandat aus Thüringen. Es erinnere ihn „an die Machenschaften der Stasi“. Worauf stellen sich also die Antidiskriminierungsberater:innen für die Zeit nach den Landtagswahlen ein?

Bisher beraten in allen drei Bundesländern entsprechende Stellen Diskriminierte auf der Grundlage des AGG. Das trat 2006 in Kraft und greift etwa, wenn Firmen Menschen ab 50 Jahren nicht einstellen, weil sie zu alt seien, Vermieter Wohnungsinteressent:innen wegen

ren (Migranetz) gehört. Menacher präsentierte am Montag mit Leinwand und Beamer vor Ataman und den anwesenden Journalist:innen in der thüringischen Kreisstadt Eisenberg im Saale-Holzland-Kreis, wie die Hilfsstrukturen auf dem Land gestärkt werden können.

Von Diskriminierung Betroffene können sich online bei „Raus aufs Land“ melden, die Berater:innen fahren dann zu ihnen. Schlechte Anbindung soll durch ein digitales Angebot kompensiert werden.

Doch noch befindet sich das Angebot im Aufbau und richtet sich an nur vier Kreise: Weimar, das Weimarer Land, den Ilm-Kreis und den Saale-Holzland-Kreis. Und selbst da seien die Berater:innen nur begrenzt flexibel. „Wir haben leider noch kein Auto“, fügt Menacher an und wirkt etwas verlegen.

erarbeiten und bei ihnen bekannt zu werden. Hilfreich dabei sei, dass in den vergangenen Jahren die Netzwerke zu ähnlichen Institutionen gewachsen seien, etwa zu Migrant:innenorganisationen in Thüringen (Migranetz) oder der Beratungsstelle für Betroffene rechter Gewalt in Sachsen (RAA).

Allerdings mache die AfD den Beratungsstellen schon jetzt das Leben schwerer, berichtet Elisa Calzolari, Geschäftsführerin des Migranetzes in Thüringen. Zum Beispiel, indem sie Kleine Anfragen im Landtag stelle, das binde die Arbeitskraft der Berater:innen. Zwar sei das ein „wichtiges parlamentarisches Werkzeug, um Politik transparent zu gestalten“, sagt Calzolari, aber die AfD stelle bei der Veröffentlichung der Anfragen die Legitimität der Projekte infrage. Die Initi-

und das bedroht Menschen. Aber es ist auch wichtig, zu zeigen, dass nicht alle so sind und wer sich vor Ort für Demokratie und Vielfalt einsetzt“, erklärt er der taz.

In den Gesprächen zwischen Ferda Ataman und den Akteuren vor Ort wiederholt sich die Kritik, dass von der Bundesregierung zu wenig Unterstützung komme. Doch Ataman kann sich dem nur anschließen.

Als unabhängige Beauftragte hat sie selbst kein Budget, mit dem sie Antidiskriminierungsstellen unterstützen könnte. Ataman fordert zudem seit mehr als einem Jahr, dass die Regierung das Antidiskriminierungsgesetz reformieren soll – wie es im Koalitionsvertrag festgelegt ist. Bisher ist nichts passiert. „Das ist aus meiner Sicht eine falsche Prioritätensetzung“, kommentiert Ataman. Antidiskriminierung helfe nicht nur dabei, die Folgen von verrohenden Debatten zu bekämpfen. Auch wirtschaftliche Argumente sprächen dafür, wie sich bei dem Unternehmen DAS in Dresden zeigt, bei dem der Elektriker Iman Ahmadi arbeitet.

Bevor er sich bei der Firma bewarb, arbeitete er für ein Leiharbeitsunternehmen. Auch wenn er sagt, man könne alles in Dresden machen – bei dieser Firma habe er Rassismus erlebt, erzählt er ein wenig später. Bei DAS sei das anders gewesen. Dorthin wurde er zunächst nur als Zeitarbeiter verliehen. Aber weil es ihm so gut gefiel, bewarb er sich 2020 dort und ist nun fest angestellt.

DAS engagiert sich auch an anderen Stellen gegen Diskriminierung, setzt etwa ein Programm um, das Menschen mit Beeinträchtigung in den Betrieb integrieren soll. Außerdem gibt es betriebsintern eine Antidiskriminierungsstelle, bei der es heißt, man freue sich über Meldungen. Nichts sei schlimmer als ein Mantel des Schweigens. Ein gutes Betriebsklima sei ein starkes Argument im Kampf um

die Fachkräfte – auch aus dem Ausland.

Wie geht es dann dem Unternehmen mit den starken Umfragewerten für die AfD? „Es ist Tradition, als Wirtschaft neutral zu bleiben, auch wenn uns das schaden könnte“, sagt Ute Mareck, die Qualitätsmanagerin des Unternehmens. Allerdings ist DAS eins von mehr als 550 Mitgliedern im Lobbyverein Silicon Saxony – ja, angelehnt an den Hightech-Industriestandort in Kalifornien.

Mit Verweis auf den demografischen Wandel warnt der Verein vor einem weiter zunehmenden Fachkräftemangel. „Die Fachkräftesicherung mithilfe von qualifizierter Zuwanderung ist deshalb in den kommenden Jahren eine zentrale politische und gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, heißt es dazu in einem öffentlichen Strategiepapier. Ein wichtiges Instrument dabei sei, den rassistischen Ruf Sachsens zu überwinden. Weltweit sein, damit die Fachkräfte kommen.

Reduziert das Menschen nicht auf ihre Arbeitskraft? Nur wer leistet, ist willkommen? Ferda Ataman sagt, sie fände es nachvollziehbar, dass Unternehmen gewinn- und auch zielorientiert denken. Der Einsatz für Diskriminierungsschutz lohne sich eben auch wirtschaftlich. „Solange es Menschen hilft, ehrlich gemeint und gut umgesetzt ist, finde ich das nicht verwerflich“, sagt sie. Ein wenig Pragmatik kann mit Blick auf die Landtagswahlen zumindest nicht schaden.

”

„Es gibt in sächsischen Orten ein rechtes Klima und das bedroht Menschen. Aber es ist auch wichtig, zu zeigen, wer sich vor Ort für Demokratie und Vielfalt einsetzt“

Jan Diebold, ADB Sachsen

ihres Nachnamens abweisen oder Menschen wegen ihrer Behinderung ausgeschlossen werden. Fühlen sich Menschen wegen ihrer ethnischen Herkunft, ihrem Geschlecht, der Weltanschauung, einer Behinderung, dem Alter oder der sexuellen Identität benachteiligt, können sie bei den Beratungsstellen Unterstützung bekommen. Deutschlandweit gibt es etwa hundert davon.

Allerdings: Die meisten Stellen befinden sich in großen Städten oder Ballungsgebieten, erklärt Nouredine Menacher, ein Antidiskriminierungsberater im Saale-Holzland-Kreis. Das soll in Thüringen das Projekt „Raus aufs Land“ ändern, welches zum Landesnetzwerk der Migrant:innenorganisato-

Etwa 200 Kilometer weiter östlich versucht das Antidiskriminierungsbüro in Sachsen (ADB) Ähnliches. Bisher finanzierte die Initiative mit kommunalen und Landesmitteln sowie Eigenanteilen des Vereins drei Standorte: je einen in Dresden, Leipzig und Chemnitz sowie eine Online-Beratung. Insgesamt gebe es zehn Berater*innenstellen, berichtet Jan Diebold, Fachleitung der Antidiskriminierungsberatung.

Über die Projektfinanzierung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes sollen zudem zwei weitere Personen für die Beratung an einem geplanten Standort in Görlitz eingestellt werden.

Beide neuen Projekte arbeiten derzeit daran, sich das Vertrauen von Diskriminierten zu

aktiven würden etwa „als links-extremistisch motiviert eingeordnet, wengleich sie gängigen Förderrichtlinien folgen“, sagt Calzolari.

Aber wie hilft das, wenn die Antidiskriminierungsbeauftragte des Bundes mit Medien aus dem Westen nach Thüringen, Sachsen oder Brandenburg in die Provinz fährt, um zu schauen, wie schlimm die Verhältnisse im Osten wirklich ist? Ataman hört zwar den Initiativen vor Ort zu, springt dann aber wieder unter Zeitdruck in den Bus und fährt weiter. Bestätigt das nicht nur Vorurteile? Es komme drauf an, sagt Jan Diebold vom ADB Sachsen. „Es ist wichtig, das Problem nicht kleinzureden: Es gibt in sächsischen Orten ein rechtes Klima

taz * blogs
Was hier nicht steht, steht auf den Blogs
... denn hier ist der Platz für Mutiges, Abseitiges und Tiefgründiges:
taz.de/blogs

KANN DER WESTEN WEG?

ZERFALL EINER WELTORDNUNG

Europa und Nordamerika haben viel vorangebracht und einiges verbockt. Nun geht es so nicht mehr weiter. Aber wie dann?



Mit: Joschka Fischer; Dana Giesecke; Maja Göpel; Jürgen Habermas; Wolf Lotter; Jörg Metelmann; Marcus Mittermeier; Ella Müller; Luisa Neubauer; Harald Welzer

Die neue
taz **FUTURZWEI**

» taz **FUTURZWEI-**
Abo-Prämie

Gutschein über 10 Euro
für Einkäufe im taz Shop



taz **FUTURZWEI**

Magazin für **Zukunft und Politik**



Mehr Wärme mithilfe von Geothermie

Branchenverband lobt Gesetzentwurf von Habeck, fordert aber weitere Verbesserungen

Von Anja Krüger

Der Ausbau der Erdwärme in Deutschland soll beschleunigt werden. Der Bundesverband Geothermie begrüßte am Montag einen entsprechenden Vorstoß von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne). Habeck will die Genehmigungsverfahren für Anlagen zur Wärmegewinnung in der Tiefe vereinfachen und hat dafür einen entsprechenden Gesetzesentwurf in die Verbändeanhörung gegeben. „Das Gesetz ist ein großer Schritt für die Geothermie“, sagte Gregor Dilger, Geschäftsführer des Bundesverbands Geothermie, am Montag vor Journalisten.

Bislang werden Erdwärme und Großwärmepumpen in Deutschland kaum genutzt. Nach Angaben des Umweltbundesamts wurde 2023 weniger als 2 Prozent der Wärme in Deutschland so gewonnen. Das will Habeck ändern. In Zukunft soll diese Energie etwa bei der Fernwärme im großen Stil zum Einsatz kommen. Geothermie ist klimaneutral und zu jeder Jahreszeit nutzbar.

Heute dauern Genehmigungsverfahren für große Anlagen zwischen fünf und zehn Jahren. Das schreckt Investor:innen ab. Damit es schneller geht, sieht Habecks Gesetzentwurf eine wichtige Änderung vor: Ähnlich wie bei der Windkraft soll für den Bau von Geothermieanlagen künftig ein überragendes öffentliches Interesse gelten. Damit binnen zwei bis drei Jahren genehmigt werden kann, seien weitere Maßnahmen erforderlich, sagte Dilger. Wichtig dafür ist nach Auffassung des Verbands, dass bei Genehmigungsverfahren eine Behörde im gesamten Prozess federführend ist und sich nicht mehr wie bisher viele Ämter nach und nach mit der Sache befassen. Öffentliche Einrichtungen sollen dazu verpflichtet werden, ihre Grundstücke etwa für seismische Messungen zur Verfügung zu stellen. Außerdem fordert der Verband mehr bundeseinheitliche Regelungen, etwa bei der Tiefbohrverordnung.

Ein Beispiel für den Einsatz ist München. „Bis 2040 wollen wir in München Fernwärme klimaneutral erzeugen“, sagte Karin Thelen, Präsidentin des Bundesverbands Geothermie und bei den Stadtwerken München tätig. „Dazu brauchen wir die Geothermie.“ In München sind sechs Anlagen in Betrieb, die 190 Megawatt für die Wärmeversorgung erzeugen. Bis 2040 sollen zehn Anlagen hinzukommen mit 800 Megawatt Leistung für die Wärmeversorgung. Sie können mitten in der Stadt entstehen. Bei einem Projekt bauen die Stadtwerke in einem Schwimmbad mit Außenbecken eine Anlage. Wo gebohrt wird, soll später eine Liegewiese entstehen. Thelen: „Wir probieren alles, um möglichst flächenschonend vorzugehen.“

Südeuropäer für Zölle auf E-Autos

Aus Angst vor Gegenmaßnahmen Chinas wird sich Berlin enthalten

Italien und Spanien wollen Regierungskreisen zufolge die Sonderzölle der EU-Kommission auf Elektroautos aus China mittragen. Bis Mitternacht am Montagabend konnten die 27 EU-Staaten noch ihren Standpunkt zum Thema einreichen. Die Empfehlungen sind zwar nicht bindend, das Ergebnis dürfte aber Einfluss auf das Vorgehen der Kommission haben, die für die Handelspolitik in Europa zuständig ist.

Die Bundesregierung wird sich bei der EU-internen Abstimmung voraussichtlich enthalten. In Deutschland stoßen die neuen Zölle auf Vorbehalte, weil befürchtet wird, dass deutsche Autobauer unter möglichen Gegenmaßnahmen Chinas leiden könnten. Die EU-Kommission hatte Anfang Juli Strafzölle von bis zu 37,6 Prozent gegen E-Autos aus China verhängt, weil sie der Volksrepublik unfaire Wettbewerbsvorteile durch Subventionen vorwirft.

Die Zölle gelten seit 5. Juli bis zu vier Monate lang. Dann muss entschieden sein, ob sie für bis zu weitere fünf Jahre verhängt werden. Diese Zölle könnten mit einer qualifizierten Mehrheit gekippt werden. Dafür müssten 15 der 27 Mitgliedstaaten mit einem Anteil von zusammen 65 Prozent der EU-Bevölkerung dagegen stimmen. (rtr)

Zahl des Tages

4,6 Milliarden

„Wasserstoffleitungen werden die Lebensadern der Industriezentren sein.“ Geradezu Poetisches zur schönen und teuren Energiewende hat der Habeck mal wieder rausgehauen. Es soll wohl auch noch gut klingen, dass EU, Bund und Länder **4,6 Milliarden Euro** in Projekte zur Erzeugung, Speicherung und zum Transport von grünem Wasserstoff ausgeben wollen. 23 Maßnahmen werden gefördert, die Industrie investiert weitere 3,3 Milliarden Euro. Alles spiele eine „Schlüsselrolle bei der Dekarbonisierung der Industrie und des Energiesektors“, so Habeck. Die Transport-Infrastruktur für Wasserstoff soll einmal 2.000 Kilometer lang sein. Man kann das Lebensadern nennen, eigentlich sind es aber nur Rohre.

Klimabilanz mit Tricks

Um ihre CO₂-Bilanz zu verbessern, sollen Mineralölkonzerne getrickst haben. Das Umweltbundesamt hat Anzeige erstattet. Nun wird die Polizei aktiv

Nach Hinweisen auf mögliche Betrugsfälle bei Klimaschutzprojekten, mit denen Mineralölkonzerne ihre Klimabilanz verbessern wollen, haben Polizisten Firmen in Nordrhein-Westfalen und Bayern durchsucht. In Räumen von Unternehmen in Kerpen, Köln und Langenbach seien am vergangenen Freitag zahlreiche Unterlagen beschlagnahmt worden, teilte die Berliner Staatsanwaltschaft mit.

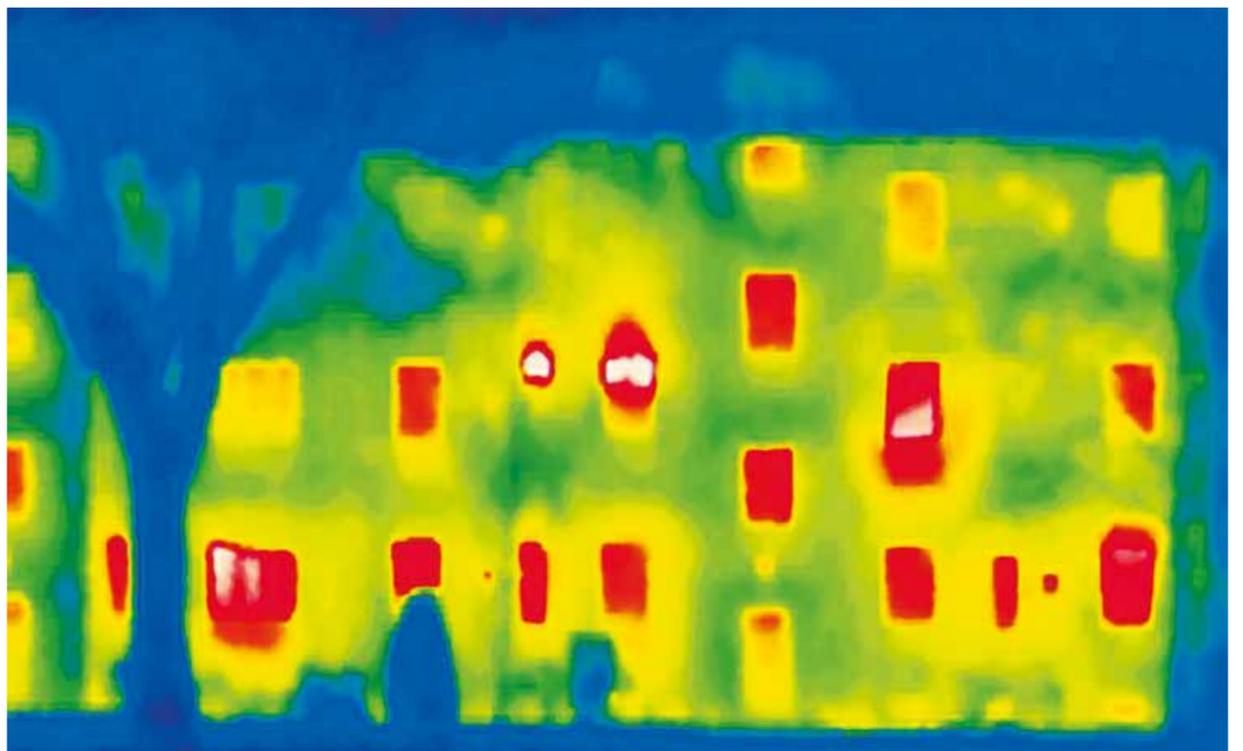
Die Behörde ermittelt nach Angaben eines Sprechers gegen 17 Beschäftigte wegen des Verdachts des gemeinschaftlichen gewerbsmäßigen Betrugs. Im Visier sind die Geschäftsführer der Firmen sowie Mitarbeiter von Prüfstellen. Laut Staatsanwaltschaft besteht der Verdacht, dass bei Angaben gegenüber der Deutschen Emissionshandelsstelle (DEHSt) falsche Angaben

gemacht wurden. Nach derzeitigem Stand seien fünf Projekte betroffen. Es soll ein Schaden von mehr als 1,12 Millionen Euro entstanden sein.

Bei den Vorwürfen geht es um sogenannte Upstream-Emissions-Reduktions-Projekte (UER). Diese sind eine Möglichkeit für Ölkonzerne, gesetzliche Klimaziele im Verkehrssektor zu erreichen. Bei den meisten der vom Umweltbundesamt (UBA) zertifizierten Projekte geht es darum, Treibhausgasemissionen bei der Ölförderung zu verringern. Dafür erhalten die Unternehmen Zertifikate, die sie mit ihrem CO₂-Ausstoß verrechnen können. Ein Teil der zertifizierten Projekte hat nach früheren Angaben des UBA offenbar gar nicht existiert, in anderen Fällen wurden bestehende Anlagen als neu ausgewiesen. Das könnte

etwa bedeuten, dass die Klimabilanz des deutschen Verkehrssektors noch schlechter ist als bislang angenommen.

Das UBA hatte Ende Mai bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet. Es hatte zuvor Hinweise von Whistleblowern bei Projekten in China geprüft. Nachdem das ZDF über die mutmaßlichen Betrugsfälle berichtet hatte, sprach das UBA von einer internen Prüfung. Man habe bei chinesischen Behörden um Amtshilfe gebeten, gab ein Sprecher Ende Mai an. Die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft sei wegen aller in Betracht kommenden Delikte bezogen auf die Vorgänge zu den in China durchgeführten Projekten gestellt worden. Im Vergleich zum UBA habe die Staatsanwaltschaft ganz andere Möglichkeiten, um zu ermitteln. (dpa/afp)



Zu wenig Dämmung, zu viele Heizungen mit Gas, Öl oder Kohle: Deutschlands Gebäude sind zu CO₂-intensiv
Foto: Marius Schwarz/imagoo

Bundesregierung bricht Klimaschutzgesetz

Die Ampel verwässert das Gesetz, das Deutschland klimaneutral machen soll – und hält sich schon nicht mehr an die noch gültige Variante, bevor die Reform überhaupt in Kraft ist

Von Susanne Schwarz

Es ist ein Rechtsbruch mit Ansage: Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) will kein Sofortprogramm für den Klimaschutz vorlegen. Laut Klimaschutzgesetz hätte er das bis Montag tun müssen, weil das Verkehrswesen im vergangenen Jahr zu viel Treibhausgas verursacht und so die Erderhitzung angetrieben hat.

Dieses Prinzip der sofortigen Kurskorrektur in solch einem Fall hebt die Ampel zwar mit einer Reform auf – in Kraft ist diese aber noch nicht. Das Verkehrsministerium verweist trotzdem schon darauf: „Die Vorlage eines Sofortprogramms, welches nicht den Anforderungen dieser neuen Rechtslage entspricht, halten wir vor dem Hintergrund des unmittelbar bevorstehenden Inkrafttretens der Novelle für nicht zielführend“, sagte ein Sprecher des Ministeriums der taz.

Die neuen Anforderungen werden dabei nicht stärker, son-

dern tendenziell schwächer sein. So werden die CO₂-Grenzwerte, die das Klimaschutzgesetz für verschiedene Wirtschaftssektoren und jedes Jahr festlegt, praktisch bedeutungslos. Stattdessen soll die ganze Bundesregierung für Klimaschutz im Gesamten verantwortlich sein – und will dabei sektoren- und jahresübergreifend vorgehen. Eine Verfehlung in einem Bereich kann also theoretisch durch die Übererfüllung in einem anderen ausgeglichen werden. In der Praxis fehlen dafür allerdings die Spielräume.

Wenn die Rechnung nicht aufgeht, muss die Regierung ihrer neuen Reform nach aber trotzdem kein Sofortprogramm mehr aufsetzen. Das ist erst nötig, wenn die jährlichen Prognosen zweimal in Folge ergeben, dass eine Erreichung des Klimaziels 2030 nicht mehr gewährleistet ist.

Klimaschützer*innen ist das viel zu unverbindlich. Damit einher gehe das Risiko, „dass wichtige Klimaschutzmaßnah-

men weiter auf die lange Bank geschoben werden, weil Verantwortlichkeiten verwässert wurden und Pflichten zur Nachsteuerung nun zu lange Fristen haben“, heißt es zum Beispiel beim Umweltverband WWF.

Erst am Montag hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) die Reform des Klimaschutzgesetzes unterschrieben.

Klimaschützer*innen halten die Reform des Gesetzes für verfassungswidrig

ben. Jetzt muss sie noch im *Bundesgesetzblatt* erscheinen. Nach einer mehrtägigen Frist tritt sie dann in Kraft – so lange gilt das alte Gesetz. Klimaschutz*innen hatten an Steinmeier appelliert, der Reform nicht zuzustimmen. Der Bundespräsident kann einem Gesetz die Unterschrift verweigern, wenn

er offenkundige verfassungsrechtliche Bedenken hat. Steinmeiers Prüfung dauerte im Fall des Klimaschutzgesetzes Monate, das ist unüblich lange. Für den Fall, dass der Bundespräsident doch unterschreibt, hatten mehrere Umweltverbände und Klimaaktivist*innen bereits Klagen angekündigt, darunter Luisa Neubauer von Fridays for Future. Sie gehen davon aus, dass die Reform verfassungswidrig ist – und wollen vor das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ziehen.

Im vergangenen Jahr war in Deutschland nicht nur der Verkehrssektor zu klimaschädlich gewesen, sondern auch der Gebäudesektor. Während bei der Mobilität die vielen Verbrennerautos das Hauptproblem sind, geht es bei den Gebäuden vor allem um die noch hauptsächlich fossilen Heizungen. Das Bundesbauministerium von Klara Geywitz (SPD) antwortete bis Redaktionsschluss nicht auf die Anfrage der taz, ob es ein Sofortprogramm vorlegen werde.

Aus Kyjiw **Bernhard Clasen**

Eines gilt als sicher in der Ukraine: Der nächste Winter wird schlimmer werden als der vergangene. Hatten im vergangenen Winter die Heizungen landesweit weitgehend funktioniert, könnte es diesen Winter zu großflächigen Ausfällen bei der zentralen Versorgung der Wohnungen mit warmem Heizwasser kommen. Umweltschützer und Energieexperten fordern daher ein Umdenken der staatlichen Energiepolitik: weg von Großprojekten wie Atom- und Kohlekraftwerken, hin zu dezentralen Einheiten erneuerbarer Energiequellen.

Stechender Rauch hing einen ganzen Tag über der ostukrainischen Stadt Kriwi Rih. Über der Koksfabrik des Unternehmens Arcelor hatte sich eine dicke Rauchwolke gebildet, Anwohner klagten über einen stechenden Geruch, Halsbeschwerden und Kopfschmerzen. Ursache des Unfalls war eine wegen akuten Strommangels erforderliche Schnellabschaltung der Produktionsmaschinen des Werks.

Mit derartigen Unfällen wird in der Ukraine in den nächsten Monaten noch öfter zu rechnen sein. In der Folge der Zerstörung von Einrichtungen der ukrainischen Energieversorgung durch Russland sitzen schon jetzt die meisten Bewohner des Landes jeden Tag für mehrere Stunden ohne Strom in ihren Wohnungen. Doch das Schlimmste kommt noch. Vor dem Krieg standen der Ukraine 53 Gigawatt Strom zur Verfügung, aktuell sind es nur noch 9. Tendenz fallend. Das berichtet der ukrainische Energieexperte Maxim Bezv im Gespräch mit der taz. Er fürchtet eine humanitäre Katastrophe im bevorstehenden Winter in der Ukraine.

Mehrstündige Stromausfälle könne man noch ertragen, so der Experte, der als Projektmanager ein Jahrzehnt in der ukrainischen Gas- und Ölindustrie beschäftigt war, anschließend in Zusammenarbeit mit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung Projekte betreute und sich in der Ukraine für den Ausbau der erneuerbaren Energien, eine dezentrale Energieversorgung und Energieeffizienz einsetzt.

Doch wenn es an Strom fehle, liefen auch die Pumpen nicht, die die Wohnungen zentral beheizen, so Bezv. Und auch die mit Strom bedienten Pumpen, die die Wohnungen mit Wasser versorgen, werden in großem Stil ausfallen. Und das bedeute, dass in höheren Stockwerken aus den Hähnen kein Wasser mehr fließe, die Bewohner der



Schon jetzt gehören teilweise Stromausfälle zum Alltag: Hier ein Bild aus Kyjiw im Mai Foto: Thomas Peter/reuters

Angst vor dem nächsten Winter

Die Stromversorgung in der Ukraine wird zunehmend fragiler. Umweltschützer fordern einen Strategiewechsel

oberen Stockwerke sich also das Wasser in den unteren Stockwerken werden holen müssen.

Zwar habe die Ukraine auch eigenes Gas. 2.500 Gasbohrstellen pumpen landeseigenes Gas in die Höhe. Doch es seien komplizierte und energieintensive Prozesse, die sicherstellten, dass die Gasnetze nur unter einem entsprechenden Druck funktionierten. Und zur Aufrechterhaltung dieses Drucks brauche man auch Strom.

„Ohne Gas sind wir schnell in einer humanitären Katastrophe“, so Bezv. Er kann nicht verstehen, warum die Ukraine jetzt auf neue Atomkraftwerke setzt. Diese verschlängen viel Geld und seien erst in einigen

Ohne Strom laufen die Pumpen nicht, die die Wohnungen zentral beheizen

Jahren am Netz. „Doch wir müssen jetzt durch den Winter kommen. Ab dem 15. Oktober beginnt die Heizperiode. Wir haben nur noch gut drei Monate Zeit, um uns darauf vorzubereiten“, so Bezv. Die Ukraine brauche mehr erneuerbare Energie. Diese sei auch nicht so anfällig gegen russische Luftangriffe. „Russland hat gar nicht so viele Raketen und Drohnen, wie wir

Solarzellen haben“, argumentiert er.

Auch Greenpeace kritisiert die nicht ausreichende Bereitschaft der ukrainischen Regierung, erneuerbaren Energien in der Ukraine zum Durchbruch zu verhelfen. Die Ukraine könnte in den kommenden drei Jahren fünfmal mehr Solarenergie installieren, als die Regierung im sogenannten „Ukraine-Plan“ bislang vorsieht. Zu diesem Ergebnis kommt eine von Greenpeace beauftragte Studie „Solarenergie-Marschplan für die Ukraine“ des Wirtschaftsberatungsunternehmens „Berlin Economics“. Dieser stärkere Ausbau würde helfen, die Energiekrise des Landes zu bewältigen und wäre ökonomisch vorteilhaft.

Die Wissenschaftler:innen von Berlin Economics kommen zu dem Schluss, dass ein Ausbau der Solarenergie in der Ukraine bis 2027 insgesamt 3,6 Gigawatt neu installierte Leistung liefert, also fünfmal mehr, als der „Ukraine-Plan“ mit erwarteten 0,7 Gigawatt vorsehe. Bis 2030 könnte die installierte Leistung bei der Solarenergie sogar auf insgesamt 14 Gigawatt gegenüber heute (5,6 Gigawatt) anwachsen, so Greenpeace unter Berufung auf die Studie.

In einem weiteren von Greenpeace in Auftrag gegebenen Gutachten kommt das Institute for Sustainable Futures an der Technischen Universität in Sydney zu dem Schluss, dass das Land

nur ein Hundertstel seiner Landesfläche für erneuerbare Energien nutzen müsste, um den gesamten Strombedarf mit Solar- und Windenergie zu decken. Ja, es ließe sich sogar ein Überschuss erzielen und es ließen sich 20.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Zum Vergleich: Der geplante Bau von vier AKWs wird, so der Atomkonzern Energoatom auf seinem Telegram-Kanal, nur 9.000 neue Arbeitsplätze bringen. 60-mal höher, als die ukrainische Regierung schätzt, so Andree Böhling von Greenpeace, sei das Potenzial für Solarenergie in der Ukraine.

Noch überzeugender wirken konkrete Hilfen beim Ausbau der erneuerbaren Energien in der Ukraine. Über ihre Tochter „DEG Impulse“ kofinanziert die DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH jetzt ein Vorhaben des deutschen Mittelständlers A. Reiter GmbH, der an seinem ukrainischen Standort eine Photovoltaikanlage installiert. Die Anlage soll im Jahr 600.000 kWh grünen Strom erzeugen und so den Produktionsbetrieb am Standort sicherstellen.

Zudem soll ein Drittel der erzeugten Solarenergie in das ukrainische Stromnetz eingespeist werden. Die Firma investiert dazu selbst rund 494.000 Euro, die DEG steuert aus Mitteln des DeveloPPP-Programms des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ebenso viel bei.

Mehr Windenergie aus dem Meer

Die Zahl der Offshore-Anlagen steigt. Doch von Verbänden kommt Kritik am Ausschreibungsverfahren

Der Ausbau von Windkraftanlagen auf dem Meer hat der Windindustrie zufolge in den ersten sechs Monaten dieses Jahres an Fahrt aufgenommen. Wie mehrere Branchenverbände am Montag mitteilten, lieferten im ersten Halbjahr 36 Offshore-Anlagen erstmals Strom, und zwar insgesamt 377 Megawatt. Insgesamt sind in Deutschland damit 1.602 Offshore-Windkraftanlagen mit einer Leistung von knapp 8,9 Gigawatt am Netz. 73 weitere Fundamente wurden im ersten Halbjahr errichtet.

Auch die Ergebnisse der ersten Ausschreibung für neue Projekte in diesem Jahr „bestätigen das anhaltende Interesse von Investoren am deutschen Markt“, erklärten unter anderem der Bundesverband Windenergie (BWE) und der Verband für Energieanlagenbau VDMA Power Systems. Die Branche forderte jedoch am Montag, das Ausschreibungsverfahren der Bundesnetzagentur anzupassen.

Derzeit erhalten die Unternehmen den Zuschlag, die den geringsten Förderbedarf für einen Windpark auf einer Fläche anmelden. Verzichten mehrere Bieter vollständig auf eine Förderung, entscheidet ein sogenanntes dynamisches Gebotsverfahren: Dabei erhält der

Die Erlöse daraus sollen zu 90 Prozent in die Senkung der Stromkosten fließen

Bieter den Zuschlag, der zu den höchsten Zahlungen bereit ist. Die Erlöse daraus sollen zu 90 Prozent in die Senkung der Stromkosten fließen. Die restlichen 10 Prozent sollen jeweils zur Hälfte für den Meeresnaturschutz und die Förderung einer umweltschonenden Fischerei verwendet werden.

Das Vorgehen steht seit Längerem in der Kritik, insbesondere, weil die zahlungskräftigsten Unternehmen sich regelmäßig durchsetzen. Bei der vergangenen Vergabe erhielten etwa der Mineralölkonzern Total Energies und der Energiekonzern EnBW den Zuschlag. „Unternehmen mit langjähriger Offshore-Projekterfahrung und geringer Zahlkraft haben im Zweifel das Nachsehen“, hatten der Deutsche Gewerkschaftsbund, die IG Metall und weitere Verbände kritisiert.

Die Branchenverbände forderten am Montag nun, das Ausschreibungsdesign müsse künftig stärker auf eine sichere und termingerechte Projektrealisierung ausgerichtet werden. Die Branche setze sich dafür ein, mit einem reformierten Ausschreibungsdesign, die Akteursvielfalt zu stärken und Ausfallrisiken für die Umsetzung der Projekte zu minimieren. Es sei daher gut, dass die Bundesregierung das Verfahren evaluieren wolle.

Der Ausbau der Windenergie ist ein wichtiger Baustein der Bundesregierung, um ihre Klimaschutzziele zu erreichen. Bis 2030 sollen 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen kommen; aus Windkraft auf See sollen es dann 30 Gigawatt sein. (afp)

taz shop

Für starke Pflanzen



Universal-Gartendünger. Insbesondere in der Balkongärtnerei stellt sich immer wieder die Frage nach der richtigen, ökologischen Düngung. Ein Komposthaufen kommt nicht in Frage, die vielen synthetischen Düngerangebote überzeugen ökologisch Ambitionierte nicht.

Der Universal-Gartendünger ist ein organischer NPK-Dünger, das heißt, er enthält Stickstoff (N), Phosphat (P) und Kalium (K). Für Blumen, Kräuter, Gemüse und Obst. Von Aries. Inhalt: 1 kg. Artikel-Nr. 10886, € 8,10

Veganer Dünger. Für kräftiges und gesundes Wachstum mit bodenbelebenden Mikroorganismen. Besonders geeignet für Kräuter, Gemüse und Obst. Von Aries. Inhalt: 1 kg. Artikel-Nr. 11653, € 8,30

Brennnesselextrakt. Gegen Blattläuse helfen alte Hausmittel zur Abwehrstärkung, zum Beispiel Brennnesselextrakt. Und wem die Zeit zum Selbermachen fehlt, der kauft es einfach fertig in der Flasche. Von Aries. Inhalt: 250 ml. Artikel-Nr. 10887, € 8,50

Schachtelhalmextrakt. Kräftigt alle Grünpflanzen und wird als ökologisches Spritzmittel zur Unterstützung der pflanzeneigenen Abwehrkräfte verwendet. Von Aries. Inhalt: 250 ml. Artikel-Nr. 11366, € 8,50

Rosendünger. Der hohe pflanzenverfügbare Magnesium- und Eisenanteil beugt Mangelerscheinungen und Blattvergilbungen vor. Ein Liter reicht für bis zu 330 Liter Gießwasser. Von Biplantol. Inhalt: 1 l. Artikel-Nr. 11592, € 12,50

KleePura Dünger. Alle Pflanzen brauchen Nahrung, ob Zimmerlilie, Geranie oder Blumenkohl. Biozertifizierter und veganer Dünger auf der Basis von Klee, der von Biobäuer*innen als wichtiger Teil der Fruchtfolge angebaut wurde. Duftet lecker nach Heu und ist ein in vielerlei Hinsicht sinnvolles und nachhaltiges Produkt für Mensch, Insekt, Pflanze und Umwelt. Artikel-Nr. 12678 Bio-Dünger. Inhalt: 0,75 kg. € 6,95 12677 Bio-Düngestäbchen. Inhalt: ca. 200 Stück im Drahtbügelglas. Für Topfpflanzen. € 8,95

10 % Rabatt für taz-Unterstützer*innen taz.de/shop | taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21 | 10969 Berlin | T (0 30) 25 90 21 38 | tazshop@taz.de

Ausgenommen sind bereits reduzierte Waren, Druckerzeugnisse, Wein, Gutscheine und Soli-Artikel.

gaza-tagebuch



Drachensteigen lassen im Gazastreifen

Aus al-Fuchari **Esam Hajja**

Ich erinnere mich noch gut daran, wie ich als Kind auf dem Dach stand und meinen Drachen steigen ließ. Meine Mutter sagte mir dann immer, ich solle nicht auf das Dach gehen, weil die Sonne zu heiß sei.

Ich dachte an diese Zeit zurück, als ich vor einigen Tagen durch den Hof des Krankenhauses ging und Kinder sah, die in der Mittagshitze zusammenstanden und gemeinsam ihre Drachen steigen ließen. Die Kinder hier im Gazastreifen wissen nicht, wie sie ihre Zeit verbringen sollen, seitdem ihr Leben durch die Aggression gestört wurde. Die Schulen sind geschlossen, die Erholungsgebiete auch, und alles, was nach Leben ruft, hat sich in Krankenhäuser und Schutzräume verwandelt.

Als jugendlicher wartete ich zu Beginn der Sommerferien immer sehnsüchtig auf das UNRWA-Sommerspielleger und hatte das Gefühl, dass eine große Last von meiner Seele abgefallen war. Ich hasste die Schule, weil ich die Lehrmethoden nicht mochte. Der Unterricht und die Menge an Informationen, die auswendig gelernt werden sollten, gaben mir das Gefühl zu ersticken. Wenn der Sommer kam, liefen mein Bruder, meine Schwester und ich jeden Morgen zur nächstgelegenen UNRWA-Schule, um zu spielen und an verschiedenen Aktivitäten teilzunehmen. Als das Lager vorbei war und ein langer Urlaub bevorstand, versammelten meine Geschwister und ich uns im Wohnzimmer, um Drachen zu basteln.

Ich schnitt Palmwedel vom Baum meines Großvaters im Garten ab und band Schnüre um die vorbereiteten Holzstücke, während mein jüngerer Bruder Nylon sammelte. Gemeinsam bastelten wir dann den Schwanz des Drachens und warteten auf den Nachmittag, um unseren Drachen endlich steigen zu lassen und ihn am Himmel zu bewundern. Sobald wir mit dem Drachen fertig waren, stürmten wir auf das Dach, wo uns die Sonne die Hände verbrannte.

Doch heute ist unser Dach von der Besatzungsmacht eingenommen worden. Und doch lassen die Kinder hier ihre Drachen auch heute noch steigen. Ein Junge hält den Drachen in einiger Entfernung, während ein anderes Kind losrennt, um den Drachen mit dem Wind fliegen zu lassen, immer höher und höher. Es scheint, als hätten sie das Gefühl, etwas im Himmel zu besitzen. Als ließe der Drachen ihre Ängste weit weg fliegen, in dieser kurzen Pause von allem, was um sie herum passiert.

Übersetzung: Judith Poppe

Esam Hani Hajja (27) kommt aus Gaza-Stadt und ist Schriftsteller und Dozent für kreatives Schreiben für Kinder. Nach Kriegsausbruch floh er in den südlichen Gazastreifen nach al-Fuchari.

In der Reihe „Gaza-Tagebuch“ berichten unsere Autor*innen von ihrem Leben im Gazastreifen. Alle Beiträge der Reihe finden Sie unter taz.de/gaza-tagebuch.

Luftangriff auf Schule in Gaza

Hamas: 15 Tote in Nuseirat

Bei einem Luftangriff im Gazastreifen auf ein Schulgebäude im Flüchtlingsviertel Nuseirat sind nach palästinensischen Angaben 15 Menschen getötet worden. Dutzende seien verletzt worden, gab die islamistische Terrororganisation Hamas bekannt. Israels Militär teilte mit, dass es mehrere Hamas-Kämpfer im Areal einer Schule des UN-Flüchtlingshilfswerks UNRWA angegriffen habe. Das Objekt habe als Versteck und Operationsbasis für Attacken auf das israelische Militär gedient. Im Vorfeld des Angriffs habe die Armee Schritte unternommen, um das Risiko für Zivilisten zu minimieren, hieß es. Die Angaben beider Seiten ließen sich nicht unabhängig überprüfen. In Nuseirat hatte Israels Armee erst kürzlich nach eigenen Angaben in einer Schule verschanzte Terroristen aus der Luft angegriffen. (dpa)

Massenmord heizt die Stimmung in Kenia an

Gerade erst hat das Militär in Kenia Massenproteste niedergeschlagen. Nun erschüttert der Mord an Dutzenden Frauen das Land. Ein Serienmörder soll die Taten gestanden haben

Aus Kampala
Simone Schlindwein

Tausende Menschen stehen schockiert am Rande eines Steinbruchs. In dem gewaltigen Loch in einem der Armenviertel von Kenias Hauptstadt Nairobi schwimmen tonnenweise Abfälle. Männer seilen sich ab, balancieren auf schwimmenden Flößen, um einige Müllsäcke herauszufischen. Was sie darin finden, gleicht einem Horrorfilm: Es sind Säcke voller Leichenteile. Insgesamt neun Leichen wurden in den vergangenen Tagen aus dieser Müllhalde im Armenviertel Mukuru südlich der Millionenmetropole geborgen. Doch noch immer suchen Freiwillige nach weiteren Säcken.

Kenias Polizei meldete am Montag, sie habe in einer nahegelegenen Bar einen mutmaßli-

chen Serienmörder festgenommen, der dort Fußball schaute. Der 33-Jährige habe gestanden, 42 Frauen ermordet zu haben, darunter seine eigene Ehefrau. Die Leichen habe er in der Müllgrube im Steinbruch entsorgt. Sein Haus befinde sich in der unmittelbaren Nachbarschaft,

Bei Massenprotesten sind 23 Menschen durch Kugeln oder andere Geschosse gestorben

so Mohamed Amin, Chef der Kriminalpolizei.

Seit die ersten Leichen am Freitag entdeckt wurden, befindet sich Kenia in einem Schockzustand. Ohnehin ist das Land seit Wochen von Unruhen ge-

plagt. Bei Massenprotesten starben 23 Menschen durch Kugeln oder andere Geschosse. Das Militär hatte eingegriffen, um die Proteste gewaltsam aufzulösen. Noch immer gelten Hunderte Demonstranten als vermisst, Angehörige fürchten, dass sie von Sicherheitskräften verhaftet oder gar getötet wurden. Polizeichef Japhet Koome musste am Freitag seinen Posten räumen. Am Tag zuvor hatte Kenias Präsident William Ruto fast das ganze Kabinett gefeuert.

Vor diesem Hintergrund haben die Leichenfunde die Stimmung weiter angeheizt. Die unabhängige Aufsichtsbehörde über die Polizei (IPOA) hatte am Freitag angekündigt, zu untersuchen, ob Polizisten einer Polizeistation neben dem Steinbruch Gefangene getötet und deren Leichen entsorgt haben. Kenias neu ernannter Polizei-

chef Douglas Kanja versicherte, die Ermittlungen so „transparent und unabhängig wie möglich“ zu gestalten. Er scheint zu wissen: Das Vertrauen in die Sicherheitskräfte ist zerstört.

Die Kriminalitätsrate in Kenia ist eine der höchsten in Ostafrika. Bereits zu Beginn des Jahres hatte es wegen der hohen Zahl an unaufgeklärten Mordfällen an Frauen Proteste gegeben. Ein Bündnis aus Menschenrechts- und Frauengruppen fordert von der Regierung, Femizide gesetzlich als Verbrechen anzuerkennen und zu ahnden. Im vergangenen Jahren waren an Kenias Küste zahlreiche Massengräber mit insgesamt über 600 Leichen entdeckt worden. Dort hatte Sektenführer Paul Mackenzie seinen Anhängern befohlen, sich zu Tode zu hungern, darunter zahlreiche Kinder. Auch in diesem Fall zeigte sich das totale Versagen der Ermittlungsbehörden.

Kenias Präsident Ruto versucht nun einen Spagat, um die Lage im Land unter Kontrolle zu bringen. Er selbst hatte im Wahlkampf 2022 versprochen, den Armen das Leben zu erleichtern. Frisch ins Amt gewählt, musste er einsehen, dass Kenia in einer Schuldenfalle steckt. Wie so viele Länder Afrikas muss die Regierung fast 70 Prozent des Staatshaushaltes für die Tilgung von Krediten einplanen. Für Gesundheit, Bildung, Infrastruktur bleibt kaum etwas übrig.

Als dann im Juni dieses Jahres im Parlament der neue Staatshaushalt debattiert wurde, standen darin zahlreiche Steuererhöhungen. Kenias Jugend organisierte sich über soziale Medien, auch mittels künstlicher Intelligenz, die ungebildeten Kenianern einfach zu verstehen half, was die Steuererhöhung für sie konkret bedeuten würde.

Am Freitag wurden in Kenias Hauptstadt Nairobi die ersten Leichen gefunden
Foto: Monicah Mwangi/reuters



Militär versinkt im Skandalsumpf

Die japanische Regierung plant deutlich höhere Verteidigungsausgaben, doch die mangelnde Disziplin und fragwürdige Moral im Militärapparat schwächen die benötigte Unterstützung der Bevölkerung

Aus Tokio **Martin Fritz**

Nach einer Reihe von Skandalen hat Japans Verteidigungsministerium den Austausch des Chefs der Marine zum 19. Juli verkündet und Disziplinarmaßnahmen gegenüber 200 Soldaten und Zivilisten verhängt. Diese größte Verfehlungsserie seit Jahren ist peinlich für Premierminister Fumio Kishida. Er will Japans Selbstverteidigungskräfte (SDF) genanntes Militär durch zusätzliche Waffenkäufe für Konflikte mit China und Nordkorea stärken.

„Diese inakzeptablen Probleme haben das öffentliche Vertrauen untergraben“, erklärte Verteidigungsminister Minoru Kihara. Insgesamt wurden 220 Strafen verhängt. Elf Personen wurden entlassen, zwei degradiert, 83 suspendiert, 14 bekamen Gehaltskürzungen und sieben erhielten einen Verweis, der Rest wurde ermahnt oder verwahrt. Bei der Hälfte der Vergehen ging es um Disziplinlosigkeit im Umgang mit Geheiminformationen. So erhielten viele Personen ohne Sicherheitsfrei-

gabe Zugang zu Daten über die Bewegung von Kriegsschiffen. „Solch schlampiges Informationsmanagement ist ein ernstes Problem der nationalen Sicherheit“, klagte die liberale Zeitung *Mainichi*.

Die kleineren Vergehen zeugen von laxer Moral: Dutzende Marinetaucher beanspruchten Gefahrenzulagen von umgerechnet insgesamt 250.000 Euro für Aufgaben, die sie gar nicht wahrgenommen hatten. Vorgesetzte schüchtern Untergebene ein, obwohl es zu einer Untersuchung gekommen war, nachdem drei Offiziere im Jahr 2021 wegen sexueller Belästigung einer Soldatin verurteilt worden waren.

Marineangehörige gingen in Kantinen von Stützpunkten unberechtigt kostenlos essen. Außerdem läuft eine Sonderinspektion, wonach der Rüstungszulieferer Kawasaki Heavy Industries U-Boot-Besatzungen mit Elektronikwaren und Biergutscheinen geschmiert haben soll.

Der Marinestabschef Ryo Sakai sollte mit einer Gehaltskür-

zung davonkommen, reichte aber seinen Rücktritt ein, da der Schwerpunkt der Vorfälle bei den Seestreitkräften liegt. Als Ursachen nannte er die „mangelnde Beachtung der Vorschriften bei den Truppen und die mangelnde Führungsfähigkeit in der Organisation“.

Vizeadmiral Akira Saito rückt am 19. Juli auf Sakais Posten. Gerügt wurden auch Vizeverteidigungsminister Kazuo Ma-

Bisher nannte Premier Kishida keinen Termin der Steuererhöhungen für die Aufrüstung

suda und General Yoshihide Yoshida, Chef des Generalstabs des Ministeriums. Minister Kihara verzichtet freiwillig auf ein Monatsgehalt.

Premier Kishida stellte sich hinter seinen Verteidigungsminister und entschuldigte sich. „Ich erkenne an, dass die Situation extrem ernst ist und

verstehe, dass es in diesem Zusammenhang keinen Raum für Fehler gibt“, sagte er. Die Vorfälle gefährden seine Politik, die Verteidigungsausgaben bis 2027 auf 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu verdoppeln.

„Wenn die SDF weiter von diesen Problemen geplagt wird, ist es unwahrscheinlich, dass die Öffentlichkeit den Vorschlag der Regierung unterstützt, die Verteidigungsausgaben drastisch zu erhöhen, ganz zu schweigen von Steuererhöhungen zur Finanzierung“, meinte die liberale Zeitung *Asahi*.

Bisher vermied es Kishida, sich auf den Termin von Steuererhöhungen festzulegen, mit denen er die Aufrüstung finanzieren will. Laut des neuen Verteidigungsweißbuchs hat die Regierung 42 Prozent der benötigten 43,3 Billionen Yen (250 Milliarden Euro) für zusätzliche Rüstungsprojekte sichergestellt. Bei Japans Verbündeten wiederum dürften Zweifel wieder zunehmen, ob man Japan bei der geplanten Verstärkung der militärischen Kooperation sensible Daten anvertrauen kann.

„Der argentinische Staat trägt die Verantwortung“

Laura Ginsbergs Mann wurde beim Anschlag auf das jüdische Gemeindezentrum Amia in Buenos Aires vor 30 Jahren getötet. Bis heute kämpft sie mit anderen um Aufklärung

Interview **Jürgen Vogt**,
Buenos Aires

taz: Frau Ginsberg, wir wissen, dass bei dem Anschlag vor 30 Jahren 85 Menschen getötet wurden, darunter auch Ihr Mann, und dass über 300 Menschen verletzt wurden. Aber über das Wer, Wie und Warum gingen unmittelbar nach dem Anschlag die Meinungen, Informationen und Aussagen auseinander.

Laura Ginsberg: Ja, all das spiegelt sich in den 30 Jahren seit dem Anschlag wider. Ich weiß nicht, wer letztlich den Auslöser der Bombe betätigt hat. Wir, die Familienangehörigen der Opfer, wollen verstehen, was passiert ist und in welchem Kontext es möglich war, dass eine zweite Bombe in Buenos Aires explodieren konnte. Sobald wir darüber Klarheit haben, werden wir auch das Warum herausfinden.

Zwei Jahre vorher war in der israelischen Botschaft in Buenos Aires eine erste Bombe explodiert. Dabei wurden 29 Menschen getötet. Wie war die Lage nach diesem Anschlag?

Auch der Anschlag auf die israelische Botschaft wurde von vielen bereits als antijüdischer Angriff begriffen. Da aber Botschaften symbolisch zu einem anderen Land gehören, kam es vielen so vor, als handelte es sich um eine Tat, die ganz woanders stattfand. Als zwei Jahre später die Amia in die Luft gesprengt wurde, war das komplett anders. Da gab es keinen Zweifel, dass es sich um einen antijüdischen Anschlag handelte, und er hatte eine nationale Dimension.

Warum zweifeln Sie daran, dass ausländische Drahtzieher hinter den Anschlägen stecken?

Es gibt keine Beweise für die Behauptung, dass Iran, Syrien, die Hisbollah, der Libanon oder Pakistan für den Anschlag auf die Amia verantwortlich sind. Ich nenne ein Beispiel. Im Jahr 2003 wurde der von Interpol mit Haftbefehl gesuchte Iraner Soleiman Pur in England wegen seiner angeblichen Beteiligung an dem Anschlag festgenommen. Soleiman Pur war der iranische Botschafter in Argentinien, als der Anschlag verübt wurde. England forderte von der argentinischen Regierung Beweise für eine mögliche Auslieferung oder einen Prozess. Alles, was die argentinische Regierung schickte, führte jedoch nicht nur dazu, dass Soleiman Pur freigelassen werden musste, sondern auch, dass Argentinien ihm eine Entschädigung zahlen musste.

Dazu würde passen, dass sich bis heute niemand des Anschlags auf die Amia bezichtigt.

Ja, niemand hat gesagt: „Wir waren es.“ Stattdessen gab es Organisationen, die sehr schnell erklärten, sie waren es nicht. Die erste Verurteilung des Anschlags kam von der PLO, der Palästinensischen Befreiungsorganisation, die zu dieser Zeit sehr aktiv war. Nur wenige Tage später erklärte die Hisbollah, dass sie nichts mit dem Anschlag zu tun habe. Beide Erklärungen finden sich in den Telexen, die die staatliche argentinische Nachrichtenagentur Telam nach dem Anschlag verschickte und die wir kürzlich auswerten konnten.



Buenos Aires, 18. Juli 1994: was vom Gebäude der Amia nach dem Anschlag übrig blieb
Foto: Daniel Luna/picture alliance

Der blutigste Anschlag in Argentinien Geschichte

Jahrestag: Am Donnerstag jährt sich der Bombenanschlag auf das Gebäude der jüdischen Hilfsorganisation Amia (Asociación Mutual Israelita Argentina) in Buenos Aires zum 30. Mal. Es handelt sich um den blutigsten Anschlag, der jemals in Argentinien verübt wurde. Bislang hat sich niemand dazu bekannt.

Aufklärung: Eines der Todesopfer war José Ginsberg. Der damals 43-Jährige war Leiter der Abteilung für Bestattungen und Friedhöfe bei der Amia. Laura Ginsberg war 36 Jahre alt, ihr Sohn 12 Jahre und ihre Tochter 18 Monate. Seit dem Anschlag engagiert sie sich für Aufklärung.

Vertuschung: Im Juni dieses Jahres hat der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte (Corte IDH) den Staat Argentinien wegen Verletzung der Sorgfaltspflicht und wegen Vertuschung des Anschlags von 1994 verurteilt. „Das Versäumnis des Staates, seine Ermittlungspflicht zu erfüllen, die ungerechtfertigten Verzögerungen im Verfahren und allgemein die fehlende Aufklärung und die Situation der Straflosigkeit haben bei den Familien der Opfer Gefühle der Angst, Trauer und Frustration hervorgerufen,“ erklärte das Gericht. Für den Terroranschlag selbst wurde bisher allerdings noch niemand verurteilt. (taz)

Warum wird immer Iran als Verantwortlicher genannt?

Alle Anschuldigungen gegen Iran und die Hisbollah kamen aus dem Ausland. Die gegen Iran kamen ganz schnell aus dem Mund des damaligen israelischen Ministerpräsidenten Jitzhak Rabin und seines Außenministers Schimon Perez. Beide beharrten darauf, dass die Bombe von den Iranern gelegt wurde. Auf dieser Grundlage wurde das Narrativ aufgebaut, das Iran zum Drahtzieher des Anschlags erklärte. In Argentinien wurde dies in den ersten Wochen gar nicht auf diese Weise erklärt.

Wer also ist dafür verantwortlich?

Der argentinische Staat. Es gab nie eine echte Untersuchung. Stattdessen wurde die ganze Kraft des Staatsapparates eingesetzt, um genau das zu verhindern. Die Ermittlungen wurden in falsche Bahnen gelenkt. Es wurden Versionen und Anschuldigungen untergeschoben, mit denen Anklagen konstruiert wurden, für die bis heute keine Beweise vorgelegt wurden.

Hinter alldem steckt der argentinische Staat?

Wir haben das schon 1997 bei der Gedenkveranstaltung zum dritten Jahrestag angeprangert. Damals waren wir noch eine Gruppe, und wir waren uns alle einig. In unserer Erklärung wiesen wir auf die Verantwortung der nationalen Regierung hin und beschuldigten öffentlich den damaligen Präsidenten Carlos Menem, den zuständigen Ermittlungsrichter und die Polizei der Provinz Buenos Aires der Vertuschung. Das löste ein großes Medienecho aus. Dar-

aufhin begannen die Regierung und die Führungsgremien der Amia und des jüdischen Dachverbands Daia, die Familienangehörigen zu spalten. Das ist ihnen auch gelungen. Heute gibt es Apemia, die Gruppe Memoria Activa und eine Gruppe, die der Amia und der Daia nahesteht.

Wodurch unterscheidet sich Apemia von den anderen Gruppen?

Wir können von einem Staat, der für die Vertuschung verantwortlich ist, keine Gerechtigkeit und Aufklärung erwarten. Wer vertuscht, schützt die Täter. Vor wenigen Wochen hat der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte unsere Auffassung bestätigt. In einem Urteil stellte der Gerichtshof fest, dass der argentinische Staat seine Institutionen zur Vertuschung einsetzte und Ermittlungen vorsätzlich in die Irre führte, damit die Wahrheit nicht ans Licht kommt. Das Urteil ist immens wichtig, denn nun sind es nicht mehr nur wir, die dies anprangern, sondern ein internationales Gericht hat es bestätigt.

Das Gericht hat den argentinischen Staat außerdem angewiesen, alle Hindernisse zu beseitigen, die einer Aufklärung im Wege stehen, was vor allem die Öffnung der Geheimdienstarchive bedeutet.

In den letzten Jahren hat es bereits eine Reihe von Erlassen zur Öffnung von Archiven gegeben, die sich mit der Deklassifizierung befassen. Deklassifizierung ist ein Begriff, der in der nationalen Geheimdienstgesetzgebung verwendet wird. Das bedeutet in der Regel, dass die Dokumente zwar deklassifiziert, aber nicht zugänglich sind. Nach einem harten Kampf ist es

uns vor zwei Jahren endlich gelungen, Zugang zu einem wichtigen Teil des Archivs des Geheimdienstes zu erhalten. Es handelt sich um ein riesiges und umfangreiches Archiv.

Kann nach dem Urteil mit einer Aufklärung gerechnet werden?

In dem Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte ist nur von der Gewährung des Zugangs die Rede, nicht aber von einem allgemeinen Zugang ohne jegliche Einschränkungen. Das bedeutet, wir können jetzt vieles einsehen und lesen, aber wir dürfen nicht sagen, was da steht, denn das verbietet weiterhin das Geheimdienstgesetz. Wir können Schlussfolgerungen ziehen und diese weitergeben, aber wir dürfen Ross und Reiter nicht nennen.

Präsident Javier Milei hat gerade eine Gesetzesinitiative angekündigt, die es ermöglichen soll, mutmaßliche Straftäter in Abwesenheit zu verurteilen. Dies betrifft in erster Linie die Iraner, die des Anschlags beschuldigt werden.

Das ist alles nur Zirkus, mit dem das offizielle Narrativ untermauert werden soll. Wir fordern seit vielen Jahren eine Untersuchungskommission mit anerkannten Persönlichkeiten, etwa aus der Menschenrechtsbewegung, und Kongressgeordneten. Die Kommission muss uneingeschränkter Zugang zu den Geheimarchiven haben. Sie soll herausfinden, was passiert ist, in welchem Kontext es passiert ist und welche Verantwortung der argentinische Staat trägt. Dann kann auch die Frage nach dem Motiv beantwortet werden.

Kommunist ersetzt Maoist als Regierungschef

Nepal hat jetzt die 14. Regierung seit Einführung der Demokratie im Jahr 2008 bekommen

Von **Sven Hansen**

In Nepals Hauptstadt Kathmandu ist Khadga Prasad Sharma Oli am Montag als neuer Regierungschef vereidigt worden. Der 72-jährige Politiker der Kommunistischen Partei – Vereinigte Marxisten-Leninisten (CPN-UML) führt damit zum vierten Mal seit 2015 die Regierung im Himalayastaat, jetzt in einer Koalition mit dem gemäßigten Nepali Kongress (NC). Die Führung der selbsternannten Konsensregierung, die sich nach eigenen Angaben auf 167 der 275 Parlamentsmandate stützt, soll vereinbarungsgemäß nach der Hälfte der bis zu den nächsten Wahlen im Jahr 2027 verbliebenen Amtszeit dann von NC-Chef Sher Bahadur Deuba übernommen werden.

Zum Regierungswechsel war es gekommen, nachdem am Freitag der maoistische Premier Pushpa Kamal Dahal, genannt Prachanda („der Wilde“) nach eineinhalbjähriger Amtszeit ein Misstrauensvotum verloren hatte. Nur 63 Abgeordnete hatten noch für den Verbleib des inzwischen 69-jährigen Ex-Guerillakommandanten im Amt gestimmt, der davor schon zweimal Regierungschef war. Ollis CPN-UML hatte die Koalition mit Dahals Maoisten (CPN-MC) aufgekündigt und sich mit der Kongresspartei verbündet. Innerhalb von vier Wochen muss sich jetzt auch Oli einer Vertrauensabstimmung stellen.

Die drei genannten Parteien sind die größten des Landes und stellen seit dem Ende der Monarchie 2008 die Regierung, oft in wechselnden Koalitionen. Insbesondere die Maoisten, die bis 2006 zehn Jahre lang bewaffnet in einem Bürgerkrieg gekämpft hatten, der 16.000 Tote forderte, haben stetig an Rückhalt verloren. Ihnen wird vorgeworfen, viele ihrer Ideale verraten und dabei auch ihren Nimbus der Unbestechlichkeit verloren zu haben.

In dem zwischen Indien und China gelegenen Staat mit rund 30 Millionen Einwohnern dominiert seitdem Instabilität. Seit 1990 hat keine Regierung die volle fünfjährige Amtszeit überstanden. 2008 war Nepal Republik geworden und beendete damit nach 239 Jahren die Monarchie. Doch kommt Nepal seitdem nicht aus der Dauerkrise heraus, die noch von Erdbeben und anderen Naturkatastrophen verschärft wird. Viele Menschen ziehen als Arbeitsmigranten ins Ausland und tragen mit ihren Überweisungen zum Überleben ihrer Familien bei. Für viele Nepalesen sind die drei Parteien den Alltagsproblemen der Bevölkerung entrückt. Zugleich buhlen Indien und China um politischen und wirtschaftlichen Einfluss, wobei Peking mit seiner Seidenstraßeninitiative zuletzt hinzugewonnen hat.



Laura Ginsberg ist Mitglied der „Gruppe zur Aufklärung des ungeklärten Amia-Massakers“ (Apemia), einer 2002 von Familienangehörigen und Freunden der Opfer gegründeten zivilen Stiftung.

taz * panterstiftung

WAS AUF DEM SPIEL STEHT

Die taz Panter Stiftung präsentiert **PANTER FOREN**

Vor den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg laden wir zu Diskussionen mit Gästen aus Politik, Kultur und Bewegung ein. **Ab 18 Uhr wird der taz Panter Preis verliehen.**

24. AUGUST

CHEMNITZ
Weltecho

7. SEPTEMBER

COTTBUS
Bunter
Bahnhof

11 – 21 UHR
EINTRITT
FREI

Anmeldung unter taz.de/panterforen
Weitere Infos auf taz.de/stiftung



Die Foren und der Panter Preis werden durch Spenden finanziert: taz.de/spenden

Anja Krüger über das Desaster bei der Deutschen Bahn

Geld ist nicht das einzige Problem

Die Deutsche Bahn pfeift aus dem letzten Loch. Mit der Generalsanierung, die mit der Sperrung der Riedbahn zwischen Mannheim und Frankfurt eine wichtige Etappe nimmt, sind für viele Fahrgäste erhebliche Störungen verbunden. Seit vielen Monaten gibt es aufgrund von Bauarbeiten viele Sperrungen, Verspätungen und Zugausfälle.

Die haben bislang zu wenig politischem Widerhall gefunden. Anders ist das jetzt mit den Erfahrungen Zehntausender Fußballfans bei der EM. Das Turnier hat dem ganzen Kontinent vor Augen geführt, wie schlecht es um den Zugverkehr in einem der reichsten Länder der Welt bestellt ist. So wird die Bahn endlich wieder zu einem bestimmenden politischen Thema. Die Union fordert angesichts der Schmach den Rücktritt von Bahn-Chef Richard Lutz. Eine berechtigte Forderung, die Sanierung erfolgt zulasten der Kund:innen – das muss auch anders gehen. Die Bahn braucht einen personellen und politischen Neuanfang. Geld alleine, das zeigt nicht zuletzt das Milliardengrab Stuttgart 21, ist nicht das Problem.

Alarmierend dagegen ist der Vorstoß von CDU-Chef Friedrich Merz. Der Mann, der mit seinem Privatflugzeug schnell und bequem reisen kann, schlägt im ARD-Sommerinterview vor, das Angebot der Deutschen Bahn wegen der derzeitigen „Überforderung“ zu reduzieren. Die Konsequenz wäre: weniger Verbindungen, noch überfülltere Züge, noch schlechtere Anschlüsse, das Preis-Leistungs-Verhältnis würde noch schlechter, als es ohnehin schon ist. Das wäre fatal, denn es würde die Menschen von der Schiene auf die Straße oder ins Flugzeug treiben. Es wäre das Gegenteil einer Verkehrswende hin zu klimaneutraler Mobilität.

Stattdessen müssen der Bund und auch die Länder mit geballter Kraft und neuem Schwung den Wiederaufbau des Fern- und Nahverkehrs der Bahn angehen. Dazu braucht es neben Geld neue Initiativen, etwa für die Reaktivierung stillgelegter Strecken, eine Offensive zur Personalgewinnung und – vor allem – deutlich mehr Fantasie, als es die jetzt Verantwortlichen offensichtlich haben.

das thema 3

Jasmin Kalarickal über untergebrachte Wohnungslose

Im Wohnungsmarkt übersehen

Zum Stichtag 31. Januar waren laut Statistischen Bundesamt 439.500 Menschen „untergebracht wohnungslos“ – das heißt, diese Menschen lebten zu diesem Zeitpunkt zum Beispiel in öffentlichen Einrichtungen für Wohnungslose oder in Sammelunterkünften für Geflüchtete. Letztere werden in der Statistik nur berücksichtigt, wenn ihr Asylverfahren positiv abgeschlossen wurde. Ein Drittel der Unterbrachten sind Ukrainer*innen, viele Familien mit Kindern. Während überhitzt gefordert wird, dass Geflüchtete arbeiten sollen, wird selten gefragt, unter welchen Bedingungen viele Menschen, darunter auch viele Kinder, hier leben. Nicht nur Geflüchtete, sondern alle, die kaum Chancen auf dem regulären Wohnungsmarkt haben.

Eigentlich sind diese Formen der öffentlichen Unterbringung nur als Übergangslösung gedacht. In der Realität verharren dort aber viele über Jahre, weil sie keine eigene Wohnung finden. Dass die Notlösung zum Normalzustand wurde, ist ein vergleichsweise stiller Skandal. Das mag auch daran liegen, dass Wohnungslosigkeit in

der gesellschaftlichen Debatte meist nur mit Straßensobdachlosigkeit assoziiert wird. Wer irgendein Dach über dem Kopf hat, gilt da schon als versorgt. Aber diese Form der Zwei-Klassen-Wohnraumversorgung ist gesellschaftlich inakzeptabel.

Die aktuelle Zahl von 439.500 Menschen wirft nur ein kleines Schlaglicht auf das Thema Wohnungslosigkeit. Denn alle, die offen auf der Straße leben oder diejenigen, die ohne Mietvertrag bei Bekannten unterkommen, sind nicht berücksichtigt. Sie alle hätten Anspruch auf eine menschenwürdige Unterbringung. Doch leider fehlen ausgerechnet im bezahlbaren Segment die meisten Wohnungen. Die Zahl der Sozialwohnungen sinkt. Die Bundesregierung hat zwar einen nationalen Aktionsplan beschlossen, aber mit schneller Hilfe ist nicht zu rechnen. Wohnungslose Menschen, die mit vielen Problemlagen zu kämpfen haben, müssen einen priorisierten Zugang zu Wohnungen bekommen, sonst werden sie bei Besichtigungen immer hinten anstehen.

inland 6

Ariane Lemme über einen Brandanschlag an einem Berliner Gymnasium

Worte lügen nicht

Sprache prägt das Bewusstsein – das ist eigentlich so ein linker No-Brainer. Nur dank dieser Erkenntnis wird gegendert, werden rassistische Begriffe gecancelt und werden ableistische oder anderweitig diskriminierende Sprechweisen hinterfragt. Zum Glück.

Zwar ist nicht erwiesen, dass korrektes Gendern Femizide verhindert, oder die Streichung rassistischer Wörter rassistische Gewalt. Zumindest nicht kurzfristig. Es geht ums – kollektive – Denken, das sich ändern muss.

Andersherum gilt aber sehr wohl, dass die gewaltvolle oder hetzende Sprache der Rechtspopulisten und Rechtsextremen etwa durchaus zu realer, physischer Gewalt führen kann – man muss nur an Angriffe auf Politiker wie Walter Lübcke denken.

Eine Ausnahme scheint es aber zu geben, bei der die „Meinungsfreiheit“ über der Sensibilisierung für die Macht der Sprache steht: Wenn's um Juden – Verzeihung: Israel und aktuell den Gaza-Krieg geht. Zwar sind „From the river to the sea“-Rufe in vielen Bundesländern verboten. Trotzdem haben

wie im linken Spektrum damit weniger bis keine Probleme. Yallah Intifada!

Gleichzeitig steigt die Zahl der Übergriffe auf Juden, Jüdinnen und Israelis seit dem 7. Oktober.

Bei dem Brandanschlag am Berliner Gymnasium Tiergarten in der Nacht zum Sonntag wurde niemand verletzt, lediglich der Serverraum nahm Schaden. Aber: Die Abiturfeier war aus Angst vor propalästinensischen Protesten schon zuvor abgesagt worden – was für die betroffenen Schüler schon bitter genug gewesen sein dürfte. Nun bleibt die Schule bis Ferienbeginn ganz geschlossen. Auf dem Schulhof war laut *Tagesspiegel* folgender Schriftzug zu lesen: „Brennt Gaza, brennt Berlin“.

Was aber hat ein Brandanschlag mit dem – berechtigten – Wunsch nach einem Ende des Krieges in Gaza zu tun? Oder anders gefragt: Wie prägt die Sprache dieser vermeintlichen Friedensproteste das Bewusstsein – und am Ende die Realität? Es spricht nichts dagegen, die Menschen beim Wort – und damit tatsächlich ernst zu nehmen. Wer von Feuer spricht, sät keinen Frieden.



debatte

Ungeteiltes Risiko

Die Konfrontation mit Russland darf durch offensive Rüstungsmaßnahmen der Nato ohne einen stabilisierenden Dialog nicht noch verschärft werden

Die amerikanisch-deutsche Erklärung zur Stationierung von neuen konventionellen Langstreckenwaffen (M6-Raketenabwehrsysteme, Tomahawk-Marschflugkörper und Hyperschallgleiter) erscheint auf den ersten Blick nachvollziehbar zu sein.

Die Bundesregierung hat die ab 2026 zunächst „episodisch“ und später dauerhaft vorgesehene Stationierung in bisherigen Äußerungen mit einer „Fähigkeitslücke“ begründet. Russland besitzt in der Tat ein bedrohlich großes und breit gefächertes Potenzial an Kurz- und Mittelstreckenraketen einschließlich Hyperschallwaffen und Marschflugkörper. Eine Reihe dieser Waffen können sowohl mit konventionellen als auch mit atomaren Sprengköpfen eingesetzt werden. Die Nato-Staaten verfügen auf europäischem Boden bis auf luftgestützte Marschflugkörper keine vergleichbaren Raketenysteme. Washington hat diese Ra-

Im Gegensatz zur atomaren Nachrüstung der Nato in den frühen 1980er Jahren (Doppelbeschluss) ist die Stationierungsentscheidung nicht mit einem Rüstungskontrollvorschlag zur Verringerung des russischen Raketenpotenzials verknüpft worden. Dies mag zwar angesichts des russischen Angriffskriegs in der Ukraine als schwierig erscheinen. Andererseits hat die Nato in der Gipfelerklärung von Washington ihre Bereitschaft zur Rüstungskontrolle und Abrüstung bekräftigt.

Die gravierendsten Folgen der Raketenstationierung, insbesondere der Hyperschallwaffen in Deutschland, liegen in den Auswirkungen auf die künftige nuklearstrategische Stabilität zwischen den atomaren Supermächten USA und Russland. Von dieser Balance hängt auch die deutsche und europäische Sicherheit ab. Die USA könnten in der russischen Wahrnehmung aufgrund der Reichweite, Zielpräzision und eventuell bunkerbrechenden konventionellen Sprengkraft dieser neuen Waffensysteme von Deutschland aus strategische Atomwaffen, die in den westlichen Bezirken Russlands stationiert sind, mit kurzen Flugzeiten ausschalten. Die USA würden solche Angriffe zwar nicht führen, weil dies in einen großen Atomkrieg zwischen beiden Mächten münden würde. Aber allein diese Angriffsoption wäre destabilisierend und gefährlich, weil Russland im permanenten Alarmzustand verharren würde und weil Fehlalarme im schlimmsten Fall zum Start von Atomraketen führen können. Überdies muss wohl davon ausgegangen werden, dass mit der Stationierung der Marschflugkörper und Hyperschallgleiter eine Verlängerung des 2026 auslaufenden New-Start-Vertrags mit Obergrenzen für die strategischen Atomwaffen beider Seiten unmöglich wird.

Als Fazit kann festgehalten werden: Der Aufwuchs militärischer Kräfte zur Abschreckung und zur Verteidigung der Ostflanke der Nato ist angesichts der russischen Aggression unabdingbar. Zugleich darf die bereits vorhandene Konfrontation zwischen Russland und der Nato nicht noch durch offensive Rüstungsmaßnahmen ohne einen begleitenden stabilisierenden Dialog verschärft werden. Ob die angekündigte Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Deutschland die deutsche Sicherheit tatsächlich stärkt, muss noch überzeugend begründet werden. Dies hängt letztlich von Annahmen über die psychologische Abschreckungswirkung auf die Machthaber im Kreml ab. Also von Annahmen, bei denen Fehleinschätzungen leicht möglich sind. Es könnte sich als Trugschluss erweisen, unsere Sicherheit auf viele Jahre hinaus allein auf Abschreckung und Kriegstüchtigkeit zu stützen. Die Bevölkerung wird so im instabilen Zustand prekärer Sicherheit verharren, heikler als im Kalten Krieg. Frieden wird so zur Utopie. Wir haben uns im amerikanisch-deutschen Tandem Schritt für Schritt auf einen ungesicherten Pfad begeben, einen Pfad der irreversiblen Konfrontation mit Russland, ohne zu wissen, wo uns das am Ende hinführt und wie lange die Regierenden noch die Kontrolle über die weitere Konfrontation in der Hand behalten. Immer weiter ins Risiko zu gehen, ist auch politisch-moralisch fragwürdig.



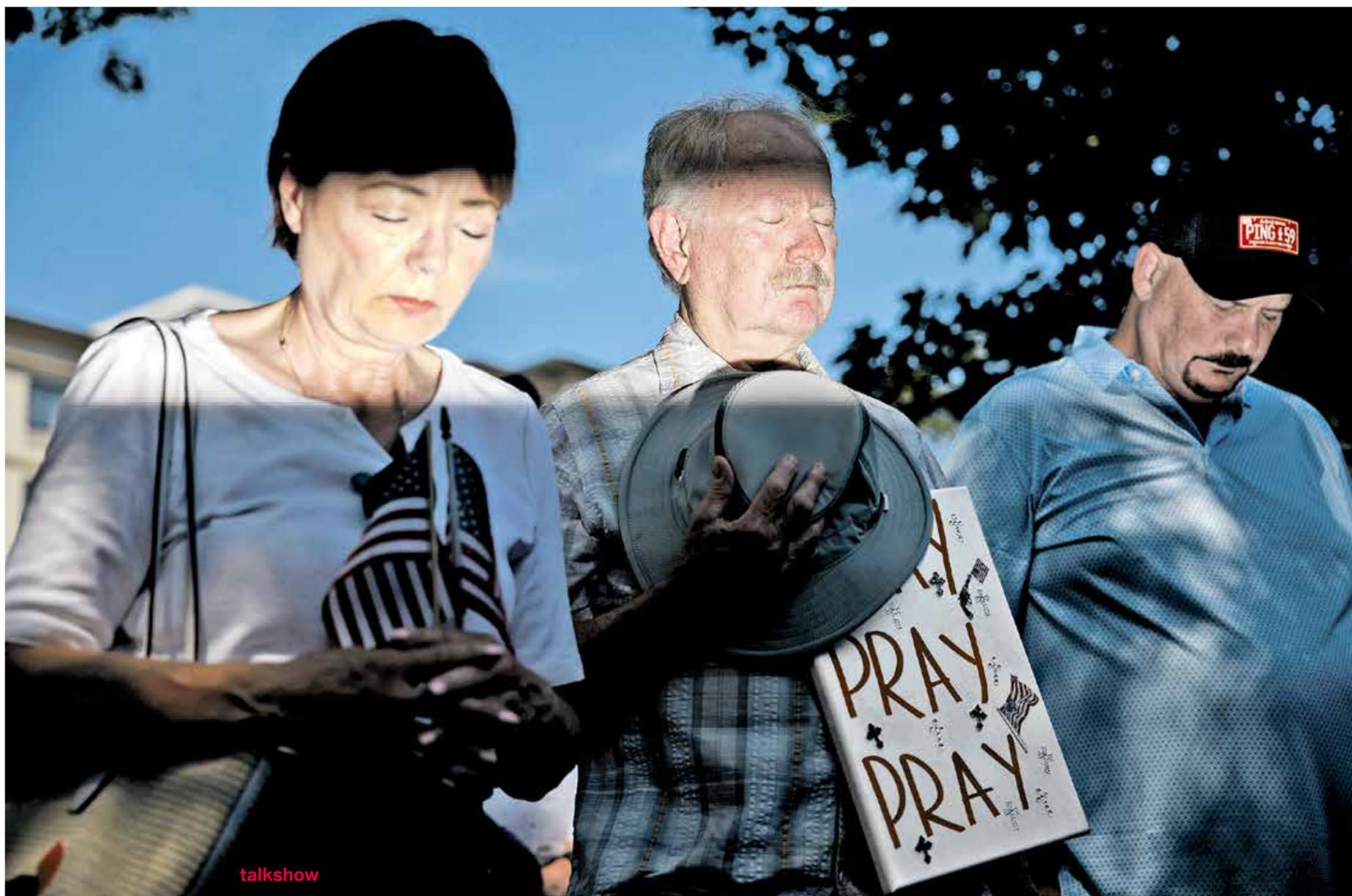
Helmut W. Ganser ist Brigadegeneral a. D. sowie Diplompsychologe und Diplompolitologe. Er war Stellvertretender Leiter der Stabsabteilung Militärlpolitik im Verteidigungsministerium Berlin sowie militärpolitischer Berater der deutschen Ständigen Vertreter bei der Nato in Brüssel und den Vereinten Nationen in New York.

Die Bevölkerung wird so im instabilen Zustand prekärer Sicherheit verharren, heikler als im Kalten Krieg

ketenstationierung in Deutschland bereits seit Jahren geplant und 2021 eine Taskforce für Führung und Einsatz dieser Systeme in Wiesbaden aktiviert. Die Bundesregierung hat der Stationierung nunmehr offiziell zugestimmt. Die Tragweite dieser Entscheidung ist gravierend und erfordert eine umfassende Begründung, vor allem hinsichtlich der Implikationen für Deutschland.

Denn Russland wird aller Wahrscheinlichkeit nach als Reaktion eine noch größere Zahl seiner nuklearfähigen Mittelstreckenraketen in Kaliningrad und in Belarus stationieren, insbesondere unmittelbar gegenüber Polen und den baltischen Staaten, auch in Kaliningrad und in Belarus. Eine Verschärfung der Lage an der Konfrontationslinie zwischen der Nato und Russland wäre die Folge und wird gegebenenfalls zu weiteren Rüstungsschritten auf der westlichen Seite führen.

Warum wird die Stationierung aber nicht im Nato-Rahmen vorgenommen, wie dies im Sinne einer Risiko- und Lastenteilung etwa bei der nuklearen Teilhabe der Fall ist? Bisher ist nicht erkennbar, dass irgendein anderer Bündnispartner bereit ist, diese Waffensysteme auf seinem Territorium zu dislokieren und die damit verbundenen Risiken einzugehen. Deutschland wäre im Kriegsfall aufgrund seiner geografischen Lage und Funktion als zentrale Drehscheibe für Aufmarsch und Logistik zur Verteidigung der Nato-Ostflanke ohnehin bereits in erheblichem Maße durch russische Mittelstreckenraketen bedroht. Darüber hinaus würden in einem Krieg an der Ostflanke die amerikanischen bodengebundenen Mittelstreckensysteme durch die russischen Streitkräfte mit allerhöchster Priorität aufgeklärt und bekämpft werden. Deutschland verfügt zudem auf viele Jahre hinaus über keinen nennenswerten Zivilschutz und ist gegen Raketenangriffe hoch verwundbar. Eine flächendeckende Raketenabwehr ist unrealistisch.



talkshow

Fátima hat damit nichts zu tun

Anhänger*innen beten für Trump, Wisconsin am 14. Juli
Foto: Allison Dinner/epa

Gerade so ist Donald Trump bei einem Anschlag dem Tod entkommen. Da muss der Allvater seine Finger im Spiel gehabt haben, denken religiöse Anhänger*innen. Solche Mystifizierungen sind alles andere als harmlos

Von Louis Berger

Gott hat Trump beschützt“ – derart lakonisch vertwitterte der republikanische Senator Marco Rubio am vergangenen Sonntag das Attentat auf seinen Parteifreund. Besonders in den sozialen Medien folgten auf diesen Tweet viele Kommentare, die das Überleben des Ex-Präsidenten einem göttlichen Eingriff zuschrieben.

Teilweise wirkt es fast so, als wäre Trump bereits heiliggesprochen worden. In jedem Fall kehrt mit der religiösen Deutung des Attentats ein hypermystisches Christentum auf die politische Bühne zurück. Das ist der säkularen Gesellschaft fremd geworden. Darüber hinaus ist diese nicht darauf vorbereitet, radikalen Christ*innen argumentativ zu begegnen.

Besonders abwegig mutet eine Interpretation des Attentats an, die von katholischen Beobachter*innen dutzendfach auf der Kurznachrichtenplattform X verbreitet wurde. Trump hätte sein Leben dem Wirken Unserer Lieben Frau von Fátima zu verdanken. Angeblich erschien diese während des 1. Weltkriegs den portugiesischen Hirtenkindern Lúcia dos Santos, Francisco Marto und Jacinta Marto sechs Mal beim Schafehüten. Anlässlich der dritten Erscheinung am 17. Juli 1917 soll die Gottesmutter dem Trio obendrein drei Geheimnisse anvertraut haben. Entscheidend ist an dieser Stelle das dritte Geheimnis, das der Vatikan erst 2000 im Wortlaut veröffentlichte. Darin heißt es,

dass ein „in Weiß gekleideter Bischof“ von einer „Gruppe von Soldaten getötet“ werden würde. Papst Johannes Paul II. interpretierte diese Prophezeiung als Hinweis auf das Attentat des türkischen Nationalisten Mehmet Ali Ağca, dem er selbst am 13. Mai 1981 auf dem Petersplatz zum Opfer fiel.

Trumps Anhänger*innen sind deshalb überzeugt: Ähnlich wie damals habe die Gottesmutter just am 107. Jahrestag der Geheimnisse von Fátima Trumps Leben gerettet. Um diese sehr katholische Deutung etwas wahrscheinlicher zu machen, verknüpf-

Gott oder die Jungfrau Maria hätten zur Rettung von Trump den Tod des Feuerwehrmanns Corey Comperatore in Kauf genommen

ten sie manche Beobachter*innen mit der Hoffnung, dass Trump nun aber doch in die „Kirche Christi“ (gemeint ist natürlich die römisch-katholische Kirche) zurückkehren müsste. Der geborene Presbyterianer versteht sich selbst als „konfessionell ungebundener Christ“ und entspricht offensichtlich nicht der üblichen Vorstellung von einem guten Christenmenschen.

Scheint Gott nicht zu stören.

Trotz ihrer Exotik müssen Interpretationen, wie die der Geheimnisse von Fátima, ernst genommen werden. Sie laufen nämlich auf eine zynische Form politischer Theologie hinaus: Gott oder die Jungfrau Maria hätten zur Rettung von Trump den Tod des Feuerwehrmanns Corey Comperatore in Kauf genommen. Dieser hatte sich im Augenblick des Attentats schützend vor seine Familie geworfen.

Eine ähnliche „Logik“ lässt sich zum Beispiel in den Ansichten des Moskauer Patriarchen Kyrill I. zu Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine ausmachen: Das Oberhaupt der russischen Orthodoxie bezeichnete diesen als „metaphysischen Kampf“, der jedes Opfer wert sei.

Der säkularen Gesellschaft fehlt eine passende Antwort auf diesen politisch-theologischen Zynismus. Diesem ist nicht mehr durch langwierige Kampagnen gegen Fake News oder wohlfeile Appelle an den gesellschaftlichen Zusammenhalt beizukommen.

Die Öffentlichkeit muss sich wieder stärker mit religiösen Deutungsmustern und vor allem ihrer Widersprüchlichkeit auseinandersetzen. Das beweisen auch das Trump-Attentat und die Schnelligkeit, mit der es religiös interpretiert wurde. Möglicherweise haben sich viele Beobachter*innen angesichts des Niedergangs der Kirchen in Europa und den USA zu lange darüber hinweggetäuscht, welchen anhaltenden politischen Einfluss die christlichen Religionen weiterhin haben.

„Wir haben nicht einfach so Bock auf Schlägerei“

Wenn Rechtsradikale immer etablierter und die Linke immer schwächer wird, kommen Antifa-Strategien an ihre Grenzen. Wie also mit der Gewalt und dem Rechtsruck umgehen? Ein Interview mit einer Person von der North East Antifa

Interview Timm Kühn



Demo gegen den AfD-Parteitag in Essen am 29. Juni 2024
Foto: Fritz Engel/Agentur Zenit

taz: Herr Marco T., Sie sind in der North East Antifa organisiert, einer der größten Berliner Antifastrukturen. Anfang Juli wurde eine Gruppe Antifaschist:innen am helllichten Tag am Berliner Ostkreuz von Nazis angegriffen. Überrascht Sie diese Form der Gewalt?

Marco T.: Es ist auf jeden Fall ein neues Ausmaß an rechter Gewalt, was da mitten am Tag in Berlin stattfindet. Das überrascht mich schon. Andererseits war die Entwicklung abzusehen. Seit drei Jahren ist der III. Weg in Berlin immer präsenter geworden. Eine Woche nach den Angriff am Ostkreuz haben sie bewaffnet im Stadtpark Lichtberg trainiert mit Rechtsrock und eindeutigen T-Shirts. Sie verstecken sich also nicht mal mehr. Da müssen wir als antifaschisti-

sche Kräfte gucken, wie wir das eindämmen und dem etwas entgegensetzen können.

Aus Sicherheitsgründen wollen Sie in diesem Interview anonym bleiben. Wenn Sie in die Zukunft sehen, bekommen Sie es dann mit der Angst zu tun?

Angst ist ein sehr lähmendes Gefühl. Es ist nicht gut, sich ihr hinzugeben, wenn man politisch arbeiten will. Aber es besorgt mich natürlich, die hohen Wahlergebnisse der AfD zu sehen oder wie faschistische Strukturen erstarken. Und die Entwicklung ist EU-weit: Meloni regiert in Italien, die Rassemblement National ist in Frankreich sehr stark, auch wenn sie die Parlamentswahl nun nicht gewonnen hat. Man merkt einfach, überall um eine:n herum wird es rechter. Gleichzeitig ist

die parlamentarische und die radikale Linke in Deutschland derzeit sehr schwach. Da bin ich natürlich besorgt, in dem Sinne, dass man jetzt alles reingeben muss, um das Ruder noch rumzureißen.

Was befürchten Sie, falls die AfD im Herbst in einem Bundesland an die Macht kommt?

Es ist ja noch vollkommen unklar, ob das passiert. Wir sehen aber in anderen Ländern, beispielsweise in der Vergangenheit die FPÖ in Österreich, dass eine Regierungsbeteiligung durchaus möglich ist. Auf der kommunalen Ebene regiert die AfD ja bereits. Es scheint eine Frage der Zeit zu sein, bis sie auch in einem Bundesland an die Regierung kommt. Dann wird es natürlich echt schwierig. Wir sehen auf kommunaler Ebene, wie die AfD gegen alles vorgeht, was ihnen nicht passt: Projekte gegen Rechts-Extremismus, Beratungsstellen für Schwangerschaftsabbrüche, linke Jugendzentren. Auf der nächsthöheren Ebene verstärkt sich das ja nur noch.

Wie würde sich eine AfD-Landesregierung auf die Bundespolitik auswirken?

Schon jetzt treibt die AfD die bürgerlichen Parteien mit ihren rassistischen, migrationsfeindlichen Inhalten vor sich her. Die anderen Parteien beschließen bereits heute rassistische Gesetze wie Asylrechtsverschärfungen, die Bezahlkarten und so weiter. All das wird noch zunehmen, wenn die AfD in einer Landesregierung sitzt. Das wird das Leben von allen Menschen, die nicht in das Weltbild der Faschos passen, noch schwerer machen, als es vielerorts ohnehin oft bereits ist.

Warum, glauben Sie, schaffen es die bürgerlichen Par-

teien nicht, der AfD inhaltlich etwas entgegenzusetzen?

Ich glaube, sie denken, dass sie das bereits tun. Sie denken, dass es schon funktionieren wird, symbolisch dem Rassismus auf der Großdemo die rote Karte zu zeigen, aber gleichzeitig Asylrechtsverschärfungen zu beschließen. Dass es ihnen nicht auf die Füße fallen wird, arbeiterrinnenfeindliche Politik zu machen und Sozialleistungen zu kürzen, dann aber auf die AfD zu zeigen und zu sagen: Das sind die Bösen. Bei einer solchen Politik können wir nicht davon ausgehen, dass die hochgelobte sogenannte Brandmauer langfristig halten wird.

Lange war es eine bewährte antifaschistische Praxis, gegen die Rechten Bündnisse bis tief in die bürgerliche Mitte anzustreben. Wenn auch die Mittel-links-Parteien den Rechtsruck vorantreiben, geht das überhaupt noch? Gibt es noch eine gemeinsame Basis?

Wir sind schon der Meinung, dass wir breite Bündnisse brauchen – unter der Prämisse, dass wir unsere Kritik an den bürgerlichen Regierungsparteien klar benennen und unsere eigenen Aktionsformen wählen können. Idealerweise greifen die dann ineinander, wie kürzlich in Essen, wo Massenproteste gegen den AfD-Parteitag von Blockaden begleitet wurden. Wichtig ist, dass sich die Bürgerlichen nicht sofort abgrenzen. Grundsätzlich gibt es bei den Parteibasen – etwa bei den Grünen – gerade mit Blick auf Antifaschismus weiterhin einen gemeinsamen Nenner. Wogegen wir uns stellen, ist die Vereinnahmung unserer Proteste durch Parteifunktionäre. Wir machen

keine staatstragenden Proteste, wir stehen für Klassenkampf.

Nun hat zuletzt der gescheiterte linke „heißer Herbst“ 2022 gezeigt, dass die Leute eben nicht plötzlich auf die Straße gehen, nur weil einige Linke zum Klassenkampf aufrufen. Wie kann man da die kapitalistischen Ursachen des Faschismus bekämpfen?

Wir haben da auch keine Masteranalyse, aber klar ist, dass wir diese Fragen nicht einfach zurückstellen können. Faschistische Bewegungen wachsen immer in Krisenzeiten, wenn sich die Mittelschicht vom Abstieg bedroht sieht. Deswegen müssen wir klarer machen, dass Antifa auch Antikapitalismus bedeutet, ebenso wie Antimilitarismus. Wir müssen zeigen, dass die AfD eben keine Friedenspartei ist, dass sie eine neoliberale Partei ist, die auch nichts für den kleinen Mann tut, selbst wenn der weißer Deutscher ist.

Klingt, als wolle auch die Antifa die Sorgen der AfD-Wähler:innen ernst nehmen.

Na ja. Bevor man die AfDler anspricht, gibt es da erst mal ganz viele andere Leute – alle, die von der AfD bedroht werden: migrantische, queere und rassistisch betroffene Menschen, Arbeiter:innen, Frauen. Ich denke, es ist wichtiger diese Leute von einer linken Politik zu überzeugen. Wenn sich ein Ex-AfDler glaubhaft abgrenzt, ist das natürlich toll. Aber worauf wir uns konzentrieren, ist die Solidarität derer aufzubauen, die von der AfD bedroht werden.

Zuletzt hat die Correctiv-Recherche über rechte Deportationspläne Massenproteste gegen den Faschismus ausgelöst. Warum, glauben Sie, sind die Demos wieder abgeebbt?

Diese Proteste haben viele Leute wachgerüttelt. Es sind im Anschluss auch mehr Menschen zu unseren Aktionen gekommen. Was aber gefehlt hat, war, diese Leute langfristig zu binden. Ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass es nicht reicht, zwei-, dreimal auf eine Demo zu gehen – und der Faschismus ist besiegt. Wir hätten auch klarer machen müssen, dass Antifaschismus verschiedene Aktionsfelder beinhaltet, dass man nicht gleich den nächsten Fascho abfangen muss, wenn man bei der Antifa mitmachen will – sondern auch Demos organisieren, in der Nachbarschaft aufklären und Unterstützungsarbeit für Betroffene rechter Gewalt leisten kann.

Ein Grund mag auch sein, dass das Image der Antifa weiterhin eher schlecht ist. Ist das nicht auch ein bisschen selbstverschuldet?

Natürlich müssen wir deutlicher begründen, warum wir bestimmte Aktionen machen. Viele sind von einem Black Bloc erst mal abgeschreckt, halten das für nicht sonderlich nahbar. Dann muss man erklären, hey, das hat etwas mit Selbstschutz zutun. Oder wenn militant gegen Nazis vorgegangen wird, dann müssen wir deutlich machen, dass wir nicht einfach so Bock auf Schlägereien oder Gewalt haben, sondern dass von Nazis für bestimmte Menschen ein enormes Bedrohungspotenzial ausgeht, gegen das wir vorgehen.

Die Antifa kann nicht auf Militanz verzichten?

Der Fokus unserer Gruppe ist ein anderer. Wir machen Demonstrationen, Infoveranstaltungen, klären bei uns im Kiez und darüber hinaus über Nazistrukturen auf. Es gibt vieles, was man gegen Nazis tun kann. Man kann sich im lokalen Sportverein engagieren und dort Faschisten rauschmeißen, zu Massenprotesten oder Blockaden gehen. Wenn sich Menschen für militantere Aktionsformen entscheiden, sollte man sich aber schon solidarisch verhalten, selbst wenn man selbst vielleicht eine andere Aktionsform wählt. Wir grenzen uns da jedenfalls von nichts ab.

In Sachsen, Thüringen und Brandenburg stehen Landtagswahlen an. Wie lautet Ihre Strategie?

Wir kommen gerade aus dem Prozess einer neuen, bundesweiten Vernetzung von Antifastrukturen, aus der zuletzt unser gemeinsamer Aufruf „Zeit zu handeln“ hervorgegangen ist. Kernidee dieser Vernetzung war, uns in der Zukunft noch stärker gegenseitig zu unterstützen. Deshalb gehen wir auf die Strukturen insbesondere in Brandenburg zu und fragen, was gebraucht wird. Das können Solipartys sein, um Projekte oder Jugendclubs zu finanzieren, denen die AfD vielleicht die Mittel kürzt. Im Herbst könnten wir eine Großdemo unterstützen, mit Soli-Bussen und gemeinsamer Anreise. Oder die Strukturen melden uns: Die Faschos sind gerade so aufgeheizt, wir fürchten einen Angriff auf eine Flüchtlingsunterkunft. Dann erscheinen wir mit Leuten vor Ort.

taz reisen
in die Zivilgesellschaft

5 Tages-Städtereise in die Hauptstadt der EU
Am autofreien Sonntag eine Radtour mit E-Bikes durch Brüssel und Infos über das Brüsseler Verkehrswendeprojekt „Good Move“

BRÜSSEL – DAS HERZ EUROPAS
mit Bernd Müllender (taz) und Andrea Zoei Weber (Brüssel)

Bei dieser neuen taz-Reise lernen Sie bei Spaziergängen in den Stadtteilen Ixelles, Tervuren, Marollen und Molenbeek sowie bei einer Radtour die vielfältigen Seiten der EU-Hauptstadt kennen: von der stadtweiten Comic-Pracht ins EU-Viertel, vom Afrika-Museum zum Atomium, mit Chocolatierbesuch und kulinarischer „Tram Experience“ sowie dem Besuch von EU-Institutionen.
21. bis 25. September 2024, ab 1.090 € (DZ/HP/ohne Anreise)

Mehr Infos: www.taz.de/tazreisen oder unter T (0 30) 2 59 02-117
taz Verlags- und Vertriebs-GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin



Am 30. April und 1. Mai 2024 wurde das von propalästinensischen Protestierenden besetzte Gelände der Columbia University in New York polizeilich geräumt. Foto: John Angelillo/UPI/laif

Nicht aus heiterem Himmel

Die Architekturschule der Columbia University in New York, die Graduate School of Architecture, Planning and Preservation (GSAPP), hat sich zum Mekka des Israelhasses im Architektur- und Urbanismusbereich entwickelt. Leider absehbar

Von **Stephan Trüby**

Die Hamas-Attacke des 7. Oktober 2023, auf die Israel seit dem 27. Oktober 2023 mit einer Bodenoffensive im Gazastreifen reagiert, führt in fast allen kulturellen Milieus zu großen Verwerfungen. Auch in der Architekturwelt. Davon zeugen nicht zuletzt die zahllosen offenen Briefe. So wurde am 14. November 2023 der „Call for Immediate Action“ veröffentlicht, der von einer Gruppierung namens Architects and Planners Against Apartheid lanciert wurde. Mit keinem Wort wird darin der Hamas-Terror erwähnt und einseitig der palästinensischen Seite die Solidarität ausgesprochen. Israel wird sowohl Genozid als auch Urbizid vorgeworfen. Dass die Hamas seit ihrer Machtergreifung im Gazastreifen im Jahre 2007 immer wieder Raketen auf Israel abschoß und dabei die eigene Zivilbevölkerung als menschliche Schutzschilde benutzte, ist den Autor*innen keine Notiz wert.

Mehr als 2.000 Personen aus aller Welt haben diesen Aufruf unterschrieben. Die proportionalen meisten – 58 insgesamt – stehen in Verbindung mit der Graduate School of Architecture, Planning and Preservation (GSAPP) der Columbia University in New York. Dass sich diese Schule nach 10/7 zum Mekka des institutionalisierten Israelhasses im Architektur- und Urbanismusbereich entwickelt hat, ist nicht auf eine plötzliche antisemitische Eruption zurückzuführen, sondern hat eine lange Geschichte vor Ort. So wurde die Hochschule stark geprägt von Edward Said, dem US-amerikanischen Literaturwissenschaftler palästinensischer Herkunft, der ab 1963 als Assistenzprofessor und von 1966 bis 2003 als Ordinarius für Englische Lite-

ratur und Komparatistik an der Columbia lehrte. In dieser Zeit erschienen viele seiner bekanntesten Bücher, zu denen neben dem postkolonialen Standardwerk „Orientalismus“ (1978) auch „The Question of Palestine“ (1979) gehört.

Darin stellt Said wahrheitswidrig den Zionismus als eine Bewegung dar, die auf einer „völligen(n) Leugnung der palästinensischen Präsenz“ aufgebaut hätte. Auch verharmlost er die „jüdische Nakba“, also die Vertreibung und Enteignung von rund 850.000 Jüdinnen und Juden misrachischer und sefardischer Herkunft aus arabisch und islamisch geprägten Ländern nach der Staatsgründung Israels, zu einer Art freiwilligem Umzug – und spricht von „Juden, die die arabischen Länder verließen, um nach Israel zu kommen“.

Seit 2003 lehrt an der Columbia auch Rashid Khalidi, ein weiterer US-Amerikaner mit palästinensischen Wurzeln, als Edward Said Professor of Modern Arab Studies. Der BDS-Unter-

Synonym für „75 Jahre Okkupation“ und einen „offen genozidalen rassistischen Staat“, bezeichnen „Friede“ als ein Wort von weißen Menschen, erachten die Entkopplung von Rassismus und Antisemitismus als einen „Schachzug weißer Suprematisten“, betrachten den Zionismus als „die regressivste Erfindung der modernen Welt“ und machen sich die antisemitischen Äußerungen von Malcolm X zum „Zionist dollarism“ zu eigen.

Auch das Architekturtheoriejournal *Avery Review*, das vom Office of Publications der GSAPP betrieben wird, ist geprägt von BDS-nahen Aktivist*innen, wie spätestens mit dem am 13. Oktober publizierten offenen Brief „Solidarity with Palestine“ öffentlich bekannt wurde. Nur sechs Tage nach dem Massaker erklärt darin die gesamte Redaktion nicht nur ihre Unterstützung für das „palästinensische Volk in seinem Kampf gegen israelische Besatzung, Apartheid und ethnische Säuberung“, sondern sie spricht darüber hinaus

das Ende des unterdrückerten Siedlerkolonialprojekts in Palästina zum Ziel hat“.

Schließlich sei auch Hiba Bou Akar erwähnt, die den „Call for Immediate Action“ ebenfalls signierte. Stolz vermerkt die Columbia-Professorin am 23. April 2024 auf sozialen Medien, dass sie ihre „letzte Unterrichtseinheit des Semesters“ innerhalb des „Gaza Solidarity Campus“ auf dem Gelände der Columbia University abhielt. Dieses wurde am 30. April und 1. Mai 2024 auf Bitten der Columbia-Präsidentin Nemat „Minouche“ Shafik von der Polizei geräumt, nachdem es zu Attacken gekommen war.

Shafik sieht sich spätestens seither zwei massiven Fronten gegenüber: Während sie von der einen Seite zu hören bekommt, dass sie unmittelbar nach 10/7 keine deutlichen Worte zur Hamas und zu antisemitischen Vorfällen auf dem Campus fand, kritisiert die andere den Einsatz der „militarisiertesten Polizeimacht des Planeten“ auf ihrem Campus-Gelände. So steht es in einem am 3. Mai 2024 veröffentlichten „Statement of Columbia University Urban Planning“, das die „Arroganz und Inkompetenz der Universitätsleitung“ kritisiert und Bou Akar als Erstunterzeichnerin führt.

So wie die Entwicklung an der Columbia insgesamt nicht aus heiterem Himmel fiel, so waren auch die GSAPP-Entwicklungen nach 10/7 nicht völlig absehbar. Beispielsweise war im Jahre 2016 das Buch „The Arab City: Architecture and Representation“ im universitären Hausverlag Columbia Books on Architecture and the City veröffentlicht worden, herausgegeben von der damaligen Dekanin Amale Andraos gemeinsam mit Nora Akawi, einem ebenfalls radikal antiisraelisch auftretenden Jurymitglied der letzten Archi-

tekturbienale in Venedig. Die Publikation steht unter dem Eindruck spektakulärer Architektur- und Stadtentwicklungsprojekte in arabischen Staaten, aber auch dem gescheiterten Arabischen Frühling 2011, dem dadurch ausgelösten Bürgerkrieg in Syrien und der Gründung und Ausbreitung der Terrorgruppierung Islamischer Staat im Irak. Es geht darin viel um Identität – um „Arab identity“, „Emirati identity“, „Qatari identity“ etc., und teilweise versucht man sich auch an einer Dekonstruktion dieser Identitätssuche –, doch dass Jüdinnen und Juden historisch mal Teil der arabischen Welt waren und aus dieser um 1948 weitgehend vertrieben wurden, wird in den Texten verdrängt.

Israel taucht entweder als Sieger von 1967 auf, der die arabischen Staaten in einen allgemeinen „Stimmung der Melancholie und des verletzten Egos“ gestürzt hat, oder als Aggressor, der besetzt, zerstört und mit ferngesteuerten Caterpillars in Gaza wütet. Akawi, die seit 10/7 mit „From the River to the Sea“-Slogans und vielen Hamas-unterstützenden Posts in sozialen Medien auffällt, warnt zwar mit Said vor einem „Pakt, den Universitäten mit dem Staat oder mit der nationalen Identität schließen“ – dieser habe gerade arabische Universitäten in die Falle einer postkolonialen, aber gleichzeitig regierungstreuen „Arabization“ bugsiert. Doch wird ihr eliminatorischer Israelhass aus eben genau diesem arabischen Nationalismus gespeist, zu dem sie rhetorisch auf Distanz geht.

Jeglicher Versuch, Israel nicht in einem einseitig negativen Licht eines zeitgenössischen „Täterstaates schlechthin“ erscheinen zu lassen, ist in diesen Hochschulkreisen tabuisiert. Entsprechend ist auch nur

ein jüdischer Israeli in diesem Buch vertreten: Eyal Weizman, der Forensic-Architecture-Gründer und Lieblingsforscher der Israel bashenden Internationalen innerhalb der Architektur- und Kunstwelt, durfte einen Text zu „The Nakba Day Killings“ von 2015 beitragen, bei dem in Beitunia im Westjordanland zwei palästinensische Teenager von israelischen Soldaten erschossen wurden.

Das Buch „The Arab City“ ging aus zwei Konferenzen hervor, die 2013 in Amman, Jordanien, und 2024 in New York stattfanden. Die Konferenz in Amman fand am dortigen Columbia Global Center statt, einem der elf internationalen „research outposts“ der Universität, denen die Aufgabe zukommt, als „knowledge hubs“ zu fungieren mit dem Ziel, „durch Forschung, Dialog und Handeln zu erziehen und zu inspirieren“.

Im April 2023 gab die Columbia University bekannt, dass sie nun auch in Tel Aviv einen dieser Global Centers gründen wolle. Die Folge war ein Protestbrief, der damals von 95 Fakultätsmitgliedern unterzeichnet wurde. Auch wenn es einen Gegenbrief gab, der von 172 Lehrenden signiert wurde, hat das Tel Aviver „Global Center“ bis heute nicht eröffnet.

Es geht in dem Text also um nichts weniger als die Infragestellung der Existenzberechtigung Israels

stützer lehnt jegliche Entschädigung jüdischer Vertriebener aus arabischen Ländern rigoros ab.

Vor diesem Hintergrund nimmt es nicht Wunder, dass der „Call for Immediate Action“ von vielen Architekturprofessor*innen der Columbia unterschrieben wurde. So von Cruz Garcia und Nathalie Frankowski, die in sozialen Medien durch besonders militante antiisraelische Äußerungen auffallen. Sie sehen in Israel ein

auch noch von „Israels 75-jähriger kolonialer Besatzung durch Siedler“.

Es geht hier also um nichts weniger als die Infragestellung der Existenzberechtigung Israels. Das Magazin fordert „nicht nur einen Waffenstillstand von der internationalen Gemeinschaft und ein Ende des anhaltenden Völkermords in Gaza“, sondern auch „eine Friedensidee, die die vollständige Entkolonialisierung und

berichtigung

Lange vernachlässigt wurden Ukraine-Studien an deutschen Hochschulen – mit Ausnahme der Viadrina in Frankfurt (Oder). Dass, wie berichtet, ein neuer interdisziplinär ausgerichteter Kompetenzverbund ukrainischebezogene Forschung stärken soll, ist daher eine sehr gute Nachricht.

unterm strich

R. P. S. Lanrue ist gestorben

Der Mitbegründer, Komponist und Lead-Gitarrist der Band Ton Steine Scherben, R. P. S. Lanrue, geboren als Ralph Peter Steitz, ist nach einer schweren Erkrankung gestorben. Der vielseitige Komponist und Musiker, der zusammen mit Sänger Rio Reiser das kongeniale Songwriterduo der legendären Band aus Berlin-Kreuzberg bildete, wurde vor 74 Jahren in Frankreich geboren. Er kam als Jugendlicher mit seiner Familie nach Hessen, wo er Rio Reiser kennenlernte und beide ihren gemeinsamen musikalischen Weg begannen. Mit ihrer 1970 gegründeten Band Ton Steine Scherben prägten sie die westdeutsche Jugendkultur. Von Lanrue komponierte Songs wie „Macht kaputt, was euch kaputt macht“ gehören zum Musikerbe der linken Bewegung in der Bundesrepublik. R. P. S. Lanrue lebte viele Jahre in Nordfriesland, dann Portugal, kam aber wieder zurück und lebte die letzten Jahre in Kreuzberg, wo er am Sonntag im Kreise seiner Familie seiner Krebserkrankung erlag. (Ein Nachruf folgt in der taz)

Shannen Doherty ist tot

Die US-Schauspielerin Shannen Doherty ist am Samstag im Alter von 53 Jahren gestorben. Berühmt machte Doherty ihre Rolle der Teenagerin Brenda Walsh in der Serie „Beverly Hills, 90210“ in den 1990ern. Später spielte sie eine weitere Serienhauptrolle in „Charmed: Zauberkraftige Hexen“. 2015 machte Doherty ihre Brustkrebsdiagnose öffentlich und engagierte sich seitdem für einen offenen Umgang mit der Krankheit, an der sie nun verstarb.

Von **Katrin Bettina Müller**

Sie schrieb Gedichte mit erotischen Provokationen. Die Textzeilen, in Deutsch und Englisch, waren manchmal wie Treppenstufen angeordnet. Sie zeichnete. Sie ließ sich von Man Ray als Akt fotografieren, sie tanzte in exotischen und dadaistischen Kostümen. Eine kleine Skulptur aus Fundstücken, Federn, Zahnrädern und anderen mechanischen Elementen, nannte sie 1922 „Portrait von Marcel Duchamp“.

Dass Duchamp, berühmt als Erfinder des Readymade, mit der Baroness Elsa von Freytag-Loringhoven nicht nur befreundet war, sondern sie sich auch gegenseitig befeuerten im Spiel mit den Geschlechterrollen, im heute sogenannten Crossdressing, aber auch in der Arbeit mit vorgefertigten Waren, wurde lange nicht beachtet. Seit ihrer Wiederentdeckung wird häufig diskutiert, wie viel Baroness in Duchamps Werken steckt.

Elsa von Freytag-Loringhoven ist eine der vielen schillernden und lange nur in Nebenrollen erwähnten Protagonistinnen aus dem weiten Feld von Dada in Zürich, New York, Paris, Köln und Berlin, die in der Ausstellung „der die Dada. Unordnung der Geschlechter“ im Arp Museum in den Mittelpunkt gerückt werden. Aus Dada New York wird auch Beatrice Wood vorgestellt, die mit Duchamp und anderen die dadaistische Zeitschrift „The Blind Man“ herausgab, Essays schrieb und in ihre Zeichnungen und Collagen Wortspiele einbaute.

Dada, oft nur eine kurze Periode mit weitem Nachhall, scheint ein eigentlich gut ausge-



Sonia Delaunay: Kostümentwurf, 1923, in: Tristan Tzara, *Le cœur à gaz*, Jacques Damase Éditeur, Paris 1977 © Pracusa 20240606

leuchtetes Gebiet in der Kunstgeschichte. Als Künstlerin bekannt ist Hannah Höch, die in der Ausstellung mit Puppen dabei ist. Sie wirken wie improvisiert aus diesem und jenem Materialrest zusammengefügt, fragil und aufmüppig. Viele der Frauen aber, die mit auftraten in den dadaistischen Aktionen des Angriffs auf das Gewohnte, die schrieben, performten und ihre oftmals bekannteren Künstlerfreunde unterstützten, sind kaum sichtbar in der Geschichte.

Die Ausstellung, die dies ändern will, ist ein Projekt von Julia Wallner, seit zwei Jahren Direktorin im Arp Museum im Bahnhof Rolandseck (nahe Bonn). Zuvor leitete sie in Berlin das Georg Kolbe Museum und nutzte auch dort viele Gelegen-

heiten, Künstlerinnen aus Kolbes Umfeld, darunter Tänzerinnen der Zeit, vorzustellen. „der die Dada“ folgt der These, dass das Vergessen der Beiträge von Künstlerinnen einerseits oft darauf beruhte, dass sie am Flüchtigen und Ephemerem auf den Dadabühnen mitarbeiteten und auch nicht immer Anspruch auf die Autorenschaft erhoben. Andererseits wurden sie, wenn sie etwa Kostüme entwarfen wie Sonia Delaunay für ein Stück von Tristan Tzara in Paris, oft dem minder beachteten Kunstgewerbe zugeschlagen.

Hans Arp, dem das Museum gewidmet ist, war nicht nur bei Dada in Zürich dabei, im ersten Keimzelle ab 1916, sondern spielte, wie Julia Wallner betont, eine große Rolle bei der Streuung des Dada-Geistes, in Zeit-

Die Falle des Flüchtigen

Es sind aufregende, schillernde und traurige Geschichten, die man über die vergessenen Künstlerinnen des Dadaismus gerade im Arp Museum Remagen erfahren kann: „der die Dada. Unordnung der Geschlechter“ stellt sie vor

schriften, als Verleger, oft auch durch die Gestaltung grafischer Elemente. Emmy Hennings, die mit Hugo Ball in Zürich 1916 das berühmte Cabaret Voltaire eröffnet hatte, beanspruchte, den Namen „Dada“ ins Spiel gebracht zu haben. In einer seltsamen Fotografie ist sie als Spinne auf einer kleinen Bühne zu sehen. Als Autorin hatte sie für die Zeit ungewöhnlich offen über Sexualität, Begehren, Drogen oder Ab-

sche Form der Kunstgeschichte, in der ihr aber mit den Armen jeglicher Handlungsspielraum fehlt.

Nicht alle der vorgestellten Frauen haben ein künstlerisches Werk so wie Hegemann hinterlassen, oft verlieren sich ihre Spuren auch in wenigen Dokumenten. Von Luise Straus-Ernst, der ersten Frau von Max Ernst, ist nur eine kleine Assemblage zu sehen. Sie war bei den ersten Ausstellungen von Dada in Köln dabei, die teils behördlicherseits verboten wurden. Trotzdem kennt man kaum noch Arbeiten von ihr. Vor dem Nationalsozialismus flüchtete sie nach Frankreich und wurde von dort 1944 nach Auschwitz deportiert und ermordet. So sind es oft auch die Biografien der Frauen, die von harten Ausschlüssen erzählen. Auch deshalb scheint, wieder an sie zu erinnern, ein notwendiges Anliegen.

Dass bei der Suche nach den Spuren vergessener Künstlerinnen die Materiallage oft erschreckend dünn ist, ist das eine. Dass die Bilder, die wir heute von ihnen entwerfen, aber teils auch Wunschbilder von emanzipierten Pionierinnen sind, ist das andere. Auch davon erzählt die Ausstellung, mit einem Film, den Barbara Visser über Elsa von Freytag-Loringhoven gemacht hat. Etwas sophisticated, aber mit Witz lässt ihre filmische Spurensuche auch die Wunschproduktion erahnen, die in den Lücken des gesicherten Wissens so gut gedeihen kann.

„der die Dada. Unordnung der Geschlechter“: Arp Museum, Bahnhof Rolandseck, Remagen, bis 12. Januar 2025. Katalog: 38 Euro

Viele der Frauen aber, die mit auftraten in den dadaistischen Aktionen, sind kaum sichtbar in der Geschichte

treibung geschrieben. Ihr Leben war von vielen Entbehrungen gezeichnet, auch von der Erfahrung erzwungener Prostitution. Von Reinhold Rudolf Junghanns sind Aktzeichnungen von ihr zu sehen, die das Düstere und Verstörende im Umgang mit einem Körper zeigen, der nicht zur Ruhe kommen kann.

Zu Dada in Köln gehörten Agnes Arntz, Angelika Hoerle und Marta Hegemann. Letztere hat 1926 August Sander fotografiert, mit einer Zeichnung von zwei Vögeln im Gesicht, die über ihre Wangen fliegen. Von ihr zeigt die Ausstellung eine fantastische Landschaft (1939), in der Hände und Vogelköpfe aus amorphen Formen steigen: Sind es Hilferufe in einer Kulisse voller Ruinen? In einem Selbstporträt (mit kurzem Haarschnitt) hat sie sich als Torso dargestellt, eine klassi-



Felix Bouché
taz Blogs und aus der taz Seite

MEHR ALS NUR EINE KONTO-BEWEGUNG

Runter von der Bank, rein ins Geschehen!

In der taz Genossenschaft bewegt dein Geld etwas – gegen Rechtsruck und für eine stabile Demokratie. Keine 2,5% Zinsen, dafür 100% Einsatz für unabhängigen Journalismus und eine offene Gesellschaft.

Bereits ab 500 Euro gehört dir so ein Teil der taz und du wirst Miteigentümer*in.
Alle Infos auf taz.de/genossenschaft

Gewalt, Kriminalität, Repression: Bei der Verleihung des diesjährigen Gabo-Journalistenpreises ging es nicht gerade um die schönsten Themen. Doch zweifellos beschäftigen sich die Autor*innen, deren Arbeiten Anfang Juli in Bogotá ausgezeichnet wurden, mit genau den Problemen, die in vielen Latein-Ländern das gesellschaftliche Leben bestimmen. Der Preis wird von der Gabo-Stiftung ausgelobt, die von dem Journalisten und Schriftsteller Gabriel García Márquez gegründet wurde. Die Auszeichnung gilt als wichtigste ihrer Art in Lateinamerika. Sie soll Qualitätsjournalismus stärken in einer Zeit, in der Fake News und Angriffe auf Medienschaffende die Demokratie in Lateinamerika schwächen.

So ist es naheliegend, dass der guatemaltekische Zeitungsherausgeber José Rubén Zamora in Abwesenheit mit dem „Exzellenz-Preis“ eine besondere Würdigung erhielt. Der 67-jährige sitzt seit Juli 2022 mit fadenscheinigen Begründungen in Haft, weil die Recherchen seiner Tageszeitung *El Periodico* einigen korrupten Machthabern in die Quere kamen. Geehrt wurde auch ein 30-köpfiges Journalistenteam, das mit dem Projekt „AmazonUnderworld“ das umfangreiche System krimineller Organisationen aufzeigt, die jenseits staatlicher Kontrolle im Regenwald agieren. Mit einem ähnlichen Thema beschäftigt sich die ebenfalls preisgekrönte Reportage „La noche de los caballos“ (Die Nacht der Pferde) des Hochglanzmagazins *Gatopardo*. Sie handelt vom illegalen Export von Pferdefleisch aus Argentinien nach Europa.



Wolf-Dieter Vogel
Latin Affairs

Verklärte Traditionen in indigenen Gemeinschaften

Bemerkenswert ist jedoch eine Arbeit, die nicht dem etablierten Journalismus zuzurechnen ist. Nayelli López Reyes aus der süd-mexikanischen Triqui-Gemeinde San Martín Itunyoso wurde für ihren Podcast „Las mujeres valientes“ (Die tapferen Frauen) über den Alltag in ihrer Heimat geehrt. Der Beitrag ist außergewöhnlich, weil er sich auch kritisch mit den „Sitten und Gebräuchen“ in indigenen Gemeinschaften auseinandersetzt. Nicht selten werden diese fragwürdigen „usos y costumbres“ mit Hilfe des Labels „Selbstbestimmungsrecht indigener Völker“ unter den Tisch gekehrt.

López Reyes gibt Frauen ihres 2.000-Seelen-Dorfes im Bundesstaat Oaxaca eine Stimme. Die Interviewten berichten über die traditionelle patriarchale Herrschaft, die in vielen Gemeinden der Triqui-Region vorherrscht. Ausführlich sprechen sie in den sechs Folgen des Podcasts, der in Spanisch

und Triqui auf Spotify zu hören ist, über ihre Gewalterfahrungen, über die Macht der Männer und darüber, wie sich diese dagegen organisieren. „Wir haben uns getraut, unsere Lebensweise in Frage zu stellen“, erklärt die Autorin.

López Reyes beschreibt auch die „Tradition des Verkaufs“, derzufolge Heranwachsende an Männer als Ehefrauen verkauft und dann erniedrigt, vergewaltigt, in ferne Regionen verschleppt und zur Hausarbeit gezwungen werden. Nicht selten lassen die Käufer ihre Angetrauten später samt den Kindern sitzen und verschwinden. Manche zahlen in Pesos, andere mit Schnaps oder Schweinen. Wehrt sich eine Frau, werde sie oft von der Familie zurückgewiesen. „Vielleicht, weil sie glauben, dass die Tradition abhanden kommt, oder weil sie meinen, dass Frauen nicht entscheiden, sondern gehorchen sollen.“ Nicht anders sieht es in der angrenzenden Region La Montaña im Bundesstaat Guerrero aus, wo der Verkauf von Mädchen übliche Praxis ist.

Natürlich gibt es in indigenen Gemeinschaften auch Kämpfe gegen patriarchale Gewalt. Zu den herausragenden zählen die Zapatist*innen aus dem südlichen Chiapas, auch in anderen autonomen Gemeinden setzten Feministinnen dem Machismus Grenzen. Aber noch immer verstellt zu oft eine naive Verklärung von „Traditionen“ den Blick auf die realen Verhältnisse. Wie gut, dass mit der Vergabe des Gabo-Preises an López Reyes mit dieser Sichtweise gebrochen wird.

Der Autor ist Journalist in Lateinamerika.

Von **Tabea Rößner** und **Sabine Grützmaker**

Am Mittwoch wird das Bundeskabinett das Jahressteuergesetz beschließen. Es ist die letzte Möglichkeit, die im Koalitionsvertrag vereinbarte Reform des Gemeinnützigkeitsrechts anzugehen und damit Rechtssicherheit für gemeinnützigen Journalismus und zivilgesellschaftliche Demokratiearbeit zu schaffen.

Anfang des Jahres rüttelten Enthüllungen des *Correctiv*-Forschernetzwerks über das Potsdamer Treffen rechter Kreise, bei dem ein Plan über die systematische Abschiebung von Millionen Menschen aus Deutschland diskutiert wurde, die Öffentlichkeit auf und lösten eine Welle der Solidarität aus. Bundesweit fanden Demonstrationen für Demokratie und ein vielfältiges, weltoffenes Land statt. Ein großer Verdienst des Recherchenetzwerks, das viele Ressourcen für die aufwändige Recherche aufbringen musste.

Angesichts der großen Herausforderungen für unser Demokratie, Desinformationskampagnen und Bestrebungen, den demokratischen Diskurs zu manipulieren und die öffentliche Meinungsbildung zu beeinflussen, wird allorts das hohe Lied auf den Journalismus gesungen. Doch der gerät immer stärker unter Druck.

Räume ohne Zeitungen

Ein massiver Rückgang an Abonnements und ein Abwandern der Werbung ins Digitale hat bereits zum Personalabbau oder sogar zur Schließung ganzer Redaktionen geführt. Fusionen im Pressemarkt haben bereits zu einem Verlust der breiten Vielfalt unserer Medienlandschaft geführt. Gerade im ländlichen Raum drohen Zeitungswüsten. Im Osten Deutschlands gibt es heute schon Regionen, in denen keine Lokalredaktion mehr existiert. Die Medienkrise geht einher mit der Demokratiekrise.

Das hat auch die Ampelkoalition in Berlin erkannt und im Koalitionsvertrag eine Presseförderung für die flächendeckende Versorgung vereinbart wie auch die Abmachung, end-



Die Recherchen von „Correctiv“ lösten Anfang des Jahres eine Protestwelle in Deutschland aus Foto: Christian Ditsch

Wenn Finanzämter die Macht haben

Gemeinnütziger Journalismus gewährleistet Unabhängigkeit und Staatsferne. Doch es fehlt an Rechtssicherheit. Zwei Bundestagsabgeordnete der Grünen fordern dies nun diese Woche endlich zu ändern. Ein Gastbeitrag

lich Rechtssicherheit für gemeinnützigen Journalismus zu schaffen. Ersteres wird angesichts der Haushaltslage nicht mehr kommen. Letzteres ist hingegen ein entscheidender Hebel, Journalismus gerade im lokalen wie im investigativen Bereich nachhaltig zu stärken.

Das Argument für die Gemeinnützigkeit: Sie gewährleistet Unabhängigkeit und Staatsferne und sichert Qualität. Denn viele journalistische Angebote wie *Correctiv*, *Netropolitik.org*, *Finanztip.de*, *EinfachHeidel-*

berg, *FragdenStaat*, *MedWatch* oder *Relevanzreporter Nürnberg* haben ihre Finanzierungsmodelle auf Spenden aufgebaut. Die Spendenbereitschaft steigt, wenn Spenden steuerlich absetzbar sind. So erhöhen sich auch die Einnahmen, was die Qualität stärkt.

Das Problem aber ist: Es gibt dafür keine Rechtssicherheit. Weil Journalismus bisher noch nicht in der Abgabenordnung als gemeinnützig aufgenommen wurde, entscheiden die Finanzämter, ob sie bei jour-

nalistischen Angeboten einen Gemeinnützigkeitszweck beispielsweise im Bereich Bildung erkennen können oder nicht. Und die agieren sehr unterschiedlich. So wurde nach einigen Veröffentlichungen offenbar Druck auf Betreiber gemeinnütziger Angebote ausgeübt und mit dem Entzug der Gemeinnützigkeit gedroht, so wie sie dem *Volksverpetzer* jetzt sogar aberkannt wurde. Das ist alles andere als staatsfern.

Deshalb darf es nicht auf den Goodwill des Finanzamts in ei-

ner Stadt oder einem Landkreis ankommen, ob ein journalistisches Angebot vor Ort als gemeinnützig anerkannt wird oder nicht. Dafür brauchen wir dringend einheitliche Standards – und eben Rechtssicherheit. Das fordert auch ein breites Bündnis im Forum Gemeinnütziger Journalismus, in dem sich neben den Betreibern journalistischer Angebote auch die Gewerkschaften wie DJV und dju in Verdi, die taz Panter Stiftung, die Rudolf Augstein Stiftung, die August Schwingenstein Stiftung

sowie NGOs wie vocer., Netzwerk Recherche, Transparency International oder Hostwritter und viele andere zusammengeschlossen haben.

Lücken, die sich schließen

Die Kritiker:innen einer Anerkennung von gemeinwohlorientiertem Journalismus führen immer wieder an, dass dann auch rechte Publikationen davon profitieren könnten. Dem ist entgegenzuhalten, dass es klare Kriterien für die Gemeinnützigkeit von Journalismus geben sollte, die das Forum Gemeinnütziger Journalismus zu Leitlinien nach den Vorbildern der Initiative Transparente Zivilgesellschaft, der Abgabenordnung und dem Pressekodex entwickelt hat.

Das Forum schlägt zudem ein Siegel analog zum Transfair Siegel beim fairen Handel für Medienprojekte vor, das nach einem transparenten und überprüfbareren Verfahren verliehen werden soll.

Denn gemeinnützige Journalismusprojekte stehen nicht in Konkurrenz zu klassischen Medienangeboten, sondern sollen sie ergänzen und dort die Lücken schließen, wo der Markt versagt. Sogar der Bundespräsident hat bei seinem Grußwort auf den Medientagen Mitteldeutschland im Mai gemeinnützigen Journalismus ganz selbstverständlich neben dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, privaten Medien und Verlagen als Teil unserer vielfältigen Medienlandschaft genannt. Damit diese vierte Säule auch demokratie- und zukunftsfest Bestand haben kann, braucht es für den gemeinwohlorientierten Journalismus die Anerkennung als gemeinnützig. Das sollte die Bundesregierung jetzt endlich beschließen.

Tabea Rößner, MdB der Grünen und Medienexpertin, ist Vorsitzende des Ausschusses für Digitales des Deutschen Bundestags.

Sabine Grützmaker, MdB der Grünen, ist Mitglied im Finanzausschuss und Berichterstatterin für die Gemeinnützigkeit der grünen Bundestagsfraktion.

ARD

- 12.00 Tagesschau
- 12.10 ZDF-Mittagsmagazin
- 14.00 Tagesschau
- 14.10 Radsport: Tour de France
- 18.00 Gefragt – Gejagt
- 18.45 Fußball: Europameisterschaft der Frauen
- 21.10 In aller Freundschaft
- 21.55 Report München
- 22.25 Tagesthemen
- 23.00 Notfall Rettung – Wenn die Hilfe versagt
- 23.45 Nie wieder obdachlos – Als Schiedsrichter zurück ins Leben
- 0.15 Tagesschau
- 0.25 In aller Freundschaft
- 1.10 Und dennoch lieben wir

ZDF

- 12.00 heute
- 12.10 ZDF-Mittagsmagazin
- 14.00 heute – in Deutschland
- 14.15 Die Küchenschlacht
- 15.05 Bares für Rares
- 16.00 heute – in Europa
- 16.10 Die Rosenheim-Cops: Eine geliebte Schwester. D 2019
- 17.00 heute
- 17.10 hallo deutschland
- 18.00 SOKO Köln: Ruhe sanft. D 2023
- 19.00 heute
- 19.25 Die Rosenheim-Cops: Jeder will Mai. D 2021
- 20.15 Prinzessin Kate und das Drama der Windsors
- 21.00 frontal
- 21.45 heute-journal
- 22.15 Die Anstalt
- 23.00 Markus Lanz
- 0.15 heute journal update
- 0.30 On the Edge: Showdown in den Bergen

RTL

- 12.00 Punkt 12
- 15.00 Barbara Salesch – Das Strafgericht
- 16.00 Ulrich Wetzlar – Das Strafgericht
- 17.00 Verklag mich doch!

- 17.30 Unter uns
- 18.00 Explosiv – Das Magazin
- 18.30 Exklusiv – Das Star-Magazin
- 18.45 RTL Aktuell
- 19.05 Alles was zählt
- 19.40 Gute Zeiten, schlechte Zeiten
- 20.15 Raue – Der Restaurantretter
- 22.15 RTL Direkt
- 22.35 Extra – Das RTL Magazin
- 0.00 RTL Nachtjournal
- 0.25 RTL Nachtjournal Spezial: Hapag-Chef Rolf Habben Jansen im Interview
- 0.45 CSI: Miami: Narziss & Psyche. USA 2008

SAT.1

- 12.00 Auf Streife
- 13.00 Auf Streife – Die Spezialisten
- 15.00 Auf Streife
- 17.00 Lebensretter hautnah – Wenn jede Sekunde zählt
- 18.00 Notruf
- 19.00 Die Landarztpraxis
- 19.45 SAT.1: newstime
- 20.15 Navy CIS: Fremd in einem fremden Land. USA 2022
- 21.15 Navy CIS: Hawaii: Im Rampenlicht. USA 2023
- 22.15 FBI: Special Crime Unit: Personenschutz. USA 2022
- 23.15 FBI: Most Wanted: Familienbetrieb. USA 2022
- 0.10 Navy CIS: Fremd in einem fremden Land. USA 2022

Pro 7

- 12.25 How I Met Your Mother
- 13.45 Two and a Half Men
- 15.40 The Big Bang Theory
- 16.30 The Big Bang Theory
- 17.00 taff
- 18.00 ProSieben: newstime
- 18.10 Die Simpsons
- 18.40 Die Simpsons
- 19.05 Galileo
- 20.15 Darüber staunt die Welt
- 22.45 Wer isstes?
- 1.15 Das Duell um die Welt
- Team Joko gegen Team Klaas

tagestipp

Der Gastrobranche geht es schlecht, Restaurants müssen schließen. Zum Glück gibt's Sternekoch Tim Raue. Gegen Inflation und Arbeitskräftemangel kann er zwar nichts tun, aber mit seiner Frau und Trend-Deuterin Katharina will er die Läden wieder hübsch und lecker machen.

„Raue – Der Restaurantretter“, 20.15 Uhr, RTL



Foto: Hollwäger Bistrotant

KI.KA

- 7.45 Sesamstraße
- 8.10 Zacki und die Zoobande
- 8.30 Der kleine Drache Kokosnuss
- 9.00 Heidi
- 9.45 Die Schlümpfe
- 10.40 The Garfield Show
- 11.40 Hanni & Nanni 2. Jugendfilm, D 2012. Regie: Julia von Heinz. Mit Jana Münster, Sophia Münster
- 13.05 Die Tochter des Shaolin-Meisters
- 13.30 logo!

- 13.40 Tiere bis unters Dach
- 14.10 Schloss Einstein
- 15.00 H2O – Plötzlich Meerjungfrau
- 15.45 Lenas Ranch
- 16.30 Hexe Lilli
- 16.55 Tashi
- 17.20 Yakari
- 17.45 Der kleine Nick und die Ferien
- 18.10 Die Biene Maja
- 18.35 Mamfie
- 18.50 Unser Sandmännchen
- 19.00 Die Schlümpfe
- 19.25 pur+
- 19.50 logo!

- 20.00 KiKA Live
- 20.10 Durch die Wildnis – Das Abenteuer deines Lebens

ARTE

- 8.10 Stadt Land Kunst
- 8.55 Mythos Amalfiküste – Liebe, Laster, Dolce Vita
- 9.40 Mythos Côte d'Azur – Liebe, Luxus, Leidenschaft
- 10.35 Das Piemont – Genuss am Fuße der Alpen
- 11.20 Die Dolomiten – Sommer in den italienischen Alpen
- 12.05 Die Klima-Aussteiger – Leben ohne Strom und fließend Wasser
- 12.40 Stadt Land Kunst
- 13.25 Stadt Land Kunst
- 14.15 Für eine Frau. Drama, F 2013. Regie: Diane Kurys. Mit Benoît Magimel, Mélanie Thierry
- 16.05 Die Mission. Historien-drama, GB/F 1986. Regie: Roland Joffé. Mit Robert De Niro, Jeremy Irons
- 18.05 Mit Kompass und Köpfcchen auf hoher See
- 18.35 Die Adria
- 19.20 Arte Journal
- 19.40 Preiskämpferinnen – Leben auf dem Polenmarkt
- 20.15 Der Bruderkrieg – Deutsche und Franzosen 1870/71 (1–3/3)
- 22.55 Außenpolitik in Krisenzeiten – Welche Rolle spielt Europa?
- 23.50 Marokkos einsamer König
- 0.55 Die Braut trug Schwarz. Kriminallfilm, F/1 1968. Regie: François Truffaut. Mit Jeanne Moreau, Jean-Claude Brialy

3SAT

- 19.00 heute
- 19.20 Das Geheimnis der Meister
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Die Toten vom Bodensee
- 21.45 Erlebnisreisen
- 22.00 ZIB 2

- 22.25 Maria Wern, Kripo
- 23.50 Alles finster
- 0.35 Die Frauenfußball-Chefin – Tatjana Haennis neues Leben in New York
- 1.10 10vor10

BAYERN

- 18.00 Abendschau – Das bewegt Bayern heute
- 18.30 BR24
- 19.00 Gesundheit!
- 19.30 Dahoam is Dahoam
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Tatort: Zwischen den Fronten. A 2013
- 21.45 BR24
- 22.00 Der Usedom-Krimi: Der lange Abschied. D 2021
- 23.30 Martin Frank – Live auf der Bühne!
- 0.15 Mittermeiers Lucky Punch Comedy Club

SWR

- 18.00 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 18.15 SWR Landesschau Rheinland-Pfalz
- 19.30 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Marktcheck
- 21.00 Was kostet...?
- 21.45 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 22.00 Hannes und der Bürgermeister
- 22.30 Richling #2024 (1/2)
- 23.15 kabarett.com
- 0.00 Babbel Net!
- 0.30 Das große Kleinkunstfestival 2023

HESSEN

- 18.00 Maintower – News & Boulevard
- 18.25 Brisant
- 18.45 Die Ratgeber
- 19.15 alle wetter
- 19.30 hessenschau
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Kochs anders
- 21.00 Der Camping-Check

- 21.45 Tobis Urlaubstrip
- 22.15 hessenschau
- 22.30 Das Netz – Prometheus
- 0.00 Denen man nicht vergibt. Western, USA 1960. Regie: John Huston. Mit Burt Lancaster, Audrey Hepburn
- 1.55 Seitensprung mit Freunden

WDR

- 18.00 WDR aktuell / Lokalzeit
- 18.15 Hogräfer & Binkenstein
- 18.45 Aktuelle Stunde
- 19.30 Lokalzeit
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Tatort: Verrat. D/A/CH 2002
- 21.45 WDR aktuell
- 22.15 Polizeiruf 110: Mörderische Dorfgemeinschaft. D 2019
- 23.40 Tatort: Schussfahrt. D 1980
- 1.10 Völlig losgelöst – Der EM-Roadtrip (4–7/7)

NDR

- 18.00 Ländermagazine
- 18.15 Rentner im Job – Der Ruhestand kann warten
- 18.45 DAS!
- 19.30 Ländermagazine
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Visite
- 21.15 Panorama 3
- 21.45 NDR Info
- 22.00 Tatort: Was bleibt. D 2023
- 23.30 Kreuzfahrt auf neuem Kurs – Schrottplatz oder Jungfernfahrt?
- 0.00 Tanja – Tagebuch einer Guerillera
- 1.25 Tatort: Was bleibt. D 2023

RBB

- 18.00 rbb24
- 18.15 Raus aufs Land
- 18.45 Brisant
- 19.30 rbb24 Abendschau
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Wir wollen reden – Der rbb-Bürgertalk

- 21.15 24h Rummelsburger Bucht
- 21.45 rbb24
- 22.00 Blue Moon
- 0.00 Ohjaal! Sex lieben
- 0.30 Der Antenne Stammtisch – Die Gesprächsrunde in der Region
- 1.40 Planet der Liebe

MDR

- 18.10 Brisant Classix
- 19.00 MDR Regional
- 19.30 MDR aktuell
- 19.50 Mit Herz und Land – Mitteldeutsche Hofgeschichten
- 20.15 Umschau
- 21.00 Ein Erdrutsch und die langen Folgen: Der Concordia-see
- 21.45 MDR aktuell
- 22.10 Angela Merkel – Im Lauf der Zeit
- 23.40 Polizeiruf 110: Die letzte Kundin. DDR 1987
- 1.00 Rentnerrops: Volle Kraft voraus. D 2023

PHOENIX

- 13.00 Alles was Recht ist
- 13.45 Alles was Recht ist
- 14.00 phoenix vor ort
- 14.15 Wer ist...? Javier Gerardo Milei
- 14.30 Jagen, shooten, posten – Mit jungen Jägern unterwegs
- 15.00 Soldat in vier Wochen? D 2023
- 16.00 Rätselhaftes Paris
- 16.45 Rätselhaftes Paris
- 17.30 phoenix der tag
- 18.00 Dokumentation
- 18.30 1491 – Amerika vor Kolumbus (1–2/4)
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 1491 – Amerika vor Kolumbus (3–4/4)
- 21.45 heute-journal
- 22.15 Shattered – Reise in eine stille Vergangenheit
- 23.45 Die einsamen Helden – Lebensretter in Zeiten des Todes
- 0.30 1491 – Amerika vor Kolumbus



Wer scheitert als nächstes?

England hat mit guten Spielern das Finale verloren. Über Trainer Gareth Southgates Zukunft wird diskutiert

Von **Johannes Kopp**

Schon wieder nichts! Man blickte im Berliner Olympiastadion auf der Seite, wo die Engländer nach dem Abpfiff standen, in leere Gesichter und leere Hände. Kein Siegershirt, kein Pokal, nichts. So vergrub Torhüter Jordan Pickford sein Gesicht in seine Hände. Der Geschichte des englischen Scheiterns wurde ein weiteres Kapitel angefügt. Dass das Team in den letzten Jahren dem Titeltraum vermehrt so nahe wie nie zuvor kam, macht das Ganze nur noch schlimmer. Der 30-jährige Stürmerstar Harry Kane, der weiter titellos bleibt in seiner Karriere, verkörpert die englische Trostlosigkeit in höchster Vollendung.

Während des Turniers hatte Trainer Gareth Southgate versucht, das Narrativ zu stärken, jede Erfahrung des Scheiterns bringe einen weiter und irgendwann ans Ziel. Und jede Schwierigkeit, die es bei dieser EM in Überzahl gab, kräftige die eigene Widerstandsfähigkeit.

Nun am Sonntag musste er sich ein wenig revidieren. Diese Verlängerungen gegen die Slowakei und die Schweiz hatten doch Kräfte gekostet, wie er einräumte. Obwohl England den Vorteil des leichteren Turnierbaums hatte, hängelte man sich mit Mühe und häufig in letzter Sekunde weiter nach oben. Die zähen Spielverläufe wurden durch die Risikoscheu Southgates begünstigt. Und mit der Mär von der Widerständigkeit hat man sich auf englischer Seite viel Sand in die Augen gestreut. Dass im Viertelfinale der Schweizer Xherdan Shaqiri einen Eckball drei Minuten vor Ende der Verlängerung an die Latte setzte, das kann sich das englische Team genauso wenig auf seine Fahnen schreiben wie die erfolgreiche Verteidigungsschlacht in den letzten Minuten der Verlängerung gegen die Slowakei.

England hat tolle Spieler, wie Southgate mit Blick auf die Zukunft noch einmal zu Recht feststellte. Umso nachdenklicher stimmte es aber gerade die heimische Presse, wie häufig das Team auf den Faktor Glück angewiesen war. Mit dem englischen Ergebnis könnte man trotz der großen Geschichte des Scheiterns zufrieden sein, mit der Entwicklung aber nicht.

So kam natürlich nach dem verlorenen Finale die Frage nach der Zukunft von Gareth Southgate auf. Wird er bei der WM 2028 wieder auf der englischen Bank sitzen? Der 53-Jährige sagte: „Es ist schwer, nach einer solchen Niederlage darüber nachzudenken.“ Er machte es dann aber doch und wägte die Pro- und Contra-Argumente ab. England zwei Mal hintereinander ins EM-Finale zu bringen, das sei vor ihm noch niemandem gelungen, führte er einerseits ins Feld. Man sei aber nach Deutschland gekommen, um das Turnier zu gewinnen. Das habe man nicht geschafft. Er wolle sich nicht öffentlich erklären, bevor er nicht mit den Verantwortlichen des Verbands gesprochen habe.

Gerade angesichts der deutlichen Unterlegenheit gegenüber den Spaniern, spricht einiges für einen Neuanfang. Es ist gut möglich, dass der Verband wieder wie einst mit dem Italiener Fabio Capello auf eine ausländische Lösung setzt. England hat ein Trainerproblem. Die besten sechs Teams der Premier League in der vergangenen Saison wurden alle von ausländischen Fachkräften betreut.



Kein Abschied!
Der entscheidende Treffer durch Mikel Oyarzabal
Foto: dpa

All hail to the Reyes de Europa

Spanien ist unumstrittener Thronnachfolger des letzten Europameisters Italien. Das ist innerhalb dieses eher überraschungsarmen Turniers eine sehr besondere Nachricht

Aus Berlin **Johannes Kopp**

Als Nico Williams zur letzten Pressekonferenz dieses Turniers kam, hatte er seine Trikotnummer getauscht. Auf dem Rücken trug er nun die Vier, die für die Anzahl der EM-Titel steht, die Spanien jetzt bislang gewonnen hat. So viele wie keine andere Nation (Deutschland steht bekanntlich bei drei Titeln). Und drüber stand „Reyes de Europa“: „Könige Europas“.

Im spanischen Fußball hat man jenseits von Real Madrid ein Faible für königliche Gefühle und lebte sie auch im Berliner Olympiastadion in Gegenwart des spanischen Königs Felipe VI. ungeniert aus. Aber dass das spanische Nationalteam zu so einem unumstrittenen Thronnachfolger des letzten Europameisters Italien werden sollte, ist innerhalb dieses eher überraschungsarmen Turniers eine sehr besondere Nachricht. Vor dem Eröffnungsspiel zählten die Experten das Team eher zum erweiterten Favoritenkreis.

„Beste Mannschaft im Turnier“ und „verdienter Sieger im Finale“, räumte Englands Trainer Gareth Southgate ohne Umschweife ein, auch wenn der entscheidende Treffer zum 2:1 durch Mikel Oyarzabal erst in der 86. Minute fiel. Ihr Meisterstück fertigten die Südeuropäer in der zweiten Hälfte dieses Finales. Denn in der ersten Halbzeit schien dieses hochgelobte Ensemble völlig entzaubert zu sein. Nicht einen Schuss auf das englische Tor hatten die Offensivkünstler, die in allen Spielen zuvor immer irgendeine Lücke gefunden hatten, abgegeben. Es waren die unansehnlichsten spanischen Fußballminuten dieser EM.

Was aber viel schwerer wog, war der Verlust von Rodri, der sich kurz vor der Pause bei einer Rettungsaktion verletzte.

Seine Bedeutung für das spanische Spiel wurde von Trainer Luis de la Fuente in den letzten Wochen in so unermesslichen Höhen veranschlagt, dass in diesem Moment selbst der neutrale Beobachter Mitleid bekommen musste.

Rodri, der von der Uefa zum besten Spieler dieser Europameisterschaft gekürt wurde und den de la Fuente an diesem Abend am liebsten umgehend auch zu Europas Fuß-

Folgt nun bei den Männern wieder eine Ära der Dominanz wie zwischen 2008 und 2012?

baller des Jahres gekürt hätte („Ich möchte den Ballon d'Or für ihn“), wird vom Trainer als Regulativ geschätzt. Als einer, der den mitunter jugendlichen Überschwang von Williams und Lamine Yamal, der mit dieser EM berühmt gewordenen Flügeltanze, im richtigen Moment einzubremsen versteht.

Genau deren Unbekümmertheit und juvenile Kraft brachte Spanien unterdessen wieder zu ihrem etwas verloren gegangenen Selbstverständnis zurück. Die zweite Halbzeit war keine zwei Minuten alt, da nahm der gerade 17 Jahre alt gewordene Yamal den Ball mit Tempo ins gegnerische Drittel mit, bediente Williams, der mit seinem schwächeren linken Fuß die Führung erzielte. Von da an schien der Knoten geplatzt, die spanischen Chancen häuften sich. Und selbst der etwas überraschende englische Ausgleichstreffer durch Cole Palmer (73.)

sorgte nur kurzzeitig für Irritationen. Die Spanier behielten die Initiative und wurden dafür spät belohnt.

Wie schon im Viertelfinale gegen Deutschland Pedri problemlos ersetzt wurde, gelang dies im Finale gar im Fall des vermeintlich unersetzlichen Rodri. Martin Zubimendi, der für Rodri kam, habe eine „sensationelle zweite Halbzeit“ gespielt, lobte de la Fuente. Er habe eine Frische mit hereingebracht. Dass sein Team insgesamt frischer in der zweiten Halbzeit wirkte, sei vielleicht der größte Unterschied gewesen. Das Team in seiner ganzen Breite funktionierte an diesem Abend als Selbstregulativ. „In Momenten, als England eigentlich sehr gut gespielt hat, haben meine Spieler ihre Aufgaben sehr gut interpretiert. Sie wussten, wie sie Lösungen implementieren konnten“, schwärmte ihr Coach.

Der 63-Jährige hat in den vergangenen viereinhalb Wochen ohnehin die größten Elogen auf sein Team gehalten. Wenige vermögen es, so viele Superlative in einem Satz unterzubringen wie er. Europameisterschaft hin oder her, de la Fuente bilanzierte am Sonntagabend: „Ich denke, ich habe die besten 26 Spieler der Welt. Es sei eine Generation von Spielern, die „eine tolle Zukunft vor sich haben und Geschichte schreiben können.“

Der Coach wies ein weiteres Mal auf sein tiefes Insiderwissen hin, das ihn begünstige, Prognosen zu treffen. Als früherer Juniorennationaltrainer hat er den Weg vieler Spieler schon seit Langem begleitet.

Für Außenstehende ist der Abstand, den Spanier bei dieser Europameisterschaft zur Konkurrenz markierte, jedoch überraschend. Zwar fühlten sich etliche deutsche Fans im

Berliner Olympiastadion wohl als heimlicher Europameister, weil es einzig der DFB-Elf gelang, den Spaniern in einer Partie Paroli zu bieten. Sie hatten es Marc Cucurella immer noch nicht verziehen, dass er sich von Jamal Musiala im Strafraum hatte anschließen lassen. Elfmeterwürdig, wie sie glaubten, weshalb sie ihn wieder auspfiffen.

Die Konstanz der Spanier in diesem Turnier ist indes verblüffend gewesen. Nicht ein Spiel haben sie verloren. Mit den Qualitäten und der Geschwindigkeit von Nico Williams und Lamine Yamal, der zum besten jüngsten Spieler der EM gewählt wurde, haben sie ihren Ballbesitzfußball um eine neue Facette bereichert, auf die ihre Gegner bislang keine Antwort finden konnten.

Weil die Weiterentwicklung einer eigenen Fußballidee in Spanien schon seit Jahren eng und systematisch mit dem Ausbildungssystem verknüpft ist, kann man die Ausgangslage derzeit als höchst komfortabel bezeichnen. So konnten auch die spanischen Fußballerinnen vergangenen Jahr Weltmeisterinnen werden. Folgt nun bei den Männern wieder eine Ära der Dominanz wie zwischen 2008 und 2012, als das Team zwei Mal Europameister und ein Mal Weltmeister wurden?

In der Euphorie des Erfolgs hat sich schon mancher unerschlagbar gefühlt. Erinnert sei an Franz Beckenbauer nach dem WM-Titel 1990. Der 22-jährige Nico Williams konnte am Sonntagabend in den Katakomben des Berliner Olympiastadions einen gewissen Tatendrang nicht verhehlen, aber formulierte es vorsichtiger: „Wir haben hier jedes Spiel gewonnen. Jetzt sind wir für die nächste Herausforderung bereit.“

ZEITUNG IN DEN BESTEN HÄNDEN:

VIELEN Die taz gehört keinem Konzern, sondern 23.000 Genossenschafts-Mitgliedern



10 WOCHEN NUR 10 EURO TAZ.DE/ABO

taz zeitung für morgen

Vom Plateau de Beille
Tom Mustroph

Wann hat man das schon, dass Verlierer mit ihrer Niederlage nicht hadern, sondern stolz sind? Radprofi Jonas Vingegaard sorgte auf dem Plateau de Beille für einen dieser seltenen Momente. Eine Minute und acht Sekunden kam er hinter Tadej Pogačar ins Ziel. Im Radsport ist das eine Ewigkeit.

Seine erste Tour de France gewann Pogačar vor Landsmann Primož Roglič nur mit insgesamt weniger als einer Minute. Das betont die Extraleistung des Slowenen am Sonntag. Etwa fünf Kilometer vor dem Ziel ließ er den Titelverteidiger aus Dänemark förmlich stehen. Der hatte den ganzen Tag über sein Team Visma-Lease a Bike eingesetzt, um eine eigene Attacke vorzubereiten. Er trat auch an. Pogačar aber folgte leichtfüßig.

Der Slowene gab später zu, in diesem Moment selbst am Limit gewesen zu sein. Er kaschierte das aber mit seinem üblichen Jungenslächeln. Und als er sich am Hinterrad erholt hatte, zog er selbst von dannen.

Vingegaard war geschlagen. Mehr als drei Minuten liegt er schon im Gesamtklassement zurück. Er sagte dennoch: „Ich bin stolz auf meine Leistung und auch stolz auf die des Teams.“ Er fügte hinzu: „Das heute war eine meiner besten Leistungen in meiner Laufbahn.“ Diese Bestleistung war zwar nicht gut genug für Pogačar, aber in der Liste der Allzeitbesten platzierte er sich an Position zwei, noch weit vor dem bisherigen Spitzenreiter Marco Pantani.

Der hatte bei seinem Double-Ritt 1998 43:28 Minuten gebraucht. Vingegaard war mehr



Jonas Vingegaard und Tadej Pogačar machen die Tour de France unter sich aus. Mit deutlichen Vorteilen für den Slowenen Foto: imago/Belga

Bei der Tour hagelt es Rekorde wie noch nie

Jonas Vingegaard und Tadej Pogačar prägen nicht nur diese Frankreich-Rundfahrt. Mit Bestmarken, die bisher unter Dopingverdacht standen, sorgen sie für sporthistorische Marken

als zwei Minuten schneller. Und Pogačar toppte das um 3:44 Minuten. Der Tagesdritte Remco Evenepoel lag ebenfalls noch unter der Bestzeit von Pantani. Die Heroen der Vergangenheit werden also bei dieser Tour abgeschüttelt.

Pogačar ragt da heraus. Er lieferte bei dieser Tour eine ganze Serie von Rekordfahrten. Schon am Vortag, als er in Pla d'Adet

Vingegaard stehen ließ, verbesserte er die alte Bestzeit von Zenon Jaskuła aus dem Jahr 1993 um fast zwei Minuten. Der Pole, damals Gesamtdritter der Tour, gab später zu, von Koffein und Kortison beflügelt gewesen zu sein. Pantanis Epo-Konsum ist gar kein Geheimnis mehr. Pogačar stellte bei dieser Tour auch noch Rekorde am mythischen Galibier sowie der stei-

len San Luca-Rampe bei Bologna auf. Da war Vingegaard zeitgleich mit dem Slowenen. Selbst durfte sich der Däne mit dem neuen Rekord am Zentralmassiv-Gipfel Col de Pertus trösten.

Auf dieser 11. Etappe fing er den enteiltten Pogačar noch ein und holte sich im Bergaufsprint den Tagessieg. Es war zugleich der Tag, an dem sich das Pendel mal zugunsten des Dänen

auszuschwingen schien. Davor wie danach aber war Pogačar der Herr im Peloton. Und er ist immer mehr auf dem Wege, es dem Kletterer mit dem berühmten Piratentuch um den Kopf gleichzutun. „Ich bin zwar zu jung, um mich an Pantani zu erinnern, als er noch fuhr. Aber ich würde gern erreichen, was ihm gelang. Denn ich weiß, wie wichtig er für den Radsport in

Italien und in der ganzen Welt war“, sagt der Slowene.

Sein Mut zur Offensive stellt ihn tatsächlich schon jetzt auf eine Ebene mit dem Italiener. „Er könnte im gelben Trikot konservativer fahren, auf die Attacken der anderen warten.

Pogačar stellte zudem Rekorde am Galibier und der San Luca-Rampe auf

Aber er geht selbst in die Offensive. Das ist herausragend“, lobte ihn etwa Rolf Aldag vom Rennstall Red Bull-Bora-hansgrohe.

Vingegaard hingegen bevorzugt den eher abwartenden Stil früherer Grand-Tour-Stars. Immer kompakt bleiben als Team lautet seine Devise. Das trug ihm den Ruf ein, ein Zauderer zu sein. Das ist er natürlich nicht. Er griff ja mehrmals auch selbst an. Und ohne Pogačar wäre er wahrscheinlich der eindeutige Herr dieser Tour de France. Jetzt hat er aber einen Besseren vor sich.

Und natürlich fragt man sich bei all den tollen neuen Bestleistungen von Vingegaard wie Pogačar auch, welche Faktoren dazu beitragen. Die dritte Tour-Woche dürfte daher im Zeichen von Erklärungsversuchen stehen: Wie schnell sind die Räder geworden, um wie viel aerodynamischer die Bekleidung? Welchen Einfluss hat die Energiebereitstellung durch Ernährung? Aber auch: Was gibt der Markt der leistungssteigernden Substanzen alles her?

Vierter Jubel in Folge für Argentinien

Obwohl Kolumbien die erste Hälfte bestimmte und Messi verletzt raus musste, feierte am Ende die Albiceleste den Gewinn der Copa

Aus Buenos Aires
Jürgen Vogt

Argentiniens Männerfußballmannschaft hat die Copa América 2024 gewonnen. Um kurz vor ein Uhr nachts begann das Hupkonzert in Buenos Aires. Tausende von Hinchas mit hellblau-weißen Fahnen strömten trotz winterlicher Kälte zum Obelisken im Zentrum der Hauptstadt, während sich Trainer und Spieler der Albiceleste im mollig-warmen Miami erschöpft, aber glücklich in den Armen lagen. Es war das vierte Jubelfest in Folge, nach dem Gewinn der Copa América 2021, der Finalissima 2022 und der Weltmeisterschaft 2022.

Auch wenn es nach 90 Minuten null zu null stand, war es ein packendes Finale mit zwei unterschiedlichen Hälften. Doch während die Kolumbianer um Spielmacher James die ersten 45 Minuten dominierten, die Argentinier nicht ins Spiel kommen ließen und Chance um Chance kreierten, gelang ihnen kein Tor.

Nach der Pause stellten die Argentinier ihre Spielweise um und zogen mit weiten Lang- und Querpässen das Spiel auseinander. Die Kolumbianer rannten jetzt meist hinterher und kamen den Rest des Spiels nicht mehr zu wirklich gefährlichen Gelegenheiten, zumal Spielmacher James kaum noch zu sehen war und schließlich ausgewechselt wurde. Der Schreckmoment für Argentinien kam in der 66. Minute, als Lionel Messi sich ohne Einwirkung des Gegners den Knöchel verdrehte und ausgewechselt werden musste. Die Bil-



Am Ende durfte Messi den Pokal in die Höhe recken: Argentinien nach dem Sieg Foto: imago/Agencia-Mex-Sport

der des weinenden Messi auf der Bank mit seinem angeschwollenen Knöchel brannten sich bei seinen besorgten Fans ein.

Dass es torlos in die Verlängerung ging, lag dennoch nur an der mangelnden Chancenverwertung der Argentinier. In der Verlängerung traf dann der eingewechselte Lautaro Martínez acht Minuten vor dem Abpfiff zum entscheidenden und verdienten 1:0.

Kritisch bleibt anzumerken, dass Sängerin Shakira in der 25(!)-minütigen Halbzeitpause einen Auftritt im Stil des Super Bowls hatte, der nicht überall mit Jubel bedacht wurde.

Das Spiel hatte bereits mit saten 100 Minuten Verspätung begonnen, da viele Stadionbesucher trotz ihrer pünktlichen Ankunft vor dem Stadion nicht zu ihren Plätzen gelangen konnten.

Vor den Eingangstoren spielten sich chaotische Szenen ab. Nach Angaben des südamerikanischen Fußballverbands Conmebol stürmten kolumbianische Fans ohne Eintrittskarten die Drehkreuze am Haupteingang und sorgten für massives Gedränge, woraufhin die Tore geschlossen wurden.

Selbst wenn dies tatsächlich der Auslöser war, war das Sicherheits- und Einlasspersonal

zeitweise völlig überfordert. Um den Druck an den Eingängen zu mildern, wurden sie zeitweise ohne Einlasskontrollen geöffnet. Videos zeigen zahlreiche Besucher, die wegen Kreislauf- und Atemproblemen zusammengebrochen waren und behandelt werden mussten.

Die Copa América, die als Campeonato Sudamericano de Fútbol eigentlich ein Turnier der zehn großen südamerikanischen Länder ist, fand zum ersten Mal in den USA statt. Und während zuvor zehn Teams plus zwei eingeladene Nationalmannschaften drei Gruppen füllten, waren es diesmal

16 Teams beider Subkontinente in vier Gruppen.

Im kleinen Finale um den dritten Platz hatte Uruguay im Elfmeterschießen gegen Kanada gewonnen. Doch was als Testvorlauf für die kommende Weltmeisterschaft 2026 in den USA, Kanada und Mexiko galt, geriet beim großen Finale zum geschilderten Chaos.

Und während Größe und Ausstattung der Stadien gelobt wurden, wurde über die Rasenflächen kräftig geschimpft. Die waren meist kurzfristig angelegt und die Trennlinien zwischen den verlegten Versatzstücken deutlich zu erkennen.

was alles nicht fehlt

Müller sagt Tschüss: Zumindest zur Nationalmannschaft. „Nach 131 Länderspielen und 45 Toren sage ich dem Bundesadler heute Servus.“ So verabschiedete sich Thomas Müller in einem Video in den sozialen Medien. Über 14 Jahre spielte Müller für die deutsche Auswahl. Beim FC Bayern geht es, zumindest vertraglich, noch bis 2025 weiter.

Alcaraz startet Generationswechsel: Carlos Alcaraz dominierte das Wimbledon-Finale gegen Novak Djoković am Sonntag. Zwei Jahrzehnte teilten Federer, Nadal und Djoković – die Big Three des Tennis – den Großteil der Grand-Slam-Titel unter sich auf. Nun hat Alcaraz mit 21 Jahren vier Grand-Slam-Titel und ist damit den großen Drei in Sachen Zeitpunkt sogar voraus. Bei den Olympischen Spielen in Paris könnte er einen weiteren großen Titel erringen, danach warten die US Open.

Cyberangriff bei Olympia: Die Veranstalter der Olympischen Spiele in Paris müssen sich auf verstärkte Cyberangriffe gefasst machen. Das geht aus einer Studie der renommierten Cybersicherheitsexperten von WithSecure aus Finnland hervor. Aufgrund der geopolitischen Spannungen bestehe ein erhöhtes Risiko. Als wahrscheinlichste Quelle der Cyberangriffe machen die Studienautoren Russland aus. Vor allem staatliche Akteure verfügen über die Fähigkeit und den Vorsatz, die Olympischen Spiele und den Ruf Frankreichs nachhaltig zu schädigen.

Wasser marsch! Vielleicht!

Ein Brand. Die Feuerwehr greift ein. Oder doch nicht. Erst einmal gibt es Verhandlungen ...

Von **Oliver Domzalski**

„Wir haben eine Einigung!“ Als Oberbrandmeister Rolf Degenschmidt um vier Uhr früh vor die Presse tritt, sieht man ihm die Erschöpfung, aber auch die Erleichterung an. „Die Verhandlungen waren hart“, berichtet er, „und wir standen mehrfach kurz davor, abzubrechen und einfach die 112 zu wählen. Aber am Ende haben wir uns zusammengerauft. Die wichtigste Nachricht: Wir sind und bleiben handlungsfähig. Und wir können den Einsatz jetzt konkret vorbereiten.“

Eine junge Reporterin ruft dazwischen: „Aber wieso hat das so lange gedauert? Das Haus brennt schließlich seit gestern Abend.“ Gönnerhaft wendet Degenschmidt sich ihr zu. „Wir haben die Lage vollkommen unter Kontrolle. Und es war noch nie gut, etwas zu überstürzen.“

Eine weitere Frage schallt durch den Raum: „Aber wird der Schaden nicht immer größer?“ Mit mühsamer Beherrschung antwortet der Oberbrandmeister: „Junger Mann, das Thema Brandschutz sollten Sie wirklich den Profis überlassen. Und diese Profis müssen sich jetzt um die erforderlichen Maßnahmen kümmern. Schließlich liegt das Thema Feuer uns allen am Herzen. Richtig verstandene Feuerbekämpfung nützt vor al-



Im Idealfall wird der Brand nach kurzer Zeit gelöscht. Aber es kann auch ganz anders kommen Foto: dpa

lem kommenden Generationen. Aber alles in Maßen.“

Als nächstes tritt die Vorsitzende der Handwerkerinnung vor die Mikrofone. Sie wirkt hochzufrieden. „Sie sehen mich glücklich. Den wirtschaftlichen Notwendigkeiten wird Rechnung getragen. Und das ist eine gute Nachricht für die gesamte Wirtschaft. Wirtschaft ist zwar nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts.“

Frage: „Haben Sie nicht auch eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung? Da brennt gerade ein Haus ab! Und die Zukunft einer Familie!“

„Unserer Verantwortung werden wir selbstverständlich gerecht. Wir sperren uns keineswegs gegen angemessenes Löschen. Und ich darf Sie daran erinnern, dass man abgebrannte Häuser wieder aufbauen kann. Schöner, größer,

moderner. Dafür stehen unsere Handwerksbetriebe, die so dringend auf Aufträge angewiesen sind, um die Arbeitsplätze zu erhalten.“

Schließlich kommt der Bürgermeister zu Wort. Er wirkt bedrückt. „Ich hätte gerne einen früheren Löschbeginn gesehen. Aber die Gespräche mit den Anwohnern waren hart. Sie wiesen erstens auf die unzumutbare Ruhestörung durch nächtliches Löschen

hin. Und zweitens auf die positiven Helligkeits- und Wärmeeffekte des Feuers auf ihre eigenen Häuser. Einige wollten sogar, dass wir noch Öl ins Feuer gießen, damit es bei ihnen drei oder vier Grad wärmer wird. Aber wir haben durchgesetzt, dass 1,5 Grad das Ziel bleiben. Wichtig war uns auch, den Eltern

„Das ist bitter für die Hauseigentümer. Aber es werden nie alle zufrieden sein“

gerecht zu werden. Ihre Kinder haben teilweise noch nie ein brennendes Haus gesehen. Ein solches Once-in-a-Life-Erlebnis dürfen wir ihnen nicht vorenthalten. Sobald sie ausgeschlafen und gefrühstückt haben, sollen sie sich das Feuer noch ansehen können.“

„Aber was sagen denn die Versicherungen?“ Der Bürgermeister zuckt mit den Achseln: „Ist denen egal. Bei Löschkompromissen zahlen sie grundsätzlich gar nichts. Das ist bitter für die Hauseigentümer. Aber man wird eben nie alle zufriedenstellen können. Und nun lade ich Sie ganz herzlich ein zu neun Uhr am Brandort. Bei Schnitten und heißem Kaffee wird ab neun Uhr gelöscht.“

Kopffäger mit Blödsinn

Wirklich wirksame Ratschläge für den Traumjob

Immer wieder geraten auch wir in der Wahrheit-Redaktion an Stellenbewerber, die in einem Bewerbungsgespräch merkwürdige Verhaltensweisen an den Tag legen. Lange haben wir uns gefragt, woher diese völlig falsche Vorbereitung bloß kommt und wieso diese meist jungen Bewerber sich so seltsam verhalten. Seit Montag wissen wir es genauer: Sie werden von Ratgebern und ihren Tipps vollkommen überwältigt. Denn uns schickte ein selbsternannter „Headhunter und Personalberater“ eine für die Branche typische Pressemitteilung: „Top Flops im Vorstellungsgespräch – diese Fehler kosten Sie den Traumjob.“ Oft seien es „subtile Signale“

die eine „größere Wirkung haben, als man denkt“, schreibt der Kopffäger und gibt vier extrem komplizierte Tipps: „1. Den Smalltalk sinnvoll nutzen, 2. Gewöhnliche Soft Skills und Floskeln nutzen, 3. Falsche Vorbereitung, 4. Gesprächsende richtig umsetzen.“ Wer soll denn damit etwas Vernünftiges anfangen? Dagegen setzen wir unsere vier wenig subtilen, aber verständlichen Tipps für das erfolgreiche Bewerbungsgespräch: 1. nicht rülpsen, 2. nicht furzen, 3. nicht popeln und 4. nicht untenrum kratzen. Mit diesen einfachen, aber enorm wirkungsvollen Ratschlägen ist der Traumjob sicher. Damit kann jeder sogar Wahrheit-Redakteur werden.



Ernst Jordan

Der Hosentaschler

Wenn andere Leute in der Bahn gebannt auf ihre Handys schauen, hole ich den Hosentaschler aus meiner Hosentasche. Er erzählt mir dann ein Märchen, zum Beispiel, wie einmal ein Zauberer kam, von dem sich alle etwas wünschen durften, und alle wünschten sich Geld oder Schönheit oder Klugheit, nur einer, der wollte ein Berg werden, und mit der Zeit vergingen die Menschen und nur der Berg war noch da, und weil er mit seinem Schicksal haderte, wurde er zum Meer – und dann bin ich meistens auch schon da. Oder der Hosentaschler erzählt einfach einen Witz.

So weit ich zurückdenken kann, begleitet mich der Hosentaschler. Beim Fußball verpasste er meinen Torschüssen Effet, damit sie daneben gingen. So wurde ich nicht mehr so oft eingewechselt, denn ich sah dem Rest lieber beim Spielen zu. Dann kommentierte er das Spiel der anderen meisterhaft mit einer Fünfziger-Jahre-Sportmoderatorenstimme, ganz

so wie einst beim Wunder von Bern.

Manchmal war der Hosentaschler gemein. Einmal stieß er mich von der Schaukel, wodurch mir ein doppelter Rückwärtssalto ins Hospital gelang. „Tough Love“ nannte das der Hosentaschler, von dem ich fast täglich neue Wörter lernte. Viel wichtiger als der Wortschatzaufbau aber war: Im Krankenhaus besuchten mich André und Aladin, weil sie hofften, auf dem Gips als Erste zu unterschreiben. Am Ende wurden wir Freunde und blieben es auch.

Wirklich fies war der Hosentaschler nur zu anderen. Von Leuten, die mich geärgert hatten, zeichnete er böse Karikaturen. Wenn sie eine große Nase hatten, zeichnete er sie mit großen Ohren, wenn sie große Ohren hatten, verpasste er ihnen hervorstehende Zähne und so weiter. Denn, erklärte mir der Hosentaschler, wer große Ohren hat, weiß das und wäre von extra großen nicht getroffen, aber wer sich unerwartet mit hervorstehenden Zähnen sieht, zweifelt tagelang an seinem Selbstbild.

Mit solchen Geschichten führte mich der Hosentaschler sicher durch meine Kindheit und Jugend. Nur bei meinen ersten Schritten in Richtung Liebe war er wenig hilfreich. Was aber vor allem an mir lag, denn bevor ich zeigen konnte, dass auf die Frage „Willst du sehen, was ich in meiner Hose habe?“ der Hosentaschler folgte, liefen die meisten Mädchen bereits entzündet fort. Die wenigsten waren hellauf begeistert, die sind mir allerdings am liebsten.

Übrigens habe ich am Anfang gelogen: Wenn andere in der Bahn auf ihre Handys gucken, gucke auch ich mittlerweile oft auf mein Handy. Das ist in Ordnung, denn im Erwachsenenleben zeichnet man weniger Karikaturen und sich mehr verantwortlich für alles und jedes. Außerdem ist der Hosentaschler auch nicht mehr der Jüngste und hat es sich in meiner Fantasie so gemächlich eingerichtet, dass er sie nur noch selten verlässt. Aber wenn, dann lege ich Handy oder Buch sofort weg und höre sehr genau zu, was er mir zu sagen hat.

Spielhölle mit Ohr

Nach Trump-Attentat Gewinn für China-Firma

Nicht hoch genug gelobt werden können die Chinesen. Sie haben als einzige in der Welt verstanden, was die Aktienbörse tatsächlich ist: eine Spielhölle, in der ohne Sinn und Verstand Glücksspiele betrieben werden. Deshalb ist es auch nur gut und richtig, dass nach dem Attentat auf den ehemaligen Orange-Man und jetzigen Ohrenmann Donald Trump die Werte eines chinesischen Unternehmens an der Börse gestiegen sind: „Bloßer Name bringt chinesischer Firma sattes Börsenplus“, meldete gestern die Zockeragentur AFP. Demnach legten die Aktien des Softwareherstellers Wisosoft am Montag an der Börse in Shenzhen um das Tagesmaximum von zehn Prozent zu – und zwar nur wegen ihres Namens. Der Firmenname auf Mandarin lautet Chuan Da Zhi Sheng, was ausgesprochen so ähnlich klingt wie die chinesische Übersetzung des Satzes „Trump gewinnt groß“. Und Gewinn ist das, was hinten herauskommen muss bei Bären und Bullen. Hier zählen doch endlich einmal die inneren Werte, statt solchem Quatsch wie realen Firmendaten und ähnlichem Unfug zu vertrauen. Ein Hoch auf die Zockbörsianer aus dem Land der geistig reglosen Mitte.



Trump-Foto: Reuters



das wetter

Wässerchen

Es war ein Hänfling unter den Molekülen. Und es genoss es, so eins zu sein. Leichter als eine Feder, flutschte es zart wie ein Hauch längs jeder Stromschnelle, jede Kaskade nahm es behänd. Das Wässerchen war leichtfließend wie kein zweites und niemand, aber auch niemand wagte es aufzunehmen, mit ihm, dem Eau de Cologne aller weltweiten Wasser. Kein anderes Element konnte es trüben. So nun vergingen die Jahre und viel, viel Wasser floss und floss und floss. Nur das Wässerchen, das hielt geschickt an sich. Chapeau!

fisch des tages

Zungenbrecher ziehen Zungen zusammen, zu zuzige Zungenbrecher zerausen Zungen. Und was lasen wir da am Montag bei der Zungenbrecheragentur dpa? Nein, nicht „Fischers Fritze fischt frische Fische, frische Fische fischt Fischers Fritze“, auch nicht „Auf den sieben Robbenklippen sitzen sieben Robbensippen, die sich in die Rippen stippen, bis sie von den Klippen kippen“. Sondern schlicht: „**Hungriger Heuler holt sich Fisch an Fischtreppe**“. Voll zweeit!

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag. Herausgeb.: taz die tageszeitung. Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift: Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Barbara Junge, Ulrike Winkelmann, Katrin Gottschalk (stellv.)
Chefreporter: Peter Unfried

Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7, 28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, 030 | 25 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes: Ulrike Winkelmann
LeserInnenbriefseite: Gaby Sohl
Anzeigen: Sönke Tümmler
Berliner Lokalteil: Marie Frank | alle Berlin
Regionalteil Nord: Jan Kahlcke | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf: taz-Anzeigenabteilung, Friedrichstraße 21
Telefon: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführerinnen: Aline Lüllmann, Andreas Marggraf
Gesellschafter: taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand: Pascal Beucker, Redakteur | Anne Fromm, Redakteurin | Aline Lüllmann, Kauffrau | Andreas Marggraf, Kaufmann | Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

Aufsichtsrat: Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, Bielefeld | Hermann-Josef Tenhagen, Journalist, Berlin | Nina Schoenian, Kauffrau, Berlin

Druck: auf PALM Recyclingpapier: A. Beig Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG, 25421 Pinneberg | prima Rotationsdruck Nord GmbH & Co. KG, 19243 Wittenburg | MDV GmbH & Co. KG, 35390 Gießen

Abo-Service: 030 | 25 902 590

9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.

Fax: 030 | 2 59 02-680

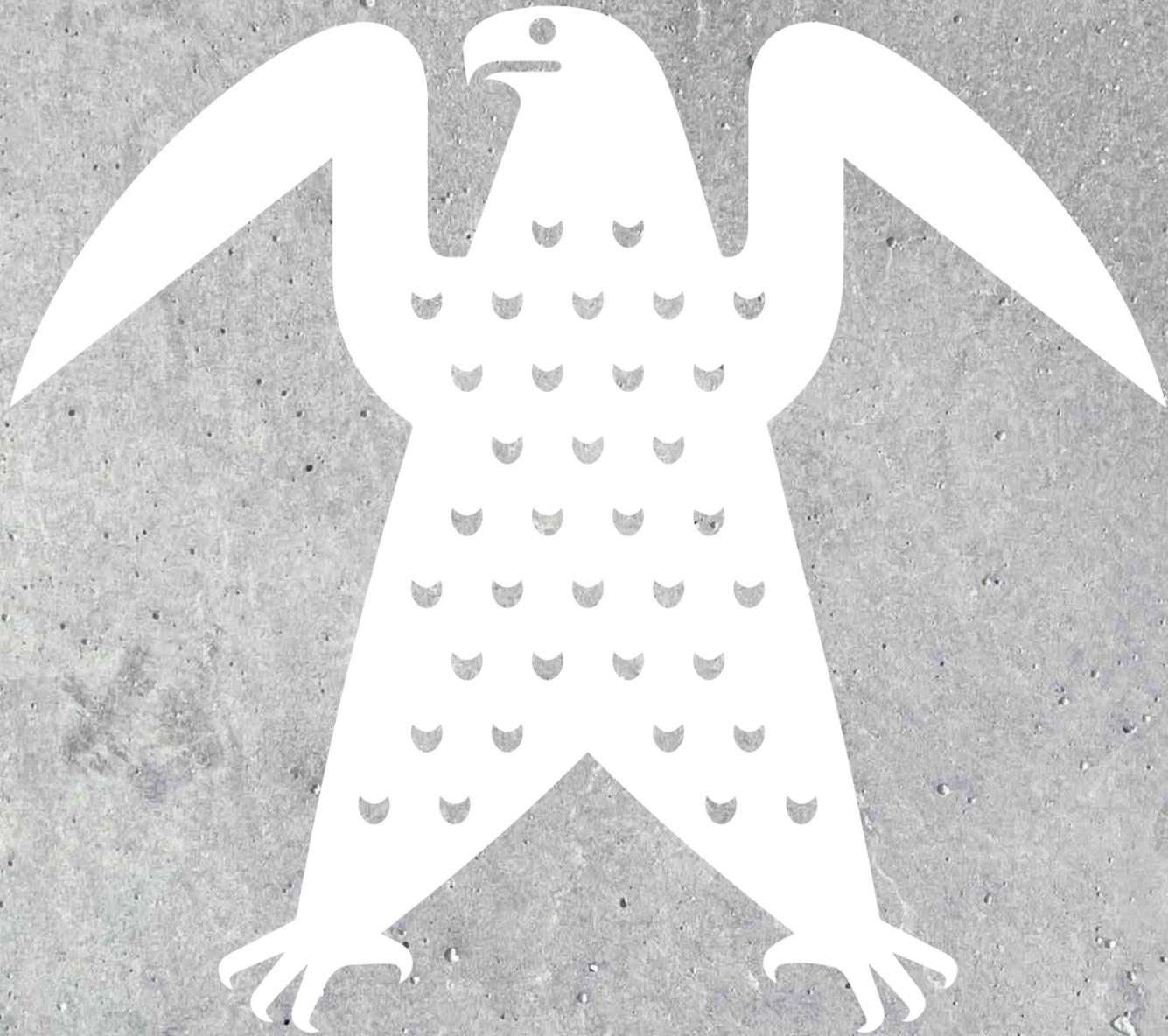
E-Mail: abo@taz.de

Abo-Nummer nicht vergessen!

Mtl. Mindestpreis regulär 42,80 €



bundes **talk** 



bundestalk

Was können wir von Frankreich lernen?

Das demokratische Spektrum schaffte es, einen rechtsextremen Wahlsieg abzuwenden. Können das die anderen EU-Länder auch? Darüber diskutiert **Bernd Pickert** mit **Tanja Tricarico**, **Rudolf Balmer** und **Sabine am Orde**.

Jetzt hören!



Wohnen ohne Profitzwang: Gewobag-Block in Reinickendorf
Foto: Jürgen Ritter/imagio

Experte für Neuland

DWE beauftragt renommierten Anwalt mit Erarbeitung eines Vergesellschaftungsgesetzes

Von Erik Peter

Die Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen (DWE) hat am Montag mitgeteilt, die Berliner Kanzlei Geulen & Klinger mit der Erarbeitung eines Vergesellschaftungsgesetzes beauftragt zu haben. Den Schritt, ein eigenes Gesetz zu erarbeiten, um auf dessen Grundlage einen neuen Volksentscheid zu starten, hatten die Mietenaktivist:innen im vergangenen Herbst angekündigt. Über ein Crowdfunding hatte die Initiative dafür mehr als 100.000 Euro eingesammelt.

Die Kanzlei ist spezialisiert auf öffentliches Recht, insbesondere hinsichtlich verfassungsrechtlicher Fragen. Als federführender Anwalt agiert Remo Klinger. Er hat vor allem für die Deutsche Umwelthilfe viele maßgebliche Klimaurteile erstritten, darunter das maßgebliche Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das 2021 Klimaschutz Verfassungsrang zubilligte. Auf dieser Grundlage gelang es der Umwelthilfe und Klinger seitdem immer wieder, die Regierung aufgrund mangelhaften Klimaschutzes vor sich herzutreiben.

„Remo Klinger ist Experte darin, verfassungsrechtliches Neuland zu erschließen. Er ist der Mann der Stunde“, sagt DWE-Sprecher Achim Lindemann zur taz. Der „Mann der Stunde“ selbst lässt sich mit den Worten zitieren: „Die Vergesellschaftung ist ein Instrument, das spannende Möglichkeiten bietet, um der Wohnungskrise in unseren Großstädten etwas entgegenzusetzen.“ Klinger ist gleichwohl nicht allein verantwortlich, sondern arbeitet zusammen mit weiteren Anwält:innen der Kanzlei und einem juristischen Beirat der Initiative.

Laut Lindemann laufe die Arbeit seit Monaten und komme gut voran: „Wir sind tief in den Einzelfragen.“ Regelmäßig beraten Anwälte und Beirat in einem Jour fixe, um sich „über Fortschritte und Baustellen auszutauschen“. Immer wieder würden auch externe Rechtsexpert:innen herangezogen, um der „komplexen“ Materie gerecht zu werden.

Das beabsichtigte Gesetz, das die zu vergesellschaftenden Bestände bestimmen und Art und Ausmaß der Entscheidung regeln soll, „berührt Fragen des Verfassungs-, Grundstücks- oder Haushaltsrechts“, sagt Lindemann. Zudem würde zusätzlich ein zweites Gesetz erarbeitet, das festlegt, wie die vergesellschafteten Wohnungen verwaltet werden sollen.

Entgegen der ursprünglichen Hoffnung wird der Prozess in diesem Jahr noch nicht abgeschlossen sein. „Wir arbeiten lieber gründlich als schnell“, so Lindemann. Ziel ist es, mit einem wasserdichten Gesetz in einen neuen Volksentscheid zu gehen.

Mit dem ersten erfolgreichen Entscheid 2021 war der Senat aufgefordert worden, die Vergesellschaftung der privaten Wohnungskonzerne mit mehr als 3.000 Wohnungen in der Stadt in die Wege zu leiten. Der demokratische Mehrheitswille wird indes seit Jahren verschleppt und von CDU und SPD politisch abgelehnt. Dagegen würde ein fertiges Gesetz als Grundlage eines Volksentscheids mit dem Tag seiner Annahme in Kraft treten.

So billig könnte deine Wohnung sein

Eine neue Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung zeigt: Für günstige Mieten braucht es vor allem Eigentümer:innen, die nicht auf Profit aus sind. Neubau und Modernisierung bleiben herausfordernd

Von Jonas Wahmkow

Wie hoch darf eine faire Miete in Berlin sein? Ist es die im Mietspiegel festgehaltene ortsübliche Vergleichsmiete, die 2024 im Mittel bei 7,21 Euro nettokalt pro Quadratmeter lag? Oder sollte sie, wie die 30-Prozent-Faustregel nahelegt, nicht mehr als ein Drittel des Einkommens betragen? Oder ist eine Wohnung das wert, was Menschen bereit sind zu zahlen? Das wären rund 15 Euro pro Quadratmeter, wenn man die durchschnittlichen Angebotsmieten in Berlin betrachtet.

Die Autor:innen der Studie, „Keine Profite mit der Miete“, die am Montag bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Friedrichshain vorgestellt wurde, haben einen weiteren Vorschlag: Der Preis fürs Wohnen sollte nicht höher sein als die Kosten, die es verursacht. Und die sind gar nicht mal so hoch, wie die vier Autor:innen um den Stadtsoziologen Andrej Holm nachrechneten. Das Ergebnis: Mehr als 5,42 Euro netto kalt pro Quadratmeter müsste Wohnen nicht kosten. Dabei sind Instandsetzung, Modernisierungen und eine zuverlässige Verwaltung schon mit begriffen.

Die Ergebnisse der Studie dürfte besonders Enteignungs-

Befürworter:innen freuen: „Eine Vergesellschaftung großer Wohnungsbestände mit dem Ziel, Wohnungen nach Kostenmieten zu bewirtschaften, könnte die Mietpreisspirale stoppen“, sagt Alrun Kaune-Nüßlein, Sprecherin der linksparteinahen Stiftung.

Um den Wert zu ermitteln, verglichen die Autor:innen drei Fallbeispiele, in denen Unternehmen schon jetzt Immobilienbestände ab-

„Es müssen andere Wege der Finanzierung her“

Sebastian Gerhardt, Autor

seits von reinem Profitinteresse verwalten. Untersucht wurden die sechs landeseigenen Wohnungsbauunternehmen (LWU) und eine Auswahl an vier Genossenschaften aus Berlin. Dazu das städtische Unternehmen Wiener Wohnen, das in der österreichischen Hauptstadt 210.000 Wohnungen verwaltet. Mit seinem hohen Anteil an kommunalen günstigen Wohnungen gilt Wien international

als Positivbeispiel für soziale Wohnungspolitik.

Die Autor:innen analysierten, wie sich die Bestandsmieten im Jahr 2022 bei den einzelnen Unternehmen zusammensetzten – darunter Personalausgaben, Instandsetzungskosten, Zinsen und weitere Betriebskosten – und bildeten dann einen Mittelwert. Dabei stießen sie auf interessante Unterschiede. So sind die Ausgaben der Genossenschaften für Instandsetzung deutlich höher als die der kommunalen Unternehmen. „Die Wohnungsbaugenossenschaften sind sehr auf die Zufriedenheit der Mieter:innen orientiert“, erklärt Autorin Itziar Gastaminza Vacas. Kostenintensiver Neubau sei hingegen kein Unternehmensziel.

Anders als bei Berlins LWU: Die vergleichsweise hohe Durchschnittsmiete erklärt sich auch durch die ambitionierten Neubaulziele. Da die Unternehmen wirtschaftlich bleiben müssen, werden die Neubauvorhaben mit den Bestandsmieten quersubventioniert. „Im Moment gilt die Logik: Wir müssen Mieten erhöhen, wenn wir ankaufen und neu bauen wollen“, sagt Andrej Holm. Das Argument, dass Neubau die Bestands-

mieten durch eine Entlastung des Marktes senken würde, werde innerhalb des Unternehmens ins Gegenteil verkehrt.

Die Wiener Wohnen hingegen ist explizit nicht zur Wirtschaftlichkeit verpflichtet, sondern soll in erster Linie günstigen Wohnraum bereitstellen. Neubau lagert das kommunale Unternehmen an ein Tochterunternehmen aus. Bei Bestandsmanagement und Neubau handelt es sich in Wien um komplett unabhängige Finanzierungskreisläufe.

Ein Modell, das sich die Autor:innen auch für Berlin vorstellen können: „Es müssen andere Wege her, Modernisierung und Bestandserweiterung zu finanzieren“, fordert Sebastian Gerhardt. Besonders die umfassenden energetischen Sanierungen könnten nicht allein durch Mieterhöhungen refinanziert werden. Aufgegriffen hat die Forderung bereits die Linkspartei. Der Abgeordnete Nikolas Schenker fordert eine Erhöhung des Eigenkapitals der LWU, um Neubau und Modernisierung zu stemmen: „Ein nicht-profitorientierter Wohnungsmarkt ist der Schlüssel, um bezahlbare Mieten darzustellen.“

Plutonia Plarre stieß bei der Eco-Toilette am Kotti auf verschlossene Türen

Bezirksbürgermeisterin prescht vor

Die Holzbude, eine Kombination aus Pissoir, Missoir und Toilette steht auf der Mittellinsel unter der Hochbahn in Kreuzberg. Es ist die einzige öffentliche Toilette am Kottbusser Tor. Unrat umgibt sie, in den Pfützen schwimmt Müll. Alle drei Türen der Toilettenanlage sind verschlossen. Offenbar von außen zugesperrt, weil nicht benutzbar.

Nicht weit weg davon, in einem Souterrain am Kottbusser Damm, hat Friedrichshain-Kreuzbergs Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann (Grüne) an diesem Montag zur Pressekonferenz geladen. Der Anlass: Am Donnerstag

veranstaltet Innensenatorin Iris Spranger (SPD) nach längerer Pause mal wieder einen Runden Tisch zur Situation am Kottbusser Tor.

Herrmann nutzt die Gelegenheit, um vorab die Sichtweise des Bezirks in den Medien zu platzieren. Verkürzt lautet ihre Botschaft so: Bedingt durch Drogenabhängigkeit, Kriminalität und Obdachlosigkeit ist die Situation rund um das Kottbusser Tor seit Jahren schlimm und wird immer schlimmer. Weit über den Kotti hinaus hätten die Beschwerden aus der Anwohnerschaft über die Zustände zugenommen. „Ultraschlimm“ sei die Situation, sagt Ilker

Egilmez vom Verein To.Gather bei der Pressekonferenz.

Die Fördermittel für Maßnahmen zur Problembewältigung reichen vorn und hinten nicht, so Herrmann. Da sei zum einen das Quartiersmanagement, über das jährlich 220.000 Euro Projektmittel im Gebiet um das Zentrum Kreuzberg vergeben werden. Das laufe aber Ende 2027 aus.

Und dann gibt eine Einmalsumme von 250.000 Euro, die der Senat 2023 für den Kotti zur Verfügung gestellt hatte. Das Geld, für gemeinwesenbezogene Sozialarbeit und andere Maßnahmen eingesetzt, sei am Jahresende

verbraucht, sagt Herrmann. Ihre Forderung: Mit punktuell ausgeschütteten Sondermitteln lasse sich die Situation nicht nachhaltig verbessern, es brauche einen ganzheitlichen Ansatz und eine Verstärkung der Mittel und Projekte.

Auch die Eco-Toilette am Kottbusser Tor wird Herrmann zufolge über die Sondermittel finanziert. Was sie nicht sagte: Das Klo auf der Mittellinsel war nie ein Leuchtturmprojekt. Fünf Jahre hatte es gedauert, bis der Bezirk mit der Umsetzung zu Potte kam, angeblich, weil sich keine geeignete Örtlichkeit finden ließ und es vielfältige

technische Probleme gab. Die Eröffnung im Dezember 2022 immerhin wurde mit großem Tamtam bekannt gemacht.

Und heute? Vielleicht war es besser, dass die Toilettenanlage am Montag nicht zugänglich war. Nachfrage am Treffpunkt der Drogenabhängigen auf der anderen Straßenseite: Ist die schon länger zu? „Um Himmels willen“: Ein Mann, weißes T-Shirt, Bierflasche in der Hand, schüttelt sich. Von Anfang an sei das Klo eine Katastrophe. „Daneben geschissen, überall Spritzen, da würde ich nie drauf gehen.“

Interview Seite 23

Barbarossa behält die Autos

CDU, SPD und Linke stellen sich gegen Kfz-Freiheit in Schöneberg

Von **Claudius Proßer**

Autofreies Schlendern und Faulenzen auf dem ganzen Schöneberger Barbarossaplatz? Aus dieser Vision wird wohl nichts: Vergangenen Donnerstag hat sich der Verkehrsausschuss der BVV Tempelhof-Schöneberg gegen die vom Bezirksamt favorisierte Variante der Umgestaltung ausgesprochen, bei der Kraftfahrzeuge den Platz nicht mehr hätten passieren können. Auf der Ost- und Südseite soll der Platz nun für Kfz geöffnet bleiben. Auch wenn ein BVV-Beschluss nicht bindend für das Bezirksamt ist, wird Verkehrsstadträtin Saskia Ellenbeck (Grüne) ihn nicht ignorieren können.

„Wir gehen auf Grundlage der Empfehlung jetzt noch einmal in die Prüfung und werden die Wettbewerbsbedingungen entsprechend anpassen“, sagte Ellenbeck am Montag zur taz. Das müsse schon bald geschehen, denn „der Zeitplan ist eng, und wir wollen das Verfahren in diesem Jahr abschließen“. Die Prüfung sei abzuwarten, „aber es ist davon auszugehen, dass auch künftig Autos auf dem Barbarossaplatz fahren werden“.

Das Verfahren zur Umgestaltung des Platzes zwischen Grunewald-, Hohenstaufen-, Goltz- und Martin-Luther-Straße läuft seit einiger Zeit, angestrebt wird die Umsetzung bis Ende 2026. Das Geld dafür – rund 2,7 Millionen Euro – kommt zu einem Teil aus dem Fördertopf des Landes für mehr Modellvorhaben, die den Fußverkehr verbessern, zum anderen aus dem Bundesprogramm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“. Zur Beteiligung von BürgerInnen gab es sowohl Veranstaltungsformate als auch die Möglichkeit, sich auf der Plattform mein.berlin.de zu äußern.

Zur Auswahl stellte das Straßen- und Grünflächenamt dabei drei Varianten: Alle sehen vor, die Straße auf einer der vier Platzseiten – vor der bezirklichen Volkshochschule – zu entwidmen, sodass FußgängerInnen einen ungestörten Zugang zu der mit einem Brunnen geschmückten Platzmitte haben. Zwei Varianten sehen darüber hinaus eine Sperrung für Autos auf jeweils einem weiteren Viertel des Rondells vor. In der dritten, von Ellenbeck und ihrem Amt favorisierten Variante wäre der gesamte Platz für Autos tabu, Flächen würden entsiegelt, die zuführenden Straßen zu Sackgassen.

„Variante 3 wäre für die Zielsetzungen in Sachen Verkehr, Klimaresilienz und Städtebau die beste“, so Ellenbeck. Tatsächlich hatte diese Variante auch bei den Beteiligungsformaten am besten abgeschnitten, wenn auch nicht überall mit einer breiten Mehrheit. Nun einfach durchregieren und das Votum in der BVV ignorieren, wäre auf Bezirksebene zwar denkbar, gilt aber als schlechter Stil. Und: „Der Verkehrsausschuss hat sich ja für eine der von uns vorgestellten Varianten ausgesprochen“, sagt die Stadträtin, die immerhin hinzufügt, dass solche Beschlüsse „nicht grundsätzlich eins zu eins umgesetzt“ würden.

Im Ausschuss hatten die VertreterInnen von CDU, SPD und Linken in Form einer Beschlussempfehlung an die BVV gegen die völlige Autofreiheit gestimmt, weil diese „nicht zielführend“ sei. Sie argumentierten, bei dieser Variante gingen zu viele Parkplätze verloren. Die Grünen in der BVV kritisierten das Votum scharf, ihre fußverkehrspolitische Sprecherin Annabelle Wolfsturm merkte an, dass vor allem Parkplätze rund um das Platzrondell wegfallen würden, die offiziell gar keine sind.

Sauer ist auch der Sprecher des Vereins FUSS, Roland Stimpel: „Hier hat eine große Koalition der Auto-Populisten gewonnen“, findet er, es hätten sich „ein paar laute Protestierer durchgesetzt“. Verlierer sei „die Mehrzahl der Menschen in der Umgebung. Sie bekommen nicht die grüne Oase, die Kinder und alte Leute brauchen und auch alle anderen gern nahe ihrer Wohnung haben.“

Zivilprotest wirkt

Abschiebung einer Aktivistin der iranischen Freiheitsbewegung erfolgreich verhindert



Frauen, Leben, Freiheit: Demonstration in Berlin Ende 2022 Foto: Jochen Eckel/imago

Von **Susanne Memarnia**

Nach der im letzten Moment verhinderten Abschiebung einer Aktivistin der Frau-Leben-Freiheit-Bewegung aus Berlin Richtung Iran forderte der Linke-Abgeordnete Ferat Koçak eine Überprüfung der Entscheidungsprozesse im Flughafenasyl. „Das war eine krasse Fehlentscheidung. Die Person wäre vermutlich in den Tod abgeschoben worden“, so Koçak am Montag zur taz. Der SPD-Abgeordnete Orkan Özdemir sagte, er sei „erschüttert, dass es in unserer menschenrechtsorientierten Demokratie kein Selbstverständnis ist, Demokratie-Aktivist:innen zu schützen“.

Ende vergangener Woche hatten kurdisch-iranische Gruppen auf eine Schülerin und ihre Großmutter aufmerksam gemacht, die am Flughafen BER im Transitbereich des Abschiebeknastts festsaßen. Sie sollten in die Türkei gebracht werden, von dort wäre ihre „Rückführung“ in den Iran wahrscheinlich gewesen. Ein Antrag auf Asyl war im Flughafenschnellverfahren als „offensichtlich unbegründet“

abgelehnt worden, obwohl die 17-Jährige angegeben hatte, im Iran an Frauenprotesten an ihrer Schule und auf der Straße teilgenommen zu haben.

Die Menschenrechtsaktivistinnen Mina Khani und Daniela Sepehri machten den Fall zusammen mit Pro Asyl über Social Media bekannt. Sie ba-

„Sie wäre in den Tod abgeschoben worden“

Ferat Koçak, Linke

ten Politiker um Unterstützung und riefen dazu auf, die Airline Sunexpress zu kontaktieren, mit deren Flug am Freitag um 17 Uhr die Abschiebung erfolgen sollte. Auch sprachen Aktivist:innen im Terminal Fluggäste an.

„Schließlich kam die erlösende Info, dass das Bundesinnenministerium in der letzten Minute die Abschiebung gestoppt hat“, so Koçak. Die Erleichterung ist auch bei Daniela Sepehri spürbar. „Diese Ab-

schiebung wäre eine Schande gewesen. Dass wir sie verhindern konnten, zeigt, dass in der Zivilgesellschaft sehr viel Power steckt“, sagte sie der taz.

Aus Sicht von Wiebke Judith, der rechtspolitischen Sprecherin von ProAsyl, macht der Fall erneut deutlich, „wie grundsätzlich problematisch das Flughafenverfahren ist“. Dabei muss das Bundesamt für Migration (Bamf) binnen zwei Tagen erklären, dass ein Asylantrag „offensichtlich unbegründet“ ist. Judith: „Bei einer Frau aus Iran, die vorgibt, bei den Frau-Leben-Freiheit-Protesten mitgemacht zu haben, dürfte das gar nicht erst passieren. Ein solcher Fall muss gründlich geprüft werden.“ In vergleichbaren Fällen am Frankfurter Flughafen geschehe dies auch – dort gebe es aber auch eine unabhängige Beratung für die Geflüchteten.

Am BER fehlt eine solche unabhängige Asylverfahrensberatung, der Brandenburger Flüchtlingsrat und Pro Asyl kritisieren das schon länger. „Mit entsprechender Beratung und Hilfe wäre der Fall der beiden Frauen vielleicht anders entschieden

worden“, so Judith. Auch die Entscheidung des Bamf, den Antrag als „offensichtlich unbegründet“ abzulehnen, kann sie nicht nachvollziehen. „Das Bamf hat erklärt, der Vortrag des Mädchens sei unglauwbwürdig und ihr würde im Iran keine Gefahr drohen. Das sehen wir anders.“

Judith kritisiert zudem, dass sich die Anerkennungsquote für Iraner allgemein seit Beginn der Frau-Leben-Freiheit-Proteste im September 2022 nicht wirklich verändert hat. 2021 lag sie bei 38,5 Prozent, 2023 bei 45, im ersten Quartal 2024 bei 39. „Zwar werden Menschen mit hervor gehobener Rolle bei den Protesten schon anerkannt, gerade wenn sie anwaltlich vertreten werden. Aber wir bekommen immer wieder mit, dass Asylanträge von Menschen abgelehnt werden, die erklären, dass sie an den Protesten beteiligt sind.“

Der Abschiebestopp für Iran ist im Januar 2024 ausgelaufen. Laut Pro Asyl wurden 2023 trotz dieses Stopps sieben Personen in den Iran abgeschoben, im ersten Quartal 2024 waren es vier Menschen.

Nächstes Ziel: Olympia

SPD-Innensenatorin Iris Spranger lobt sich und die Polizei für die Fußball-EM

Nach Ende der Fußball-EM in Deutschland hat der Senat sein eigenes Organisationstalent gelobt. Innen- und Sportsenatorin Iris Spranger (SPD) brachte am Montag dann auch gleich die erneute Olympia-Bewerbung ins Gespräch. „Wir haben gezeigt, wir können Sicherheit“, erklärte Spranger. Und: „Berlin hat gewonnen.“ Insgesamt seien während der EM eine Million Menschen auf den Fanzonen unterwegs gewesen.

Bei einer Telefon-Hotline für Beschwerden hätten sich, so die Senatorin, wären über die gesamte Zeit gerade mal 30 Meldungen eingegangen. Sprangers Schlussfolgerung: „Natürlich können wir auch Olympia.“ Zugleich betonte sie, dass Berlin das nur machen könne, „wenn es eine nationale Bewerbung ist

und wenn die Bundesregierung sich so entscheidet“.

Zum sogenannten Wolfsgruß von rechtsextremen türkischen Fans sagte Spranger: „Das sind rassistische Äußerungen, die mit dem Sport nichts gemein haben.“ Die Innenminister wollten sich verständigen, wie man künftig damit umgehe. Auch hier verwies sie gleichwohl auf den Bund: „Das kann aber nur durch die Bundesinnenministerin initiiert werden.“

Die Innensenatorin kündigte an, dass nach der EM nun alle Berliner Polizisten und Feuerwehrleute, „die regelmäßig im Dienst waren“, zwei Tage Sonderurlaub erhalten. Die Gewerkschaft der Polizei zeigte sich erfreut, dass Spranger damit „unserer Minimal-Forderung folgt“. Um angesichts der „hauptstadt-

bedingten Dauerbelastung“ der Beamten die Forderung nach einem zusätzlichen Urlaubstag pro Quartal „als Anerkennung“ für die Leistung hinterherzuschieben.

Polizeipräsidentin Barbara Slowik sprach in ihrer Bilanz von einem „Gesamtkunstwerk aus allen Bereichen der Polizei“. Das Stadion, die Fanzonen und weitere Bereiche seien geschützt worden. Mehrfach habe die Polizei den Einlass unterstützt. Schwerwiegende Vorfälle seien nicht passiert, es habe nur kleinere Ereignisse gegeben, etwa Krawall mit polnischen Fans an der Fanzone mit einigen verletzten Polizisten. Hinzu kam der tödliche Autounfall in Neukölln, der wohl mit einem Fußballspiel der Türkei zusammenhing. (dpa, taz)

Obdachlosigkeit

Neue Wäscherei der Stadtmission

Obdachlose Menschen können ihre Wäsche und Schlafsäcke jetzt bei der Berliner Stadtmission waschen. Das Inklusionsunternehmen „Komm & Sieh“ der Stadtmission hat neben der Kleiderkammer in der Lehrter Straße in Mitte eine Wäscherei für Menschen ohne Obdach eröffnet. Zusätzlich bietet man den Menschen, die auf ihre frische Wäsche warten, kostenlose Beratungsgespräche an. Man wolle „die Gespräche nutzen, um obdachlosen Menschen Wege aufzuzeigen, wie sie ihre Lebenslage verbessern können“, sagte Stadtmissionsdirektor Christian Ceconi. Umsonst ist das Angebot nicht: Eine Wäsche kostet zwei Euro. (dpa)

Anzeige

KLAPPE AUF, GRIPS AN.



Linie 1 ¹⁶⁺ DIE Berlin-Revue von Volker Ludwig
Mit Musik von Birger Heymann und der Rockband „No Ticket“

Ab 17. Juli

Ort GRIPS Hansaplatz, nur mit Kartenreservierung
Tickets & Infos 030 - 39 74 74 - 77
oder www.grips-theater.de



Interview **Marie Frank** und **Claudius Prößer**

taz: Frau Herrmann, der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg hatte vor dem Verwaltungsgericht gegen die Pläne des Senats geklagt, den Görlitzer Park einzuzäunen. Jetzt wurde die Klage abgewiesen, Begründung: Die Berliner Verwaltung könne nicht gegen sich selbst juristisch vorgehen. Und nun?

Clara Herrmann: Wir bedauern die aktuelle Entscheidung des Verwaltungsgerichts im Eilverfahren. De facto kann die Senatsumweltverwaltung jetzt mit dem Bau des Zauns und der Tore in unserem Park beginnen.

Können Sie die Argumentation des Gerichts nachvollziehen?

Nein, gar nicht. Im Ergebnis bedeutet das, dass sich der Senat nicht an Regelungen halten muss, weil die Bezirke keine Möglichkeit haben, gerichtlich auf die Rechtmäßigkeit zu klagen. In der Folge bedeutet das, dass die Bezirke politischer Willkür vonseiten des Senats ausgeliefert sind. Das steht im absoluten Widerspruch zu all dem, was derzeit im Zuge der Verwaltungsreform besprochen wird, Augenhöhe ist das nicht. Wir müssen als Bezirke handlungsfähig sein und unsere Arbeit machen können.

Ist denn der Kampf gegen den Zaun jetzt endgültig verloren?

Aus unserer Sicht greift der Senat hier rechtswidrig in unsere Kompetenzen ein. Wir werden auf der nächsten Bezirksamtssitzung beraten, wie wir darauf reagieren. Ich setze weiter alles daran, dass die Vernunft beim Senat doch noch siegt. Der Görlitzer Park ist keine Insel, sondern liegt inmitten von Wohnkiesen – und wir wollen pragmatische und umfassende Lösungen für die Probleme vor Ort, die über Symbolpolitik hinausgehen.

Sie könnten den Zaunbau weiter torpedieren, etwa bei der Bereitstellung von Flächen für die Baustellen. Wäre das eine Option für Sie?

Nein. Wir torpedieren gar nichts, wir halten uns an Recht und Gesetz. Dieser Zaun ist ein einziges Ablenkungsmanöver davon, dass der Senat in Wirklichkeit keine Verantwortung übernehmen will. Aus den polizeilichen Zahlen zum Wrangelkiez geht hervor, dass die Kriminalitätssituation dort wesentlich dramatischer ist als im Park. Da hilft das Abschließen überhaupt nicht. Aber wir haben ja erlebt, dass der Regierende Bürgermeister in dieser Angelegenheit nicht unbedingt mit Faktenwissen brilliert hat.

Glauben Sie, die AnwohnerInnen stehen hinter Ihnen?

Vor allem im Wrangelkiez sind die Leute hilflos und verzweifelt. Sie leiden unter der organisierten Kriminalität und dem Drogenhandel, der direkt vor ihren Fenstern stattfindet. Aber da helfen keine Law-and-Order-Sprüche, wie sie der Regierende Bürgermeister und die Innensenatorin loslassen. Der Kiez ist kein Freiluftexperiment des Senats, sondern das Zuhause vieler Menschen. Deren Sorgen, dass durch das Abschließen des Parks noch mehr solcher Handlungen in die Hausflure und Hinterhöfe gedrängt wird, nehme ich sehr ernst. Sicher gibt es Einzelne, die sagen: „Na ja, probieren wir es mal aus mit dem Zaun.“ Aber das sind die wenigsten Stimmen, die bei uns ankommen. Die meisten AnwohnerInnen wünschen sich mehr Präsenz und Sichtbarkeit von PolizistInnen zu Fuß im Kiez oder mobile Wachen. Wir brauchen



Fahrraddemo gegen die Senatspläne im Görlitzer Park am Samstag
Foto: Toni Petrasch

„Ich hoffe, beim Senat siegt noch die Vernunft“

Juristisch kann Friedrichshain-Kreuzberg den Zaun um den Görlitzer Park nicht stoppen. Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann (Grüne) will sich aber noch nicht geschlagen geben

wirksame Maßnahmen statt Symbolik.

Am Kottbusser Tor ist die Polizei mittlerweile mit ihrer Wache sehr sichtbar. Wie hat sich da die Lage entwickelt?

Es gibt Gewerbetreibende und AnwohnerInnen, die sagen, die Situation sei besser geworden. Und es gibt Beobachtungen von Anwohnenden und der Sozialarbeit, dass es zu Verlagerungseffekten an andere Orte gekommen ist. Was die Zahlen angeht, lese ich sie so, dass keine massive Verbesserung der Kriminalitätslage eingetreten ist. Um die vielschichtige Problematik am Kottbusser Tor zu lösen, gab es einmalig 250.000 Euro für den Bezirk. Das ist gut, aber eben nicht nachhaltig. Es braucht ein dauerhaftes gemeinsames Handeln aller Akteure, nicht nur mit repressiven, sondern auch sozialen Maßnahmen. Wenn ich die Folgen von Sucht und Obdachlosigkeit bewältigen will, brauche ich eine dauerhafte Finanzierung und Infrastruktur, für aufsuchende Sozialarbeit, für Räume, wo der



Clara Herrmann ist seit 2021 Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg. Die 39-jährige Diplom-Geografin trat bereits zu Schulzeiten den Grünen bei.

Suchtkonsum stattfinden kann. Sonst wird es immer nur darum gehen, die Menschen von einem Ort zum anderen zu schieben.

Eine Notübernachtung gibt es ja nun schon mal.

Ja, mit der „Ohlauer365“ bieten wir als Bezirk in unseren Räumen, umgesetzt durch die Johanniter, ein ganzjähriges Übernachtungsangebot mit Konsummöglichkeit für Menschen mit und ohne Suchterkrankungen an. Dass das hilfreich ist, kann man auch anderswo sehen. Ich habe mir in Zürich und Frankfurt angeschaut, wie es dort funktioniert, und eine ganz starke Säule ist die Schadensminderung, wie sie es in Zürich nennen: Dazu gehören rund um die Uhr geöffnete Räume mit einem akzeptierenden Ansatz, wo die Menschen ihre Drogen auch nachts konsumieren können. Das braucht es in der gesamten Berliner Innenstadt.

Am Kottbusser Tor geht es auch um die Umgestaltung des Stadtraums. Der Bezirk hat da Pläne entwickelt, auch für die Gitschiner Straße, deren nördliche Fahrbahn für Autos gesperrt werden sollte. Bleibt das eine Vision?

Leider ja. Auch beim Thema Stadtumbau stellt uns das Land nicht die notwendigen Ressourcen zur Verfügung. Am Kotti hatten wir eine Studie zum Sicherheitsempfinden in Auftrag gegeben, da erwies sich der Verkehr als zentrales Thema. Im Quartiersrat wurde viel darüber gesprochen, es gab eine Bürgerbeteiligung und Variantenprüfungen. Ergeben hat sich, dass es am sinnvollsten wäre, den Kotti zu einer T-Kreuzung zu machen und den nördlichen Teil als Stadtplatz zu gewinnen.

Wir haben das im Rahmen des Quartiersmanagements angemeldet, aber es wurde vom Senat nicht mit Priorität angenommen. Schade, ich war mit dem Senat bei seinem Besuch im Bezirk extra vor Ort.

Und der Plan, das Hallesche Ufer zur verkehrsberuhigten Promenade zu machen?

Der ist nicht mehr existent, den hat die Autosenatorin Manja Schreiner noch schnell abgeräumt. Dabei wurde das Projekt sogar durch das Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ gefördert. Das Geld war da, das Konzept war da, es hätte sehr schön werden können. Hier hat Ideologie über Realismus gesiegt – leider.

Aber abgesehen davon geht es voran mit der Verkehrswende?

Wo wir können und dürfen, kommt sie voran. Unsere Verkehrsstadträtin Annika Gerold und ihr Team haben ausgearbeitet, wie wir den ganzen Bezirk verkehrlich beruhigen können. Im Ostkreuzkiez, einem wirklich sehr großen Gebiet, erhöhen wir die Sicherheit für FußgängerInnen, indem wir den Durchgangsverkehr reduzieren. Aber da, wo wir den Senat für die Finanzierung brauchen, werden wir vielfach blockiert. Und es wird künftig noch wesentlicher weniger Geld geben: Die Autopolitik der CDU führt dazu, dass uns in den Bezirken der Hahn abgedreht wird. Da müssen wir uns nach kreativen Lösungen umschaun, zum Beispiel nach Fördermitteln, was immer großen zusätzlichen Aufwand bedeutet.

Als ein Leuchtturmprojekt der Verkehrswende bleibt im Augenblick der Bergmannkiez. Wie sieht es da aus?

Dort ist ja schon eine Menge passiert, zum Beispiel wurde der Chamissoplatz verkehrsberuhigt. Für den geplanten Umbau der Bergmannstraße zur Fußgängerzone braucht es aber über 10 Millionen Euro. Wir haben den Betrag im Rahmen der landesweiten Investitionsplanung angemeldet. Über alles, was mehr als 5 Millionen kostet, entscheiden nicht die Bezirke, sondern das Land. Auch hier: Das Konzept ist da, der politische Wille unsererseits ist da.

Auch in Friedrichshain-Kreuzberg ist die Begeisterung über Verkehrswende-Projekte nicht einhellig.

Grundsätzlich ist unser Bezirk dafür bekannt, dass hier gerne Debatten geführt werden, dafür lieben wir ihn ja auch. Den Friedrichshain-KreuzbergerrInnen ist eben nicht egal, was passiert in der Welt und vor ihrer Haustür. Beim Thema Verkehrswende führe ich natürlich die Debatten mit allen Beteiligten, etwa im Graefekiez oder im Samariterkiez, und selbstverständlich sind nicht alle begeistert. Auf der anderen Seite haben wir viele Initiativen in den Kiesen, in denen sich Menschen für Verkehrsberuhigung einsetzen, für mehr Sicherheit vor den Schulen, für einen grüneren Bezirk. Zu mir kommen eher die Leute aus dem Reichenberger oder dem Mittenwalder Kiez, die sagen: „Kommt schon, macht mal schneller!“

Machen wir noch einen Ortswechsel, bleiben aber beim Thema lebenswerter Kiez: Die Gegend um den Mehringplatz gilt als eine der ärmsten der Stadt, Jugend- und Drogenkriminalität sind auf einem Allzeithoch. Nun soll das Jugend- und Stadtteilzentrum wegen

Baufälligkeit schließen. Was tun Sie, damit die Gegend nicht völlig abgehängt wird?

Rund um den Mehringplatz leben viele Menschen, die nicht viel Geld haben, und viele Familien auf wenig Raum. Deshalb stellt sich die Frage, wie der öffentliche Raum für den sozialen Zusammenhalt gestaltet ist. Im Jugend- und Stadtteilzentrum haben wir eine bauliche Situation, bei der extreme Eile geboten ist. Was wir an Notfalloperationen am Gebäude machen können, wird vorangetrieben. Wir brauchen aber eine umfassende Sanierung – und die hat einen Umfang von rund 25 Millionen Euro. Das Land Berlin muss endlich darauf reagieren.

Was machen die Kinder und Jugendlichen so lange?

(Lange Pause) Es gibt verschiedene Maßnahmen, und wir sind gefordert, neue Lösungen zu finden, ob Ausweichräume oder verstärkte Jugendarbeit am Platz. Klar ist, wir brauchen solche Orte, und die müssen dauerhaft abgesichert werden. Hier zeigt sich, wie wichtig diese Strukturen vor Ort für den sozialen Zusammenhalt sind. In der Priorisierung knapper Haushaltsmittel ist das jedoch noch nicht überall im Senat angekommen. Der spart vor allem dort, wo es um die Kleinen und Schwächeren in unserer Gesellschaft geht, das sehen wir auch im Kulturbereich, wo an der kulturellen Bildung, an Kinder- und Jugendtheatern und an Bibliotheken gespart wird. Das kann nicht sein, das ist der falsche Schwerpunkt. Wenn Berlin beim sozialen Zusammenhalt spart, leidet das Vertrauen in Staat und Demokratie. Der Finanzsenator war jetzt bei uns im Bezirk. Genau darüber haben wir gesprochen.

berliner szenen

Unterwegs
zu einem
Ufo

Wir, L. und ich, haben eine außergewöhnliche Vereinbarung mit einem Ufo, einer Location am Plänterwald. Ich bin ahnungslos, aber neugierig, als wir uns am Samstag an der S-Bahn-Station treffen und am Wasser entlanglaufen.

An einer Parkbank hole ich mir ein Steinchen aus meinem Schuh und entdecke ein seltsames Gefäß, das auf der Bank steht. „Was ist denn das?“, frage ich und lasse es nicht aus den Augen.

L. sieht auch auf das silbrig glänzende Ding, das so groß ist wie eine kleine Flasche, aber breiter im Umfang.

„Ist das etwa eine Urne?“, frage ich und sehe vor meinem inneren Auge sofort eine Person, die jeden Tag auf dieser Bank saß, auf das Wasser guckte und den Schiffen hinterhersah.

„Kann nicht sein“, sagt L. „Selbst wenn jemand illegalerweise eine Urne mit sich herumträgt, wer vergisst sie denn dann einfach auf einer Parkbank?“

Ich setze mich kurz: „Was machen wir denn jetzt? Wir können sie hier doch nicht einfach stehen lassen.“

L. lacht und fragt: „Willst du sie etwa mitnehmen?“

„Wir müssen vielleicht mal hineinschauen“, flüstere ich mit aufgerissenen Augen.

L. guckt erschreckt: „Du willst das Ding aufschrauben?“

Genau in dem Moment kommt ein Typ auf uns zu, greift nach der Urne und sagt: „Ach, was 'n Glück, da ist sie ja noch.“

Ich sehe ihn mit großen Augen an: „Sag mal, ist das eine Urne, oder was?“

Er guckt mich an, als wäre ich irgendwie seltsam, murmelt etwas, öffnet den Deckel der Dose und hält mir die Öffnung hin. Eine Wolke von Gras schlägt mir entgegen.

„Ach so“, rufe ich erleichtert. L. und der Typ lachen.

Als wir gehen, frage ich mich, welche außerirdische Erfahrung heute noch auf mich wartet. Schließlich gehen wir ja zu Besuch in ein Ufo.

Isobel Markus

verweis

La città più bella
del mondo

Viel zu heiß ist die italienische Hauptstadt gerade für einen Städtetrip. Wer will schon bei 38 Grad übers Forum Romanum stapfen? Die bessere Alternative ist es, sich stattdessen im Kulturforum die Zeichnungen anzusehen, die der holländische Maler Maarten van Heemskerck im frühen 16. Jahrhundert von Rom gemacht hat, als die Ewige Stadt gerade wieder einmal dabei war, sich neu zu erfinden. Hintergründe zur Geschichte und den Bildern liefert heute ab 18 Uhr Charlotte Schreiter vom IVR-LandesMuseum Bonn in einem Vortrag (im Vortragssaal Kunstgewerbemuseum, Untergeschoss). Eintritt und Teilnahme sind kostenfrei. Eine Anmeldung ist empfohlen.



Der gemeinsame Nenner ist da, aber schwer zu fassen: „Sommer 24“, eine Ausstellungsansicht aus dem CCA Berlin mit Werken von Rosemarie Trockel und Klara Lidén. Foto: Diana Pfammatter/CCA Berlin. © Rosemarie Trockel, Klara Lidén und VG Bild Kunst, Bonn, 2024. Courtesy der Künstlerinnen, Sprüth Magers, Galerie Neu.

Alles schwimmt
hinter
Glasbausteinen

Im Neubau der Kaiser-Wilhelm Gedächtniskirche blickt das CCA Berlin mit einer Gruppenschau auf den „Sommer 24“

Von Hilka Dirks

Ob Egon Eiermann Großer Ereignisse wie den Fan Meeting Point der Fußball-EM, der sich während des Wettbewerbs mit LEDs, Dixie-Klos und Polyester-Mützen über den gesamten Breitscheidplatz ergoss, antizipierte, als er den Neubau der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche plante, ist zweifelhaft. Thea Djordjadze hat das Massenevent nun in einer ortsspezifischen Arbeit in Eiermanns Foyergebäude zumindest ästhetisch mitgedacht.

Flecken sanfter Wasserfarben verlaufen auf einer der gläsernen innen liegenden Trennwände. Sie nehmen Bezug auf die farbigen Lichter der Leinwand vor dem Gebäude, die sich milchig flackernd durch die Glasbausteine in den Raum schieben: eine Art antipastose räumliche Schichtung. Es ist nicht die einzige Arbeit der georgisch-deutschen Künstlerin, die sich in der aktuellen Ausstellung „Sommer 24“ im CCA, dem Center for Contemporary Arts, findet. Kokuratiert hat sie diese gemeinsam mit dem Direktor und Kurator Fabian Schöneich.

Im Frühjahr des Jahres ist die Einrichtung für zeitgenössische Künste von der Schöneberger Kurfürstenstraße in das flache Nebengebäude der Kirche eingezogen. Von der abgetrotzten Galleriegegend voll gesellschaftlicher Extreme in die Mitte der Mitte der City West und dann gleich in eine Bauikone der Westberliner Nachkriegsarchitektur. Das CCA scheint angekommen zu sein.

Hat man sich zur Eröffnung vergangene Woche durch Menschen, Fußball, Attraktionen bis zum Gebäude gezwängt und betritt die Ausstellung, verschwindet die Stadt auf unbemerkte Weise. Lärm, Fähnchen, Frittier-

fett: Alles bleibt draußen, verschimmt hinter den markanten Glasbausteinen, während die Räumlichkeiten gleichzeitig erstaunlich hell erscheinen. Im Kreis bewegt man sich am denkmalgeschützten Ort um die ehemaligen Büroflächen der Gemeinde herum, begrenzt durch Glas, Holz, Teppich. In ihnen die Kunst. Eine klassische Sommergruppenpräsentation in der es zwar inhaltlich kein gemeinsames Thema geben sollte, die jedoch überaus harmonisch kuratiert ist. Vielleicht auch, weil viele der beteiligten Künstler:innen ihre Arbeiten extra für die Ausstellung anfertigten.

Ähnlich wie bei einer anderen nicht kommerziellen Institution der Stadt, dem Schinkel Pavillon, erweckt auch im neuen CCA die Architektur den Eindruck, gleichermaßen Fluch und Segen zu sein. Die kleinteiligen Räume mit ihrer frühen 60er-Jahre-Architektur spannen zwar optisch einen Bogen um die Arbeiten, doch setzen sie diese auch teils unfreiwillig in einen anderen Kontext. So evolviert ein ungewöhnlich schönes Gemälde des georgischen Malers Andro Wekua hier plötzlich Assoziationen evangelischer Kirchenmalerei. Angenehmerweise sind diesen die Arbeiten des ebenfalls georgischen und noch sehr jungen Malers Nika Kutateladze erhaben. Vielleicht wegen des für ihn typischen Mediums kleiner Holzplatten, wie sie in der orthodoxen Ikonmalerei verwendet werden – auch wenn seine Motive eher düsterer Natur sind.

In anderen Räumen finden sich Werke des eher unbekannteren Outsider-Artist Albert Leo Peil (zwei Semester Nürnberger Akademie, eine Ausbildung als Dekorateur, das restliche Berufsleben als Angestellter im Klärwerk, einem gigantischen Nach-

lass exzentrischer Kostüme und eigener Kunst, eine Leuchte der Schwedin Klara Lidén, die in ihrer Kunst häufig mit Materialien, Themen und Objekten des öffentlichen Raums arbeitet, frische Werke Rosemarie Trockels, welche in den letzten Jahren zu einer Art Everybody's Darling der weiblich gelesenen deutschen Konzeptkunst wurde, ätherische Arbeiten von Ketuta Alexi-Meskishvili und ein kleiner Artist-Bookstore.

Neben Büchern der mit CCA affilierten Künstlerinnen und Künstler finden sich dort ausgewählte Veröffentlichungen von Bom Dia Books, dem kleinen Berliner Buch- und Editionsverlag des Gestalters Manuel Raeders.

Der gemeinsame Nenner der Werke, er ist anwesend und doch schwer zu fassen. Vielleicht liegt er im Prozess, im Transparenten, in der Begegnung – in der Art, wie das ganze Zentrum gedacht ist. Künstlerinnen und Künstler zu zeigen, die im sogenannten Kanon der westlichen Universitäten im Allgemeinen und in Berlin im Speziellen wenig Repräsentation erfahren, war das erklärte Ziel Fabian Schöneichs, als er im Februar 2022 die Türen des CCA öffnete. Eine neue Institution sollte es sein, mehr als ein Projekttraum und ohne Verkaufssinteressen. Bekanntheit und Kanon sind bekanntlich relativ. Und so fühlt sich Schöneichs Ziel trotz teilweise großer und gut repräsentierter Namen im Programm nicht widersprüchlich oder zu hoch gegriffen an, sondern beiläufig, klug und in jedem Fall sehr ästhetisch.

„Sommer 24“ – Ketuta Alexi-Meskishvili, Thea Djordjadze, Nika Kutateladze, Klara Lidén, Albert Leo Peil, Rosemarie Trockel, Andro Wekua: CCA Berlin, bis 15. September



Ausgehen und
rumstehen von
Stephanie Grimm

Hinten raus
ist es schön
verwunschen

Auf den Regenradar ist kein Verlass mehr. Selbst in den apriligsten Monaten – die sind ja inzwischen übers Jahr verteilt – hat er mich halbwegs trockenen Fußes ans Ziel gebracht. Aber plötzlich immer wieder: Starkregen – wo es vor einer halben Stunde noch entspannt aussah. Ins Prinzenbad werden sie mich jetzt wohl auch nicht lassen, es hat gerade gedonnert.

Bloß gut, dass ich, als es losplattert, grade an der Berlinischen Galerie vorbeifahre. Dort gibt es „Being, Seeing, Wandering“: beiläufig wirkende, aber mit langem Atem eingefangene Straßenfotografie vom britisch-nigerianischen Fotografen Akinbode Akinbiyi, der seit über 30 Jahren in Berlin lebt. Den 22-Millionen-Moloch Lagos etwa stellt man sich nicht unbedingt als Ort vor, der zum Flanieren einlädt. Doch Akinbiyi macht seit Jahrzehnten genau das. Die Bilder wirken wie verdichtete Kurzgeschichten. Vom Afrikanischen Viertel im Wedding handelt eine andere Serie. Eine weitere von Automaten für Kaugummi, Kondome oder Passbilder. Passenderweise kann man sich vor Ort in einem solchen Automaten fotografieren lassen und sich in Akinbiyis Werk einreihen – zumindest für die eigene Kühlschranktür. Die anderen Bilder auf dem ausgedruckten Bogen stammen dann von ihm.

Freitagabend hat sich der Himmel beruhigt. Die Gaswerk Music Days locken, unter anderem mit der toll versputten Marina Herlop und dem noch tolleren James Holden. Vor allem, wie ich feststelle, mit lauschigen Gärten, die sich hinter der Gaswerksiedlung verbergen. Wenn ich vorne an der Straßen langfahre, freue ich mich immer über das schräge Panorama in Rummelsburg: erst das Heizkraftwerk, dann die mittlerweile als Ateliers genutzten Siedlungshäuser, die wie ein in die Länge gezogener Wohnblock wirken. Hinten raus ist es gar nicht schräg, sondern schön verwunschen. Und James Holden sorgt mit fiependen Synthesizern für Jauchzen beim Publikum, sein Mitstreiter schafft mit Triangel, Saxofon und mehr den Rest.

An diesem Ort kann man sich zum EM-Finale sicher vor den Horden verstecken. Aber erst mal ruft das Melt-Festival. Als die Nachricht kam, dass diese Ausgabe die letzte sein wird, musste ich mir ein Ticket für die letzte Nacht kaufen – auch wenn ich seit Corona nicht

Vor 20 Jahren waren wir
erstmal in Ferropolis
zwischen den
Braunkohlebaggern

mehr da war und mich schon vorher etwas entfremdet hatte. Lange bot das Melt verlässlich, was man an tollen Konzerten verpasst hatte. Dann nahm das Rave-Geballer überhand, die Vielfalt verschwand.

Vor 20 Jahren waren wir erstmal in Ferropolis zwischen den Braunkohlebaggern. Ganz toll. Und noch eher klein. Nur schlafen konnte man schlecht bis gar nicht. Fürs nächste Jahr suchten wir einen alternativen Zeltplatz und fanden unser Glück am Möhlauer See: eine halbe Stunde bettwärts radeln, unter Bäumen ruhen, am nächsten Abend frisch gebadet zurück aufs Gelände. Für ein gutes Dutzend Jahre machten wir das mal zu zehnt, mal zu dritt.

Seitdem ist einiges zerbrochen oder zerfasert, zudem gab es einen schrecklichen Todesfall. Und so kommt es, dass ich mir ausgerechnet diesen *blast from the past* allein abholen muss. Na ja, die Geister sind bei mir. Eigentlich ist es schön mit ihnen. Aber auch traurig. James Blake croont dazu: „Say What You Will“. An der Wandgalerie, die 27 Festivaljahre dokumentiert, steht ein junges Paar und guckt Fotos von etwa 2008 an. Es zeigt recht angekämpfte Zuschauer auf der Tribüne. „Krass, wie nett normale Leute damals aussahen“, sagt die Frau, die da wohl gerade in die Schule kam. Was meint sie? Die unmilitärischen Frisuren? Fehlender Glitter? Auch mich verwirrt etwas an dem Bild. Plötzlich fällt der Groschen: Niemand starrt aufs Handy. Vermutlich meinte die junge Frau was anderes. Ich hätte sie fragen sollen.

Abo 030 - 259 02 - 590 | Anzeigen 030 - 259 02 - 314 anzeigen@taz.de | Redaktion 040 - 38 90 17 - 0 redaktion@taz-nord.de

Tödlicher Stoß am Bahnhof

18-Jähriger soll einen Mann eine Treppe hinabgeschubst haben

Das Amtsgericht Uelzen hat wegen Totschlags einen Haftbefehl gegen einen 18-Jährigen erlassen. Der junge Mann soll am frühen Sonntagmorgen einen 55-Jährigen in einem Treppenaufgang zu den Bahngleisen im Bahnhof Uelzen gestoßen oder getreten haben, hieß es in einer Mitteilung der Polizei. Der 55-Jährige aus Lüneburg stürzte mehrere Stufen einer Treppe hinunter, erlitt ein Schädel-Hirn-Trauma und starb trotz Wiederbelebungsmaßnahmen noch am Tatort. Der 18-Jährige wurde noch in der Nacht festgenommen.

Der 55-Jährige war wohl ein Zufallsopfer

Bei dem mutmaßlichen Täter handele es sich um einen Marokkaner, der seit Juni in einer Unterkunft für Asylbewerber im niedersächsischen Uelzen wohnt, sagte Polizeisprecher Kai Richter gestern. Gegen den 18-Jährigen wird nun wegen Totschlags ermittelt. Eine Blutuntersuchung soll zeigen, ob er während der Tat unter Drogen- oder Alkoholeinfluss stand. Nach Informationen des Sprechers ist der Marokkaner 2021 als unbegleiteter Geflüchteter nach Deutschland gekommen, derzeit wird er hier geduldet. Der 18-Jährige wurde mittlerweile in eine Justizvollzugsanstalt gebracht.

Nach den bisherigen Ermittlungen kannten sich der mutmaßliche Täter und der 55-Jährige nicht. Ob ein Streit dem Treppenstoß voranging, war unklar.

Der junge Mann war nur wenige Stunden vor dem Tod des 55-Jährigen aus dem Polizeigewahrsam entlassen worden. Zuvor war er wegen eines Taschendiebstahls, einer Körperverletzung und Betäubungsmitteldelikten aufgefallen. Am Busbahnhof von Uelzen soll der 18-Jährige einem 31-Jährigen mit der flachen Hand ins Gesicht geschlagen haben. Um weitere Straftaten zu verhindern, sei er in Gewahrsam genommen worden, so die Polizei.

Derzeit wertet die Polizei Videosequenzen aus dem Bahnhof aus und sucht noch Zeug*innen, die die Tat gesehen haben. (dpa)

südwest

Unter sich

Die Nordseeinseln haben zu wenig Wohnungen, zumindest, wenn sie sowohl Insulaner und Touristen unterbringen wollen. Was **theoretisch frei wäre**, ist teuer an Feriengäste vermietet. Deswegen gibt es nun neue Bauprojekte, dafür aber kaum Bauland. Dabei könnte sich die Kommunalpolitik **zurücklehnen**, denn das Problem wird sich von allein lösen: **wo kein Service, da kein Tourist**. Dann werden die Sylter, Amrumer und Föhrer wieder unter sich sein und gemeinsam die Grimms zitieren: „Manntje, Manntje, Timpe Te, Buttje, Buttje in der See“.



Angst um die Urlaubsidylle: der Strand von Borkum. Foto: Hauke-Christian Dittrich/dpa

Gasförderer droht mit Schadensersatzklage

Erdgas-Bohrung vor Borkum? Der niederländische Energiekonzern One-Dyas setzt Niedersachsens Landesregierung unter Druck. Ministerpräsident Weil habe Versprechungen gemacht, sagt die Firma

Von Harff-Peter Schönherr

Nicht jeder Brief, der Sprengstoff enthält, erfordert einen Spürhund. Auch Worte können Explosivwirkung entfalten.

Der Brief, den Chris de Ruyter van Steveninck, CEO des niederländischen Energiekonzerns One-Dyas, am 5. Juli an Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD), Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) und Umweltminister Christian Meyer (Grüne) geschrieben hat, ist purer Zündstoff.

Es geht um die Erdgas-Förderplattform N05-Am, die One-Dyas in die Nordsee platzieren will, ins niederländisch-deutsche Grenzgebiet nahe Borkum, dicht an den Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer. Das Projekt ist seit Jahren umstritten (*taz berichtet*). Die Pläne sehen vor, auch unter deutschem Gebiet zu bohren.

One-Dyas setzt die niedersächsische Landesregierung schwer unter Druck. Zu welchen Worten das vertrauliche Schreiben des Konzerns greift, lässt sich auf der Website der Deutschen Umwelthilfe (DUH) nachlesen, der es zugespielt wurde und die es gestern veröffentlicht hat. Von einer möglichen Klage ist hier die Rede, einer möglichen Schadensersatzforderung.

Die eigentliche Schockwelle aber geht von der Behauptung von One-Dyas aus, Ministerpräsident Stephan Weil habe One-Dyas schon An-

fang 2023 versichert, „that the Lower Saxony government supports this project and will do everything possible to speed up the permitting procedure“.

Damit bestehe der Verdacht, so die DUH, Weil habe „vor Abschluss des Genehmigungsverfahrens eine Entscheidung vorweggenommen“. Die Landesregierung müsse „ein rechtsstaatliches Verfahren garantieren“, dürfe der Gasförderung keine vorschnelle Genehmigung erteilen.

„Politiker und Genehmigungsbehörden sollen mit den Drohungen unter Druck gesetzt werden“

Constantin Zerger, DUH

Auch Wirtschaftsminister Lies habe seine Unterstützung zugesichert, schreibt One-Dyas-Vorstandschef Chris de Ruyter van Steveninck. Man stehe jetzt „at a crossroads“, erlebe einen „lack of action“. Der Vorwurf der Untätigkeit zielt vermutlich auf Umweltminister Meyer. Sein Nein zur Bohrung bremst One-Dyas bisher aus.

Der Brief von One-Dyas sei „eine offene Drohung“, sagt Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer der DUH, der taz. „Und das Ganze

hat den Geschmack politischer Korruption.“ Was One-Dyas durchsetzen wolle, sei juristisch „im Grenzbereich“.

„Hinter den Kulissen offenbart One-Dyas sein wahres Gesicht“, erklärt Constantin Zerger, Leiter Energie und Klimaschutz der DUH. „Politiker und Genehmigungsbehörden sollen mit den Drohungen unter Druck gesetzt werden.“ Dabei trage der Konzern selbst die Verantwortung, wenn er Investitionen ohne die notwendigen Genehmigungen tätige.

Die DUH kämpft schon lange gegen die Genehmigung von N05-Am. Mitte April hatte sie im niederländischen Den Haag auf dem Klageweg erreicht, dass die Genehmigung für den Bau der Plattform ausgesetzt wurde – Ende Mai hat das niederländische Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz One-Dyas indes eine neue Genehmigung erteilt.

Auf deutscher Seite steht die Genehmigung noch aus. Das letzte Wort haben hier das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) und der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN).

Das Schreiben von One-Dyas an die Landesregierung habe man „zur Kenntnis genommen“, schreibt Meyers Umweltministerium in einer Erklärung. Das Verfahren laufe „nach Recht und Gesetz“. Es gebe „natur-

che Bedenken, die es ordnungsgemäß abzu prüfen gilt“.

Auf die Frage der taz, wie die hannöversche Staatskanzlei zum Brief des Unternehmens One-Dyas steht, greift Katja Sauer, die stellvertretende Regierungssprecherin, zu ähnlichen Worten: „Das Schreiben haben wir zur Kenntnis genommen.“ Es gelte nun, das Ergebnis des Genehmigungsverfahrens abzuwarten.

Auch Christian Budde, Sprecher des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums, verwendet auf Anfrage der taz dieses Wording. Man habe das One-Dyas-Schreiben selbstverständlich zur Kenntnis genommen. Es habe „keinerlei Einfluss auf die anstehenden Genehmigungen“ des Landes Niedersachsen. Dabei handele es sich um „gebundene Entscheidungen“ ohne politischen Ermessensspielraum, die nur aus fachlichen Gründen abgelehnt werden könnten.

Die beteiligten Behörden, schreibt Budde, „prüfen diese Genehmigungen – auch im Wissen um die besondere Sensibilität des hier betroffenen Naturraums – äußerst gewissenhaft“.

Einerseits klingt das Verhalten, abgesprochen. Weil, Lies und Meyer sollen offenbar aus dem Detonationsradius gehalten werden. Aber Willfährigkeit gegenüber CEO Chris de Ruyter van Steveninck sieht anders aus. One-Dyas spürt also, dass Druck auch Gegendruck erzeugt.



Hussam Al Zaher
Hamburger,
aber halal

Schwarz-Rot-Gold fürs Einwanderungsland

Über meine Erfahrungen mit der deutschen Flagge habe ich in der letzten Ausgabe dieser Kolumne geschrieben, und vor allem darüber, wie ich diese bei einem Spaziergang letztes gesehen habe und zunächst mit Rechts-Extremismus verbunden habe. Ich habe die Kolumne genutzt, um dieses Gefühl zu hinterfragen, ich habe sozusagen durch das Schreiben nachgedacht. Der Artikel hat online viele Kommentare erhalten, jedenfalls mehr als viele andere Ausgaben dieser Kolumne.

Einige Kommentator*innen fanden meine Position überempfindlich, andere wollten das Zeigen der Flagge rechtfertigen, andere hatten ähnliche Erfahrungen wie ich. Neben den Sub-sub-Diskussionen, die sich ja meistens in den Kommentarspalten im Internet ergeben, gab es leider auch einige sehr oberflächlich kritische Kommentare, wobei ich das Gefühl hatte, der/die Person hatte vielleicht keine Lust, den Artikel bis zum Ende zu lesen. Etwa wenn mir indirekt zu viel „wokeness“ vorgeworfen wird – meine tatsächlich woken Gen-Z-Kolleg*innen würden da wohl gerne widersprechen.

Andere Kommentare waren interessanter und haben mich zum Nachdenken gebracht. Zum Beispiel wenn jemand schreibt, er/sie sei mit der Zeit „in mein Deutschsein hinein gewachsen“ und habe heute weniger Unbehagen, die Flagge zu sehen. Oder wenn jemand anderes findet, dass Schwarz, Rot, Gold auf der Nationalflagge „ein Zeichen für die Demokratie“ seien. Das zeigt mir, was für einen Unterschied die persönliche Erfahrung machen kann.

Als ich 2015 nach Deutschland kam, ist mir die deutsche Flagge nur in rechts-nationalistischen und Anti-Refugees-Kontexten begegnet. Ich weiß, dass das kein repräsentatives Bild ist, aber es war das Bild in meinem Kopf. Dazu kommt, dass ich bis heute keine Deutschen ohne Migrationshintergrund kenne, die sich die Nationalflagge ins Fenster oder ans Auto hängen.

Das Thema Nationalflagge ist auch über Deutschland hinaus besonders für mich als Syrer. Ich habe nach 2011 nicht nur mein

Heimatland verloren, sondern auch jedes Gefühl der Identifikation mit der syrischen Nationalflagge. Als die Demonstrationen gegen das Assad-Regime angefangen haben, zeigten viele junge Leute eine alternative syrische Nationalflagge, die aus der Zeit vor der Baath-Partei kommt. Seitdem zeigt sich die Spaltung der syrischen Gesellschaft auch durch die verschiedenen Flaggen.

Dieses Flaggenthema ist immer noch aktuell, auch weil Nationalstolz in unserer Jugend in Syrien keine unwichtige Rolle spielte – wir hatten sogar ein Pflichtfach in der Schule, ungefähr „altarbiat alqawmiat aliashtirakia“, auf deutsch „Nationalsozialistische Bildung“.

Heute müssen wir uns gegenseitig fragen: Welche Flagge zeigt du in den sozialen Medien? Auf welcher Seite bist du? Als ob es so einfach wäre.

Als ich letztes wieder zu Fuß auf dem Weg ins Büro war, lief ich an einem roten Auto vorbei und auf der Heckscheibe klebten zwei Aufkleber: der Umriss der Landkarte von Syrien und die deutsche Nationalflagge. Es war, als ob der/die Besitzer*in des Autos Vergangenheit und Zukunft zeigen wollte. Vielleicht geht es auch darum zu signalisieren, dass Gefühle der Zugehörigkeit und der Identifikation nicht exklusiv sein müssen.

Die deutsche Flagge kann also gerade für uns Exil-Syrer*innen eine Lücke füllen, wenn wir auf der Suche nach neuen Symbolen sind. Und damit bin ich wieder bei der These meiner letzten Kolumne: Es ist wohl an der Zeit, die deutsche Nationalflagge in einem neuen Licht zu sehen: als Symbol für ein Land ohne Krieg und als Gegenstück zu den zerstörten syrischen Flaggen.

Die Nationalflagge kann auch als Symbol für den Zusammenhalt der Gesellschaft und für Deutschland als Einwanderungsland dienen – wenn es dafür eine Mehrheit gibt.

Hussam Al Zaher

ist syrischer Journalist und Politikwissenschaftler. 2015 ist er nach Deutschland geflüchtet. In Hamburg hat er das Magazin *Kohero* gegründet, das Themen rund um Migration behandelt.



Hamburg geht den Bach runter

Der Klimabeirat fordert die Stadt auf, in Politik, Planung und Praxis systematischer gegen Folgen des Klimawandels vorzugehen. Dazu gehört, keine Flächen mehr zu versiegeln

Von Gernot Knödler

Das Hamburger Chilehaus enthält ein aufschlussreiches Detail. Im Keller des vor 100 Jahren fertig gestellten expressionistischen Gebäudes gibt es Pontons, auf denen die elektrischen Anlagen stehen. Sollte ein Hochwasser in den Keller drücken, schwimmen sie auf und die Elektrik bleibt trocken.

Diese Geschichte erzählt Daniela Jacob, die Vorsitzende des Hamburger Klimabeirats, als Beleg dafür, dass Hamburg Erfahrung mit wechselnden Umweltbedingungen hat. Jacob, im Hauptberuf Direktorin des Climate Service Centers Germany (Geric), führte damit am Donnerstag den Bericht des Beirats zu Klimaanpassung ein. Darin stehen Empfehlungen, wie Senat und Bürgerschaft mit den Folgen des Klimawandels umgehen sollten.

Auch in Hamburg wird der Klimawandel nach Einschätzung des Klimabeirats in den kommenden Jahrzehnten zuschlagen. Dem müsse die Stadt in Politik, Planung und Praxis systematischer als bisher begegnen. „Wir brauchen eine klimaresiliente Entwicklung“, sagt Jacob. Im Mittelpunkt stehen dabei das Wasser und die Hitze.

Beim Thema Wasser muss die Stadt mit Dürren einerseits und mit Hochwasser, Wolkenbrüchen und Dauerregen andererseits umgehen. Einerseits muss ein Zuviel an Wasser abgeführt werden, andererseits verhindert werden, dass das Stadtgrün verdorrt, das so wichtig ist, um die Temperaturen in den Häuserschluchten zu dämpfen und Hitzetote zu vermeiden.

Als Schlüsselfaktor hierfür hat Jacobs Beiratskollege

Jörg Knieling, Leiter des Fachbereichs Stadtentwicklung und Regionalplanung an der Hancity-Universität Hamburg (HCU), den Flächenverbrauch ausgemacht. Bisher unversiegelte Grundstücke dürften deshalb künftig „nur unter der Maßgabe des Netto-Null-Flächenverbrauchs“ genehmigt werden. Das würde bedeuten, dass an einem Orte genau so viel entsiegelt wird, wie an einer anderen Stelle bebaut.

Die EU hat in ihrem Green Deal vereinbart, den Flächenverbrauch bis 2050 netto auf null zu bringen. Dieses Ziel hat die Bundesregierung in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie verankert. „Das könnte ein Gamechanger in der Entwicklung von Flächen werden“, sagt Knieling.

Allerdings will sich der Klimabeirat zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu einzelnen Projekten äußern, wie dem neuen Stadtteil Oberbillwerder, der zwischen der Innenstadt und Bergedorf auf der grünen Wiese entstehen solle, oder die Autobahn A26 Ost, die zwischen den Stadtteilen Wilhelmsburg und Harburg hindurchführen soll. Was für derart große Flächen anderswo entsiegelt werden sollte, dafür bleibt der Beirat die Antwort schuldig.

Nicht ganz einfach ist das schon bei kleineren Projekten, das ist dem Klimabeirat klar. „Das stellt die Bezirke vor Riesen-Herausforderungen“, räumt Knieling ein. Eine Lösung könnte sein, mehr „im Bestand zu bauen“, also etwa leer stehende Büros in Wohnungen umzuwandeln. Den Zielkonflikt zwischen Wohnungsbau sowie Gewerbeansiedlung einerseits und Freiflächenschutz andererseits hat der rot-grüne Senat fürs Erste befriedet. Er ei-

nigte sich mit der vor allem vom Nabu getragenen Volksinitiative „Hamburgs Grün erhalten“ und wandte damit einen Volksentscheid ab: 30 Prozent der Landesfläche sind seitdem vertraglich für die Natur geschützt.

Eine weitere Initiative, die die Ausweisung neuer Baugebiete auf Grün- und Landwirtschaftsflächen verbieten wollte, stoppte das Hamburgische Verfassungsgericht. Sie sei zu einseitig und nicht geeignet, die verschiedenen privaten und öffentlichen Belange gegeneinander abzuwägen. Dazu gehören neben dem Umwelt- und Naturschutz das Wohnen ebenso wie Soziales, Kultur, Wirtschaft, Verkehrs- und Infrastruktur.

„Wir brauchen eine klimaresiliente Entwicklung“

Daniela Jacob, Vorsitzende des Hamburger Klimabeirats

Dabei ist der Wert von Freiflächen unstrittig: Sie fördern die Artenvielfalt, dienen als Puffer gegen Überschwemmungen und tragen als Versickerungsflächen dazu bei, den Wasserhaushalt zu stabilisieren.

Wasserknappheit spiele mittlerweile durchaus auch in Norddeutschland eine Rolle, wo man jahrhundertlang damit beschäftigt gewesen sei, den Boden trocken zu legen, sagt Peter Fröhle, Leiter des Instituts für Wasserbau an der Technischen Universität Hamburg. Er nennt das Beispiel eines Wasserwerks in den Vier- und Marschlanden, dem heute schon Wasser aus dem Flussschen Bille zugeführt werden müsse.

Fraglich, ob das in Zukunft noch ausreicht: Mischwasserrückhaltebecken in Hamburg
Foto: Markus Matzel/Imago

taz kurzreisen
in Deutschland

Hamburgs Inseln entdecken, die selbst viele Hamburger:innen nicht kennen

HAMBURG INSELHOPPING
mit den taz nord-Redakteuren Jan Kahlcke und Gernot Knödler

Eine Hamburg-Reise abseits der Touristenrouten: Aber die Elbinseln süd-östlich der Stadtmitte (u. a. Wilhelmsburg, die größte Flussinsel Europas) stehen im Zentrum der Debatten um die zukünftige Stadtentwicklung. Dazu ein Besuch auf Neuwerk, Hamburgs Außenposten vor der Elbe – mit Kutschfahrt durchs Watt.

8. bis 12. September, 1.080 € (DZ/HP/ohne Anreise)
mit **4 Übernachtungen**, 3 in HH-Wilhelmsburg und 1 auf Neuwerk (auch ohne Übernachtungen in Hamburg möglich: dann 860 €).

Mehr Infos: www.taz.de/tazreisen oder unter T (0 30) 2 59 02-117
taz Verlags- und Vertriebs-GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin

nachrichten

Saga macht Gewinn

Hamburgs größte Wohnungsgesellschaft Saga hat im vergangenen Jahr einen Gewinn in Höhe von knapp 183 Millionen Euro nach Steuern eingefahren. Das sind 35 Millionen Euro weniger als 2022. Der Umsatz stieg dagegen leicht von knapp 1,09 Milliarden Euro auf etwa 1,17 Milliarden Euro, wie das städtische Unternehmen mitteilte. Deutschlands größter kommunaler Vermieter verfügt über rund 140.000 Wohnungen. (dpa)

Mehr Wohnungslose

Kommunen und Einrichtungen in Niedersachsen und Bremen melden eine steigende Zahl von Menschen, die als Wohnungslose untergebracht sind. Zum Stichtag 31. Januar 2024 wohnten in Niedersachsen etwa 33.000 in entsprechenden Unterkünften, wie das Statistische Bundesamt gestern mitteilte. In Bremen waren es 5.580 und bundesweit etwa 439.500 Menschen. Die Zahlen haben sich laut Bundesamt gegenüber den Vorjahren weiter erhöht. (epd)

Grabstein beschädigt

Unbekannte haben einen Grabstein auf dem jüdischen Friedhof in Lüneburg beschädigt. Ein Passant habe eine Verrufung an dem Stein entdeckt und die Polizei gerufen. Die Beamten hätten ein Kantholz entdeckt, dass wohl in Brand gesetzt wurde, sagte ein Polizeisprecher. Der Schaden sei wohl in den vergangenen Tagen entstanden. Die Polizei geht weder von Grabschändung noch von einer politisch motivierten Tat aus, sondern von Vandalismus. (dpa)

Rückzug aus der Öffentlichkeit

Wie sehr Jüdinnen und Juden in Hamburg unter Antisemitismus leiden, soll eine Studie zeigen. Die Zahlen sind nicht sehr aussagekräftig, aber beruhigen können sie niemanden

Von **Alexander Diehl**

Zahlen seien das Eine – es gehe aber um reale Menschen: Die Anmerkung des Hamburger Antisemitismusbeauftragten Stefan Hensel, den Blick nach draußen gerichtet, wo Kinder aus dem jüdischen Joseph-Carlebach-Bildungshaus spielen, hätte den ganzen Presstext am Montagmittag überschreiben können.

Im nüchternen Konferenzraum der Jüdischen Gemeinde sollte die Studie „Jüdisches Leben und Alltag in Hamburg“ vorgestellt werden. Die entsprechenden Daten seien „deutschlandweit erstmalig“ erhoben worden, attestierte die Hamburger Behörde für Wissenschaft und Gleichstellung der Studie, die sie Mitte 2023 in Auftrag gegeben hatte. Das Neuartige daran: Die Erhebung stützt sich auf diejenigen, die von Antisemitismus betroffen sind, also: dessen Opfer werden.

„Wir fokussieren jüdische Perspektiven“, so formulierte es am Montag Joachim Häfele von der Polizeiakademie Niedersachsen, der zusammen mit Eva Groß von der Polizeiakademie das Projekt leitet. Zur Präsentation

von dessen „Kernpunkten“ traten beide vor die Presse, dazu Gleichstellungssenatorin und Zweite Bürgermeisterin Katharina Fegebank (Grüne), Polizeipräsident Falk Schnabel, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, Philipp Stricharz, und eben der Antisemitismusbeauftragte Hensel.

Erfassen wollte man, was die jährliche Kriminalstatistik nicht abbildet: antisemitische Vorfälle also, die nicht die Schwelle zur Strafbarkeit überschreiten, oder solche, die das durchaus täten, aber nicht zur Anzeige gebracht werden; das Vertrauen der Befragten in diverse Institutionen, auch in die Polizei, war eines der Themen.

Auf Papier und online befragt wurden alle Mitglieder der jüdischen Gemeinde über 16 Jahren, die ausdrücklich jüdische Nichtmitglieder auf die Möglichkeit der Teilnahme hinweisen durften. Von den 548 anonymen Teilnehmer:innen deklarierten sich 84,5 Prozent als Gemeindeglieder, und es nahmen etwas mehr Frauen als Männer teil. Zur besseren Einordnung: Die Zahl der über 16-jährigen Mitglieder gibt die Gemeinde selbst mit rund 1.200 an; insgesamt hat sie

etwa 2.500 Mitglieder. Die Zahl der jüdischen Menschen in der Stadt insgesamt wird auf bis zu 10.000 geschätzt.

Mehr als drei Viertel der Befragten, 77 Prozent, gaben an, in den vergangenen zwölf Monaten antisemitische Vorfälle erlebt zu haben. Mehr als jede:r Zweite, 55 Prozent, berichten von „strafrechtlich relevanten antisemitischen Betroffenheiten“. Verbale und psychologische Angriffe

Zwei Drittel der Befragten gaben an, sich weniger sicher zu fühlen als vor einem Jahr

inner- wie außerhalb des Internets werden dabei mit rund 55 Prozent angegeben, körperliche Übergriffe, Belästigung oder Verfolgung mit etwa 13 Prozent. Nur zwei Prozent sagten, sie fühlten sich heute sicherer als vor einem Jahr – aber 64 Prozent, dass sie sich weniger wohl fühlen.

Kaum überraschend: Wer Opfer solcher Vorfälle geworden ist, tut sich schwerer mit der Aussage, Judentum lasse sich

in Hamburg frei ausüben. Das sagen 49 Prozent dieser Menschen; unter denjenigen, die „keine antisemitische Viktimisierung berichten“, sind es dagegen 89 Prozent.

Die Studienherausgeber:innen sprachen ausdrücklich von „identitätsbezogenem Vermeideverhalten“ als Folge antisemitischer Vorfälle: Die Menschen unterließen es dann etwa, sichtbar religiöse Symbole zu tragen oder ihr Judentum gegenüber anderen offenzulegen.

Das gehe an die Grundrechte der Betroffenen, sagte der Gemeindevorsitzende Stricharz. Die Studie stelle auf stabilere Füße, was die Leitung der Gemeinde bereits unsystematisch gewusst habe: Zumal seit dem 7. Oktober führe antiisraelische Hetze zu einem Rückzug jüdischer Menschen.

Betroffenheit bekundete Senatorin Fegebank: Wenn Jüdinnen und Juden sich nicht mehr sicher fühlten und ihre „Identität aus Angst verstecken, dann sind wir als Staat und auch als Gesellschaft gefordert“. Wie genau? Senat und Bürgerschaft haben eine „Antisemitismusstrategie“ angekündigt, die demnächst vorgestellt werden soll.



Müssen seit Oktober verstärkt mit Anfeindungen rechnen: In Hamburg zeigen jüdische Menschen immer seltener, dass sie welche sind
Foto: Christian Charisius/dpa

SA-Parole an Synagoge gesprüht

Erneut wurde ein Anschlag auf die Synagoge in Oldenburg verübt, der Staatsschutz ermittelt

Von **Andreas Speit**

Unbekannte haben am Donnerstag „Alles für Deutschland“, eine Parole der Sturmabteilung (SA), auf eine Rampe am Gebäude der Synagoge in Oldenburg gesprüht. Die Rampe führt zum Kunst- und Literaturhaus Wilhelm13, das sich an der Ausstellung „Komm, goldener Pfau“ zu jiddischer Sprache und Kultur beteiligt. Ein politisch motivierter Hintergrund liegt daher nahe. Der Staatsschutz ermittelt.

„Die SA-Parole stellt eine offene Drohung gegen Jüdinnen und Juden dar und verherrlicht den Nationalsozialismus, dessen ideologischer Kern der Antisemitismus ist“, sagte Johanna Faber vom Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus

Oldenburg. Es sei nicht zu akzeptieren, dass Einrichtungen, die sich mit jüdischer Kultur auseinandersetzen, sowie die jüdische Gemeinde solch nationalsozialistischen Drohungen ausgesetzt seien.

„Die SA-Parole stellt eine offene Drohung dar“

Johanna Faber, Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus

Erst kürzlich war Thüringens AfD-Chef Björn Höcke zum zweiten Mal wegen der Verwendung genau dieser NS-Parole zu einer Geldstrafe von knapp 17.000 Euro verurteilt worden. Höcke

hatte im Dezember 2023 bei einer Parteiveranstaltung in Gera den Anfang der SA-Parole „Alles für Deutschland“ gesagt. Sein Publikum vervollständigte sie.

Bereits am 5. April haben Unbekannte einen Brandsatz gegen die Tür des jüdischen Gotteshauses geworfen. Hausmeister des benachbarten Kulturzentrums PFL entdeckten das Feuer schnell und konnten es löschen. Noch am Abend fand in Oldenburg eine Solidaritätskundgebung statt. Rund 700 Menschen nahmen am folgenden Samstag an einer Kundgebung teil.

Oberbürgermeister Jürgen Krogmann (SPD) betonte, dass „der Schutz jüdischen Lebens unserer aller Verpflichtung ist“. Wer einen Brandsatz gegen eine Synagoge werfe, müsse damit rech-

nen, dass sich darin Menschen befinden. „Das war versuchter Mord, Terror und nichts anderes“, so Krogmann. Die Vorsitzende der jüdischen Gemeinde, Claire Schaub-Moore, dankte für die „überwältigende Solidarität“.

In Niedersachsen dokumentierte die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (Rias) für 2023 insgesamt 331 antisemitische Vorfälle. Eine Zunahme von 61 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Im Kontext der Massaker der Hamas und des Krieges zwischen Israel und Palästina zählte Rias allein 153 Vorfälle. 117 Einzelpersonen waren betroffen. Unter den 90 Institutionen, die Ziel von Antisemitismus waren, waren Gedenkstätten und Initiativen mit 36 am stärksten betroffen.

gekonnt

Märchenhaftes Hamburg: Es war einmal ein Schülerticket

Es war einmal vor langer Zeit in einem Land, in dem die Luft immer schlechter wurde und das Grün immer weniger. An seine Stelle hatte man breite Straßen gebaut, auf denen Tag für Tag immer längere Schlangen immer bulligerer Autos standen. Tatsächlich fuhren in diesem Land auch Züge, aber die waren in einem so verheerenden Zustand, dass man Absicht dahinter vermuten musste. Sie fuhren zu spät oder gar nicht, zugleich wurden die Fahrkarten immer teurer.

Einmal, als eine Pandemie das Land heimsuchte, schenkte man den Autofahrer:innen Geld und danach, notgedrungen, auch den Bahnfahrer:innen. Die bekamen eine Fahrkarte namens Deutschlandticket, die nur neun Euro kostete und mit der man, wenn auch nur in den langsamen Zügen, überall hinfahren konnte. Plötzlich waren die Züge sehr voll und man er-

Was für ein wunderbarer Einstieg, wenn öffentlicher Verkehr bedeutet, einfach einsteigen zu können

höhte den Preis der Fahrkarte um das Fünffache. Aber nach kurzer Zeit erhoben sich Stimmen, die forderten, die Fahrkarte noch teurer zu machen, unter anderem der Finanzminister des Landes, der bekannt war für seine Vorliebe für prächtige Autos.

Nun war das Land zersplittert in viele kleine Länder und in einem der nördlicheren, das letztlich nur eine Stadt war, war ein Mann der Grünen in den Rang des Verkehrsministers gelangt, der vieles ändern wollte. Zunächst waren einige seiner Vorhaben am Widerstand des Innenministers gescheitert, einem Roten, dem die Polizei unterstand.

Immer wieder zerschellten Vorhaben der Grünen am Widerstand der Roten, denen das Auto und sein Fortkommen in der Stadt mehr bedeutete als das Fortkommen der Räder. Allmählich aber sah man Bauarbeiten in der Stadt, wo Autostraßen verengt wurden zugunsten von Fahrradstreifen. Man freute sich und fragte doch: Wer wird sich durchsetzen in der nördlichen Stadt, die Kämpfer:innen für das bullige Auto oder der Rest?

Regiert wird das Land von einem roten Bürgermeister, Peter Tschentscher, der sich eher selten in Fragen des Verkehrs vertiefte. Zwar versprach er einen Takt-Verkehr, nach dem spätestens 2030 jeder Bürger und jede Bürgerin binnen fünf Minuten ein öffentliches Verkehrsmittel erreichen können sollte. In der Praxis kippte er bei einem Treffen der Regierenden aller Länder ein Gesetz, das es erleichtert hätte, ein langsames Tempo in städtischen Straßen einzuführen.

Man sei besorgt um die Sicherheit der Bürger:innen, hat sein Sprecher damals zum allgemeinen Erstaunen erklärt. Deshalb sollten die Autos schneller fahren können.

Etwa ein halbes Jahr später gab die Schulbehörde der nördlichen Stadt bekannt, dass künftig alle Schüler:innen ein kostenloses Deutschlandticket erhalten werden. Nach den Sommerferien wird es so weit sein: Dann können sie nicht nur mit Bus, S- und U-Bahn durch Hamburg fahren, sondern per Regionalverkehr durchs ganze Land.

Rund 100 Millionen Euro gibt die Stadt dafür aus. Das ist spektakulär und bislang bundesweit einzigartig und um so eindrucklicher in einer Stadt, in der Verkehrspolitik einen Schritt nach vorn und dann einen zurück geht – siehe oben.

Außerdem wendet sich das ganze an exakt die richtigen: die Verkehrsteilnehmer:innen von morgen – diejenigen, die darüber bestimmen werden, wie Mobilität künftig aussehen soll. Was für ein wunderbarer Einstieg, wenn öffentlicher Verkehr bedeutet, einfach einsteigen zu können. Und auch wenn es für immer Peter Tschentschers Geheimnis bleiben wird, warum schnellere Autos sicheren Verkehr bedeuten: Das kostenlose Deutschlandticket für Schüler:innen ist super.

Und eines Tages, wenn alle noch nicht gestorben sind, dann ist in dieser großen Stadt im Norden der Hamburger Verkehrsverbund auch für Erwachsene günstig, dann gibt es autofreie Schulstraßen und die Autos fahren 30.
Friederike Graeff

das wird

Als Adorno irgendwie in Lüneburg wohnte

Jörg Später erzählt in „Adornos Erben“ eine „Geschichte aus der Bundesrepublik“ anhand der Geschichten von zwölf Mitarbeiter*innen des Philosophen

Von Robert Matthies

Fast wie eine Strafe habe Hermann Schweppenhäuser es anfangs empfunden, dass es ihn zu Beginn der 1960er-Jahre an den Rand der Lüneburger Heide verschlagen hatte, nach Deutsch-Evern südöstlich von Lüneburg. „[E]in bigottes morsches Nest, auf welches der Heinesche Spott unverändert zutrifft“, schrieb er über die Stadt, die Heinrich Heine „das alte, mürrische Lüneburg!, die Residenz der Langeweile!“ genannt hatte. So beginnt Jörg Später, Historiker, freier Autor und mit der Forschungsgruppe Zeitgeschichte der Uni Freiburg assoziiert, sein Kapitel über Schweppenhäuser in seiner anhand von „Adornos Erben“ erzählten „Geschichte aus der Bundesrepublik“.

Später folgt darin „den verstreuten Spuren“ von zwölf Mitarbeiter*innen Theodor W. Adornos, unter anderem Regina Becker-Schmidt, Jürgen Habermas, Oskar Negt, Rolf Tiedemann und eben Schweppenhäuser, die sich von Frankfurt am Main über die ganze Bundesrepublik verteilten und nun in Starnberg, Gießen oder eben Lüneburg wirkten. Und er beschreibt, wie sie Adornos Erbe in Wissenschaft, Politik und neuen sozialen Bewegungen annahmen und veränderten, um die Geschichte der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule vielstimmig zu erzählen.

Schweppenhäuser hatte in Frankfurt studiert, bei Hans-Georg Gadamer, dann bei Max Horkheimer und Adorno. In den 1950ern war er wissenschaftlicher Assistent am neu gegründeten Frankfurter Institut für Sozialforschung und Assistent von Adorno am Philosophischen Seminar. Mit Schweppenhäusers Umzug wohnte Adorno „von da an irgendwie auch in der Lüneburger Heide“, schreibt Später. Schweppenhäuser wurde auf den neuen Lehrstuhl für Philosophie an der Pädagogischen Hochschule Lüneburg berufen, seine Ehefrau Gisela lehrte an der dortigen Fachhochschule für Sozialpädagogik.

Dem Idol immer ähnlicher

In Lüneburg vertrat Schweppenhäuser, anders als etwa Habermas, weiterhin die Kritische Theorie im Sinne Adornos und Horkheimers, beschäftigte sich mit Sprachphilosophie, der Selbstreflexion des dialektischen Denkens, mit Ästhetik und Kulturtheorie und später verstärkt mit bildtheoretischen Fragen. Gemeinsam mit Rolf Tiedemann gab er die gesammelten Schriften Walter Benjamins heraus. Zu Schweppenhäusers 80. Geburtstag veranstaltete die Uni Lüneburg 2008 eine Tagung zum Thema „Bild, Sprache, Kultur. Ästhetische Perspektiven kritischer Theorie“.

Mit der Zeit habe Schweppenhäuser Lüneburg lieben gelernt, schreibt Später, weil es seiner zurückgezogenen Art entsprochen habe. In der Stadt sei er bald beliebt gewesen, denn es gab „ein philosophisch interessiertes und kunstaffines Publikum, das goutierte, wenn jemand sprach wie Adorno, von Goethe schwärmte und auch über Beethovens Hammerklaviersonate op. 106 etwas zu sagen hatte“, schreibt Später. Dass sich Schweppenhäuser noch in den 1980ern kleidete, wie er es schon in den 1950ern getan hatte, sei im bürgerlichen Lüneburg nicht auffällig gewesen, schreibt Später: „Schweppenhäuser spielte Adorno in der Lüneburger Provinz, wurde seinem Idol immer ähnlicher und erhielt dafür warmen Beifall.“

Eine Lüneburger Schule ist dabei nicht herausgekommen. Wohl aber habe Schweppenhäuser dort jungen Akademiker*innen eine Starthilfe geben können, die entgegen aller Trends der 1970er dort noch die Kritische Theorie in ihrer „reinen, ursprünglichen Form“ lernen konnten – die sie von Lüneburg wieder weiter durch die Bundesrepublik trugen.

Heute Abend spricht Später im Hamburger Institut für Sozialforschung mit dessen Direktor, dem Soziologen Wolfgang Knöbl, sowie dem Soziologen und Politikwissenschaftler Clemens Boehncke über Adornos Erben und seine „Geschichte aus der Bundesrepublik“.

Buchvorstellung und Diskussion
„Adornos Erben“ mit Jörg Später, Wolfgang Knöbl und Clemens Boehncke: heute, 19 Uhr, Hamburger Institut für Sozialforschung, Mittelweg 36

Jörg Später: „Adornos Erben“ – Eine Geschichte aus der Bundesrepublik“, Suhrkamp, 760 S., 40 Euro, E-Book 34,99 Euro

Findet in Hamburg vieles, das sie an Wien erinnert: Isabella Straub
Foto: Arnold Pöschl



Chronistin einer geschenkten Zeit

Der Posten der Hamburger StadtschreiberIn war bisher eher glanzlos. Das könnte sich mit der österreichischen Schriftstellerin Isabella Straub jetzt ändern

Von Frank Keil

Beeindruckend viele Preise hat Isabella Straub, die seit Mai für drei Monate als Stadtschreiberin in Hamburg ist, schon bekommen. Mit dem 1. Preis des Münchner Kurzgeschichtenpreises, sowohl der Jury und des Publikums, ging es 2011 los für die gebürtige Wienerin, die heute in Klagenfurt lebt. 2013 war sie für den Bremer Literaturpreis nominiert, bald bekam sie zweimal ein Werkstipendium des Deutschen Literaturfonds. Zwischendurch erhielt Straub den Walter-Serner-Preis, war Finalistin beim Alfred-Döblin-Preis, hatte ein Arbeitsstipendium des Landes Kärnten, ein Residenzstipendium der Roger-Willemsen-Stiftung in Wentorf bei Hamburg und einige Auszeichnungen mehr. Im vergangenen Jahr war sie Stadtschreiberin von Erfurt, nun ist sie es also in Hamburg.

Dotiert ist der Posten mit insgesamt 4.500 Euro; ausgewählt wurde Straub unter rund 120 BewerberInnen, die einen unveröffentlichten Text unter dem Motto „Kunst verbindet“ einreichen mussten: „Ich wollte nicht an den Tod denken, ich wollte an die Wachteile in meiner Manteltasche denken, aber der Tod war immer schon da, er hockte zwischen den Wachteile und wartete auf seinen Auftritt“, so beginnt Isabella Straubs Beitrag „Wie man die Angst vom Knochen schabt“. Die Geschichte ist aufgebaut wie ein mehrgängiges Essen. Anton, Judith, Roland

und die ErzählerIn essen und trinken, reden und entscheiden.

Der StadtschreiberIn-Posten sei kein Stipendium, sondern ein Literaturpreis, sagt Straub. Das sei aus zwei Gründen nicht unwichtig: Preise zählten nicht als Honorare und blieben daher steuerfrei. Und es gelte nur eine Bedingung: Sie müsse von Mai bis einschließlich Juli in Hamburg sein. Während dieser Zeit wohnt sie in einem kleinen Apartment im Stadthaus Schlump am Rande des Uni- Viertels.

Ob sie etwas über Hamburg schreibt, ob die Stadt sich eines Tages als Schauplatz in einem ihrer Romane oder Kurzgeschichten zeigt, ob sie maximal Kulisse bleibt, ist allein Straub überlassen. „Es ist geschenkte Zeit in einer anderen Stadt; dass ich nicht das Leben weiterführe, das ich sonst habe“, sagt sie. Sie bekommt freien Eintritt in der Hamburger Kunsthalle und einmal das Deutschlandticket.

Geboren wurde Straub 1968. Sie studierte Germanistik und Philosophie, arbeitete als Journalistin, führte eine Werbeagentur. Immer wieder fand sie zum literarischen Schreiben zurück. Viele Kurzgeschichten sind über die Jahre erschienen und drei Romane: „Südbalkon“, „Das Fest des Windrads“ und zuletzt „Wer hier schlief“ über einen magenkranken Verkäufer von Sicherheitstüren, der die Frau seines Lebens findet und wieder verliert.

Im Frühjahr wird Straubs nächster Roman erscheinen:

eine Reise in das Soziotop eines ambitionierten Stadtentwicklungsprojektes samt seiner BewohnerInnen am Rande von Wien. Gerade sind dazu die Korrekturen aus dem Lektorat gekommen. In Hamburg will Straub sie nun einarbeiten.

Den Rest der Zeit will sie unterwegs sein und ihren Interessen nachgehen, ganz praktisch: „Mein Motto ist: jeden Tag eine Entdeckung.“ Sie fahre bewusst in die Außenbezirke –, „sagt man das in Hamburg: Außenbezirke?“ Neulich sei sie einfach in eine

Bislang war der Posten der StadtschreiberInnen, die seit 2019 in Hamburg residieren, eher glanzlos. Dass es mit Straub anders werden könnte, war gerade in der „Zinnober“-Reihe in der Zinnschmelze im Stadtteil Barmbek zu erleben, aktuell eine der spannendsten Lesebühnen der Stadt. Dort las Straub zwei ihrer Hamburg-Kolumnen. In der ersten verläuft sie sich auf dem Friedhof Ohlsdorf, während sie via Kopfhörer die Dialoge „Von der Kürze des Lebens“ des römischen Philo-

Ob Straub etwas über Hamburg schreibt, ob die Stadt sich eines Tages als Schauplatz in einem ihrer Romane zeigt oder ob sie Kulisse bleibt, ist allein ihr überlassen

S-Bahn gestiegen, an der Endhaltestelle in der Kleinstadt Stade ausgestiegen. In Hamburg-Wilhelmsburg habe sie sich gerade die St.-Maximilian-Kolbe-Kirche angeschaut, weil sie sich für brutalistische Architektur interessiert. Nun wolle sie alle Gebäude Hamburgs aus der Ära des Brutalismus besichtigen.

In Hamburg-Harburg hat sie sich umgeschaut, weil sie Heinz-Strunk-Fan ist („Eine höchst originelle Figur der Literatur.“). Dass Strunk schon länger im Schanzenviertel auf der anderen Elbseite lebt, sei schade. Denn dort habe es ihr gar nicht gefallen: zu touristisch, zu vordergründig, zu antiseptisch, das kenne sie zur Genüge von Wien.

sophen Seneca hört und Querverbindungen zwischen dem ihr vertrauten Wiener Zentralfriedhof und dem Parkfriedhof in Hamburg zieht.

Der zweite Text besteht aus schön mäandernden Beobachtungen über Hamburger Frisörladennamen – und einem Besuch bei einem Friseur, der jeden Morgen selbst Besuch bekommt, von seiner längst von ihm geschiedenen Ex-Frau. Beide Texte glänzen wegen ihres ganz eigenen Tons. Nach Hamburg mitgebracht hat Straub diesen ganz eigenen Wienerischen Humor.

Lesung bei „Dichter an der Elbe“, So, 28. 7., 18 Uhr, Elbstrand Oevelgönne